

Protestantische Reaktionen auf die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Mannheim 1890—1933

I. ORGANISATIONSBIKDUNG ALS REAKTION AUF DIE ENTWICKLUNG DER SOZIALDEMOKRATIE

Geht man der Frage nach, wie die evangelische Kirche¹ die organisatorische, politische und ideologische Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland interpretiert und sich ihr gegenüber verhalten hat, dann verweisen die befragten Texte² über verbale Reaktionen (zu denen etwa kirchenbehördliche Erlasse zu rechnen sind) hinaus auf eine Reihe von Organisationen, deren Entstehung im Raum des Protestantismus ohne das Gegenüber der Arbeiterbewegung schlechterdings undenkbar ist. Selbst abgesehen von

1 Unter Kirche werden hier über die Amtskirche hinausgehend die verschiedenartigen Organisationsformen protestantischen Lebens verstanden, Vereine wie die Innere Mission, der evangelische Bund, Kirchenparteien, etwa die liberale, positive und Mittelpartei, Pfarrvereine, -konvente und -konferenzen, die Ortsgemeinde, ihre Vertretung in kirchlichen Parlamenten (Sprengeleausschuß, Kirchengemeindeversammlung, Bezirks- und Landessynode – diese Parlamente setzen Leitlinien und üben eine gewisse Kontrolle aus, sie tagen wenige Male im Jahr) sowie in den kirchlichen Exekutivorganen (Sprengeirat, Kirchengemeinderat, Bezirkssynodalausschuß, Evangelischer Oberkirchenrat bzw. Kirchenregierung – regelmäßig tagend).

In diesem Aufsatz werden folgende Abkürzungen verwandt:

- CSAP = Christlich-Soziale Arbeiterpartei
- CSVD = Christlich-Sozialer Volksdienst
- CV = Christliches Volk, Karlsruhe
- CVB = Christliches Volksblatt, Karlsruhe
- DEKA = Deutscher Evangelischer Kirchenausschuß
- EAV = Evangelischer Arbeiterverein
- EOK = Evangelischer Oberkirchenrat
- ESK = Evangelisch-Sozialer Kongreß
- EVB = Evangelisches Volksblatt, Zell im Wiesental
- EVD = Evangelischer Volksdienst
- EVV = Evangelischer Volksverein
- GEAVD = Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands
- KA = Karlsruhe
- KGR = Kirchengemeinderat
- KGV = Kirchengemeindeversammlung
- LSA = Landeskirchliches Sozialamt
- MA = Mannheim
- PA = Personalakte
- SAV = Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes, Karlsruhe, seit 1931: Mannheim
- SAZ = Süddeutsche Arbeiterzeitung, Zell im Wiesental
- VV = Volkskirchliche Vereinigung

2 Dabei handelt es sich neben der einschlägigen Literatur um General- und Personalakten des Archivs beim EOK KA, gedruckte Schriften und Predigten der behandelten Pfarrer, z. T. per-

einem möglichen Zusammenhang zwischen der Revolution des Jahres 1848 und der Gründung von Vereinen der Inneren Mission (Johann Hinrich Wichern), begann der Aufbau der folgenden sozialprotestantischen Organisationen jeweils in einer Situation des Erstarkens der Arbeiterbewegung und/oder einer Krise der bestehenden Ordnung: Nach dem Einigungsparteitag von Lassalleanern und Eisenachern in Gotha 1875 hatte die neue Arbeiterpartei 1877 bei den Wahlen zum Reichstag 9 % der Wählerstimmen erhalten. Diesem »raschen Vormarsch«³ folgte die »erste antisozialdemokratische Parteigründung«⁴ in Gestalt der Christlich-Sozialen Arbeiterpartei (CSAP) von Adolf Stoecker und Adolf Wagner.

Wiederum war es Stoecker, der zum Jahr 1890 protestantische Intellektuelle, besonders Sozialwissenschaftler und Theologen, zu einem »evangelisch-sozialen« Kongreß einlud. Im gleichen Jahr forderte der preußische Evangelische Oberkirchenrat (EOK) seine Geistlichen zur Mitarbeit an den sozialen Aufgaben der Gegenwart auf, weitere kirchliche Kongresse befaßten sich 1890 mit der »sozialen Frage«⁵. Es war jenes Jahr, in dem das Sozialistengesetz (seit 1878) aufgehoben wurde, da es sich – zumindest numerisch – als ineffektiv erwiesen hatte. Hierin lag ein entscheidender Motor für das soziale Engagement protestantischer Kreise seit 1890, von staatlichen Instanzen z. T. ausdrücklich gefordert⁶.

Auf dem 1. Evangelisch-Sozialen Kongreß (ESK) wurde u. a. beschlossen, die bis dahin primär antikatholischen⁷, zahlenmäßig bedeutungslosen Evangelischen Arbeitervereine (EAVe) des rheinisch-westfälischen Gebiets als Modell kirchlicher Unterschichtenintegration aufzugreifen und reichsweit zu organisieren, nun jedoch mit primär antisozialdemokratischer Stoßrichtung, wie schon der Gründungsaufwurf erstaunlich offen verkündete⁸.

Ein ähnlicher Vorgang läßt sich in der Schweiz im 1. Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts beobachten. Dort formierten sich die religiös-sozialen Pfarrer, ebenfalls nicht unabhängig von der Entwicklung der Sozialdemokratie: Es waren Jahre sich verschärfender Klassenaus-einandersetzungen⁹.

Die Religiösen Sozialisten fanden sich seit 1919 in Deutschland zusammen, am stärksten in Baden¹⁰, zunächst vor allem unter Anknüpfung an Traditionen des ESK sowie der Schwei-

sönlichen Nachlaß, die Presse kirchlicher Parteien, Vereine und Gemeinden in Archiv und Bibliothek des EOK in KA bzw. im Archiv des evangelischen Kirchengemeindeamts Mannheim, dortige Protokolle der Sitzungen des KGR, der KGV sowie der Bau- und Rechnungskommission des KGR in Mannheim, dort vorhandene Dekanats- und Vereinshandakten, um Dokumentationen und Pressebestände beim Stadtarchiv in Mannheim, Archivalien des Archivs des DGB in Düsseldorf und des Amtsgerichts MA. Hinzu treten Interviews beteiligter bzw. ihnen nahestehender Personen.

3 Wolfgang Abendroth, *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie*, München 1972 (Reprint), S. 24.

4 Theodor Strohm, *Kirche und Demokratischer Sozialismus*, München 1968, S. 28.

5 *Ebda.*, S. 44 ff.

6 Klaus Erich Pollmann, *Landesherrliches Kirchenregiment und soziale Frage*, Berlin 1973, S. 89 ff.

7 Elisabeth Broszies, *Protestanten und Politik. Zur Geschichte von Evangelischem Bund und Evangelisch-Sozialem Kongreß. Staatsexamensarbeit II, Geschichte*, Heidelberg 1972, S. 32.

8 Francke (Hrsg.), *Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands*, Kassel 1915, S. 7 f.

9 R. Liechtenhan, *Evangelischer Sozialismus in der Schweiz*, in: *Evangelisch-sozial (Ev-soz)* 1907, S. 205.

10 Friedrich-Martin Balzer, *Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund Religiöser Sozialisten Deutschlands*, Köln 1973, S. 43. Vgl. Gerda Soecknick, *Religiöser Sozialismus der neueren Zeit*, Jena 1926, S. 96 f.

zer Religiös-sozialen. Dieser neuen protestantischen Gruppierung direkt vorausgegangen waren das Ende der Monarchie sowie die Übernahme der Reichs- und Länderexekutive durch Vertreter der sozialistischen Parteien. Die Religiösen Sozialisten wurden zu einer »eigenständigen sozialistischen Bewegung«¹¹. Ganz anders ist der Charakter einer weiteren Organisation einzuordnen, die ebenfalls in Reaktion auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung 1918/19 in Baden ins Leben gerufen wurde unter dem Namen Evangelischer Volksverein (EVV) (bzw. seit 1927 Evangelischer Volksbund für Baden), dessen Geschichte mancherlei Beziehungen zum Nationalsozialismus offenbart.

Die bisher genannten sozialprotestantischen Gruppen waren in Form von Vereinigungen bzw. freien Verbänden zusammengeschlossen. Bereits 1919 zeigte sich in Baden eine Tendenz zur Institutionalisierung von christlichem Sozialismus durch die Amtskirche, ebenfalls in Reaktion auf einen bestimmten Punkt in der Entwicklung der Arbeiterbewegung: ein »Arbeiterpfarramt« in Mannheim. Dieses war jedoch wesentlich mit der Betreuung von Vereinen befaßt, so daß erst das Landeskirchliche Sozialamt (seit 1927 beim EOK Karlsruhe) als eine vollständige Rezeption christlich-sozialer Traditionen in den kirchlich-offiziellen Bereich hinein betrachtet werden kann. Die Konzeption dieses Sozialamts, dessen Praxis vieles der heutigen Arbeit evangelischer Akademien vorwegnahm, wurzelte in der Tradition des ESK und der freien kirchlich-sozialen Konferenz, einer politisch konservativen, theologisch positiven Abspaltung¹² des ESK (seit 1897).

Im folgenden soll gefragt werden nach den Entstehungsbedingungen solcher Organisationen, nach ihrer Programmatik und Theoriebildung zwischen materialistisch begründetem Sozialismus und z. T. sehr konservativ verstandener Theologie der kirchlich einflußreichen Kreise, nach der Mitgliedschaft und der Bedeutung exemplarischer Vertreter solcher protestantischer Gruppen, nach ihrem Einfluß auf die bzw. ihrer Verflechtung mit den einzelnen Instanzen kirchlicher Macht sowie nach einer möglichen Rückwirkung auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Die vorliegende Quellenstudie befaßt sich mit dem Zeitraum (1890–1933), in dem sich die Arbeiterbewegung (mit wenigen Ausnahmen) legal entfalten konnte, sich ihr Aufstieg zur mitgliederstärksten politischen Bewegung Deutschlands vollzog, zugleich auch ihre Anpassung an die gegebenen Machtverhältnisse, die in der Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 1914 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte, seit 1916 ihre offene Spaltung, ab 1930/31 ihre Niederwerfung durch den Faschismus.

Den Folgen, die protestantischerseits ausgelöst wurden durch die Begegnung mit der sozialistischen Bewegung, auf lokaler und regionaler Ebene nachzugehen, verspricht Aufschlüsse darüber, wo im Alltag Urteile über die Sozialdemokratie geprägt wurden.

Mannheim, größtes Wirtschaftszentrum und sozialstrukturell fortgeschrittenstes Gebiet im Großherzogtum bzw. Freistaat Baden, avancierte relativ spät und desto unvermittelter¹³

11 *Renate Breipohl*, Religiöser Sozialismus und bürgerliches Geschichtsbewußtsein zur Zeit der Weimarer Republik, Zürich 1971, S. 18.

12 Im Unterschied zum Konfessionalismus befürworteten die Kirchlich-positiven des 19. Jahrhunderts – von der historisch *gegebenen* Union reformierter und lutherischer Gemeinden in Preußen (1817) ausgehend – eine inhaltliche Verknüpfung der beiden Bekenntnisse. Gegenüber dem um Weltoffenheit und Gegenwartsnähe bemühten kirchlichen Liberalismus auf der konstitutiven Bedeutung der Bekenntnisschriften beharrend, gewann die positive Richtung einen orthodoxen, dogmatisch engen Charakter. Neben der protestantischen Orthodoxie fand der Pietismus im Laufe des 19. Jahrhunderts eine Heimat in den positiven Kirchenparteien.

13 *Ludwig Böhm*, Mannheim und der Rhein-Neckar-Raum, Mannheim 1965, S. 18 f.

von einer Handels- zur Industriestadt, erlebte einen explosionsartigen Bevölkerungszuwachs¹⁴, beherbergte im überwiegend katholischen Baden eine protestantische Bevölkerungsmehrheit¹⁵, gilt als »einer der Vororte der deutschen Revolution von 1848« und »hat sich schnell zu einer Hochburg der deutschen Arbeiterbewegung entwickelt«¹⁶.

II. ZWISCHEN BÜRGERKIRCHE UND SOZIALDEMOKRATIE: DIE SOZIALLIBERALEN PROTESTANTEN IM MANNHEIMER RAUM UM DIE JAHRHUNDERTWENDE (1890—1918)

Mit dem Jahr 1890 begann sich ein neues Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und Sozialdemokratie anzubahnen. Das bisherige war – abgesehen etwa von Rudolf Todts positiver Bewertung der Sozialdemokratie im Lichte neutestamentlicher Ethik¹⁷ – von Feindschaft gekennzeichnet gewesen¹⁸. Wahrscheinlich hängt es mit der kurzfristigen Ineffektivität der Konfrontationsstrategie gegenüber der Arbeiterbewegung (verdeutlicht durch das Sozialistengesetz oder auch durch die Einflußlosigkeit von Stoeckers CSAP) zusammen, daß sich auf dem ESK rasch die differenzierte Haltung der jüngeren Christlich-sozialen um Friedrich Naumann gegenüber der Sozialdemokratie durchsetzen konnte: Mit den Mitteln des politischen Liberalismus sollte schrittweise sozialer Fortschritt erlangt, die Sozialdemokratie durch ein feines Wechselspiel von Konkurrenz und Kooperation zur Anpassung gedrängt bzw. verlockt und so zum positiven Faktor dieser sozialliberalen Reformpolitik werden. Diese »evangelisch-soziale« Bewegung, wie sie sich bald nannte, erweist sich bei Betrachtung der vorliegenden Quellen als die unter der gegebenen Fragestellung aussagekräftigste protestantische Gruppierung in Mannheim zwischen 1890 und 1918. In dieser Zeit entstanden hier alle Vereinigungen, in die sich die Evangelisch-sozialen je nach Teilzweck untergliederten mit dem einen Ziel, den zentrifugalen gesellschaftlichen Kräften im zeitgenössischen Deutschen Reich Einhalt zu gebieten: Evangelische Arbeitervereine zur Integration von Unter- und unterer Mittelschicht, eine Evangelisch-soziale Vereinigung zur Gewinnung des protestantischen Bürgertums, der National-soziale Verein (in Baden: 1896 bis 1910, danach in der Fortschrittlichen Volkspartei) zur parlamentarischen Vertretung der Sozialreform und eine Volkskirchliche Vereinigung mit dem Ziel, die evangelische Kirche

14 Das Wachstum der Mannheimer Bevölkerung mögen folgende Zahlen veranschaulichen: 1890: 79 058, 1900: 141 131, 1914: 223 181. Hans Götzl, *Die Wohnungsfrage in Mannheim*, Heidelberg 1921, Tabelle 3.

15 1900: 71 731 Evang., 61 289 Kath., 1925: 91 711 Evang., 73 478 Kath., *Kirchenkalender der evangelischen Gemeinde Mannheim* 1905, S. 26; 1926, S. 7.

16 Erich Matthias, *Der Mannheimer Widerstand 1933 – 1945*, in: *Mannheimer Hefte* 1968/1, S. 3.

17 Rudolf Todt, *Der radikale deutsche Sozialismus und die christliche Gesellschaft. Versuch einer Darstellung des sozialen Gehaltes des Christentums und der sozialen Aufgaben der christlichen Gesellschaft auf Grund einer Untersuchung des Neuen Testaments*, 2. Aufl., Wittenberg 1878.

18 Feindschaft gegenüber der Religion in *Karl Marx / Friedrich Engels*, Manifest der kommunistischen Partei, 35. Aufl., Berlin – DDR 1970, S. 55, 65 f., 74, gegen den Staat (die landeskirchlichen Spitzen waren nach Art staatlicher Behörden organisiert) vgl. S. 45. Johann Hinrich Wichern, einer der ersten Christlich-sozialen, sah Christentum und Sozialismus in einem »nicht zu lösenden Gegensatz [...] Der Sozialismus muß bei seiner eigenen Ausbreitung die Ausrottung des Christentums konsequent zu seiner Aufgabe machen«, und dieses werde überall »sein unüberwindlicher Widersacher bleiben«. Die Sozialisten seien der Kirche »neuerstandene Gegner«. J. H. Wichern, *Die Mitarbeit der Kirche an den sozialen Aufgaben der Gegenwart*, in: *Karl Kupisch* (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus 1871 – 1945*, Hamburg 1965, S. 62 f.

aus ihrer einseitigen Bindung an das Bürgertum zu lösen, sie zu einem Eingehen auf Arbeitermentalitäten zu befähigen und so ebenfalls zu einer integrativen Institution umzugestalten. Ex post scheint das sozialliberale Integrationskonzept recht schematisch und ist in der ursprünglich geplanten symmetrischen Weise auch mißlungen aus Gründen, die am Mannheimer Beispiel zum Teil nachvollzogen werden können.

Einer Verabsolutierung von spezifischen Gruppeninteressen entgegen plante man die Herstellung eines Klassenkompromisses, zunächst aus dem Geiste des Evangeliums; d. h. protestantische Arbeiter und Bürger sollten aus dem gemeinsamen Glauben heraus ihre Gegensätze nach bestimmten Spielregeln schlichten. Jedoch erwies sich das gemeinsame Bekenntnis als kraftlos angesichts kontroverser Klasseninteressen. An die Stelle der konfessionellen Integration trat der Versuch, zwischen dem linken Flügel der Arbeiterbewegung, etwa um Luxemburg, Zetkin, Liebknecht, und dem sozial autokratischen, konservativen Flügel des Bürgertums um Stumm von Halberg etwa und Kirdorf (später ein finanzieller Förderer der NSDAP) ein Bündnis der gemäßigten Kräfte »von Bassermann bis Bebel«¹⁹ herzustellen auf der Grundlage einer geschickten Bündnispolitik. Die beiden politischen Extreme sollten abgespalten und isoliert werden.

1. Der Evangelische Arbeiterverein in Mannheim

1891 wurde der Mannheimer EAV mit 440 Mitgliedern als zweitstärkster unter den damals fünf badischen Vereinen²⁰ von Kreisen der Inneren Mission²¹ gegründet. Bald darauf erfolgten Gründungen in den Vororten Feudenheim, Waldhof, Sandhofen. Dem Berliner Programm des Gesamtverbands evangelischer Arbeitervereine Deutschlands (GEAVD) von 1893²² entsprechend wurden beim Mannheimer EAV im gleichen Jahr u. a. folgende Themen verhandelt: Konsumvereine, Maximalarbeitstag und Minimallohn, 36stündige Sonntagsruhe, Koalitionsrecht der Arbeiter, Kinder-, Frauen-, Nacht-, Gefängnisarbeit, konstitutionelle Fabrikverfassung²³.

Diese Einzelforderungen galten dem Ziel, die sittlich-religiöse und die materielle Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, ohne grundstürzende Eingriffe in die soziale Ordnung vorzunehmen. Im Programm finden sich neben Naumannschen Selbsthilfegedanken auch sozialstaatliche Vorstellungen und mittelständische Anliegen. Die hohe Zahl von 34 Veranstaltungen des EAV Mannheim im Jahre 1893 entstammte der Initiative des Pfarrverwalters Ernst Lehmann – ein Vetter des künftigen Außenministers Walter Rathenau und späterer Freund von Theodor Heuss²⁴. Lehmann versorgte Mannheims Schwetzinger Vorstadt,

19 Walter Tormin, Die Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, Stuttgart 1966, S. 113.

20 Otto Lang, in: Francke, S. 32 ff.

21 E. Ludwig, in: Edmund Rebmann / Eberhard Gothein / Eugen von Jagemann, Das Großherzogtum Baden, 2. Aufl., Karlsruhe 1912, S. 1114 f.

22 Das Programm findet sich unkommentiert bei Ruben Fink, Entwicklung und Aussichten evangelischer Volksvereine, Heidelberg 1922, S. 19 – 23.

23 Die Kirche, Sonntagsblatt (Hrsg.: Kirchlich-liberale Vereinigung in Baden), Jg. 1893. Den Hinweis auf die Vereinsnachrichten der EAVe Badens in »Die Kirche« der neunziger Jahre verdanke ich der Heidelberger Historikerin Irmela Kühn.

24 Ernst Josef Lehmann, geb. 1861 in Berlin als Sohn eines jüdischen Fabrikanten, betriebswirtschaftliches Praktikum, Studium der Geschichte und Philosophie (Promotion: Die verschiedenartigen Elemente der Schopenhauerschen Willenslehre, Straßburg 1888), der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, schließlich auch der Theologie, nach seinem Übertritt zum Christentum: »gar mancher Einblick, den ich gerade als Sohn eines Fabrikanten in die sozialen, sittlichen und religiösen Schäden unserer Zeit tun durfte [...] hatte mich veranlaßt [...] auch theologischen Fächern mich zuzuwenden«. Lebenslauf des Dr. E. Lehmann vom 17. 8. 1888, in: PA 1527/I EOK KA.

»ein Arbeiterviertel, durchwegs von Arbeitern bewohnt wie kein zweiter Ort im Großherzogtum Baden«²⁵ – »damals die sozialistischste Pfarrei in Baden«²⁶. Von einer christlichen Volkserziehung und einer Einwirkung der Kirche auf den Staat erwartete Lehmann in den neunziger Jahren eine Behebung der sozialen Schäden²⁷.

Unter Lehmanns Anleitung ging der Mannheimer EAV dazu über, das soziale Programm des GEAVD in die Praxis umzusetzen, eher Ausnahme als Regel innerhalb des Gesamtverbandes²⁸: Gespräche mit der Stadtverwaltung führten zur Einführung einer wenn auch nur periodischen Sonntagsruhe für Kompostarbeiter. Entsprechendes für die Bediensteten der (privaten) Mannheimer Trambahnbetriebe zu erreichen, scheiterte²⁹. Erfolgreich verlief die von Lehmann angeregte Kampagne für eine gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft, deren erste Genossenschafter sich überwiegend aus dem EAV rekrutierten. Nur in der Anfangszeit jedoch saß ein Arbeiter im Vorstand³⁰. Einzelne Vertreter des Bürgertums unterstützten den Mannheimer »Spar- und Bauverein«, das organisierte Unternehmertum aber hatte eine Mitwirkung mit der Begründung abgelehnt, »die Industriellen hätten ihre Verpflichtung dem Arbeiter gegenüber durch die Zahlung ausreichend hoher Löhne erfüllt«³¹. Diese Genossenschaft zählte 1970 1800 Mitglieder, 1154 Wohnungen, 2 100 000 Mark Spareinlagen³².

Die zumeist jüdischen Viehhändler benutzten den Samstag (Sabbath) für den Viehtransport in die Stadt, bei dem sie nicht selbst zugegen sein brauchten. Auch die Stadt profitierte von diesem Termin; denn sie kassierte Standgeld für den Sonntag, da am Feiertag kein Viehmarkt gehalten werden konnte. Die Viehhofarbeiter mußten sonntags länger als sonst arbeiten (über 12 Stunden), da »die wöchentlichen Viehladungen stets Sonntag früh um 3 Uhr eintreffen«^{32a}. Am sonntäglichen Gemeindeleben konnten die Viehhofarbeiter daher nicht teilnehmen. Die Aktion des Mannheimer EAV für eine Verlegung des Viehmarktes von Montag auf einen anderen Werktag galt mithin der Wahrnehmung von kirchlichen und von Arbeiterinteressen gegenüber mittelständischen und kommunalen Belangen.

Die lokalen Machthaber Mannheims gingen zum Gegenangriff über: Im Stadtrat saß – dank des kommunalen Klassenwahlrechts in Baden³³ – eine nationalliberale Mehrheit. Die Nationalliberalen in Baden galten als liberal nur in wirtschaftlicher Hinsicht, in politischer aber als autoritativ und in sozialer als konservativ³⁴. Mit der ihnen sehr nahe stehenden Kirchlich-liberalen Vereinigung besaßen sie auch die Mehrheit im Mannheimer Kirchen-

25 J. Ziegler, *Petition an den badischen Großherzog*, 29. 8. 1894, in: PA 1927/I EOK KA.

26 Ernst Lehmann, *Vierzig Jahre Kampf um den Sozialismus und seine Zukunft in der Kirchengemeinde Mannheim*, Mannheim 1932, S. 5.

27 Für den Geistlichen, so schrieb er damals, ergebe sich »aus der Einsicht, daß die spontane Liebestätigkeit der inneren Mission nicht mehr ausreicht« für »den durch unsere Wirtschaft halb tot geschlagenen Menschen [...] ein heiliges Muß, ein kategorischer Imperativ«, im Rahmen der »evangelisch-sozialen Bewegung« auf »Besserung der Wirtschaftsordnung zu dringen«. Ders., *Die Wirtschaftsordnung vom Standpunkt des Seelsorgers*, Heidelberg 1894, S. 8 ff.

28 Vgl. Bruno Feyerabend, *Die evangelischen Arbeitervereine*, phil. Diss. Frankfurt 1955, S. 70.

29 Vgl. *Badische Arbeiterzeitung* (Organ der EAVe Badens), Zell i. W., 17. 3. 1894, S. 50.

30 *Genossenschaftsregister Mannheim*, Bd. 1 (seit 20. 12. 1870), S. 80; Archiv des Amtsgerichts.

31 *75 Jahre Baugenossenschaft Spar- und Bauverein Mannheim*, 1970, S. 22.

32 *Ebda.*, S. 133 ff.

32 a *Soziale Tätigkeit des Mannheimer Arbeitervereins*, *Badische Arbeiterzeitung*, Zell im Wiesental, 17. 3. 1894, S. 50.

33 Jörg Schadt, *Die sozialdemokratische Partei in Baden von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende*, Hannover 1971, S. 172 f.

34 Adam Remmele, *Vom Absolutismus zum Volksstaat*, Karlsruhe 1931, S. 22 f.

gemeinderat³⁵. In Gestalt des Fabrikanten Reuling oder des Metzgermeisters Groß überschritten sich kommunale und kirchliche Parlamente auch personell³⁶. Am 31. Januar und nochmals am 21. September 1894 forderte der Mannheimer Kirchengemeinderat Lehmanns Versetzung durch den EOK³⁷.

Die Mannheimer Geistlichen schlossen sich dem an:

»[...] die Frage, wie der ev. Geistliche sich den sozialistischen Bewegungen und Bestrebungen gegenüber zu verhalten habe, ist eine sehr schwierige und bis zur Stunde nicht gelöst [...] Stadtvikar Lehmann wird es nicht gelingen, die Sozialisten für die Kirche zu gewinnen; wohl aber geben die, wie sie offen sagen, sich der Hoffnung hin, ihn auf ihre Seite zu ziehen«. Und zu Lehmanns Konflikt mit der Stadtverwaltung bedauerte man, daß jener deren Spitzen »mit Bagatellgeschichten angegangen habe und denselben sehr lästig gefallen sei«³⁸.

Die Geistlichen betrachteten die »soziale Frage« wesentlich unter dem Aspekt der kirchlichen Massenbasis, nicht aber wie die Christlich- bzw. Evangelisch-sozialen auch unter dem der primär betroffenen Arbeiterschaft selbst. Aber sogar das kirchliche Interesse an möglichst allgemeiner Sonntagsruhe wurde geopfert zugunsten eines ungetrübten Einvernehmens mit den politischen Instanzen.

Diese Haltung wurde mit Lehmanns Versetzung publik, die gegen den Willen seiner Arbeitergemeinde erfolgte, die mit 12 0/0 aller Gemeindeglieder (in etwa der Mannheimer Kirchenbesuchsquote vor 1900 entsprechend) vom EOK Lehmanns Verbleiben gefordert hatte. Der EOK selbst hatte lange zu schlichten versucht, sich dann aber dem Druck der kirchlich einflußreichen Kreise Mannheims gebeugt.

Die Folge war eine schwindende Bindung evangelischer Arbeiter an ihre(?) Kirche. 1893 noch hatte der EAV 500 Mitglieder gezählt, 1894 bereits 700, 1895 wiederum nur 500³⁹. Mit der politisch begründeten Vertreibung des Pfarrverwalters Ernst Lehmann aus Mannheim (der Vorgang dauerte immerhin ein ganzes Jahr) befreite die Mannheimer Kirchenleitung die dortige Sozialdemokratie vom Legitimationszwang gegenüber einem zunächst erfolgreich mit der Arbeiterbewegung konkurrierenden kirchlichen Sozialreformer. Wie sehr die Sozialdemokraten um die Jahrhundertwende eine solche Konkurrenz christlicher Sozialreformer als Hemmschuh empfanden, bezeugt etwa der Bergarbeiterführer Otto Hué anläßlich der Mühe um Aktionseinheit beim großen Bergarbeiterstreik an der Ruhr 1905⁴⁰.

Lehmanns Vertreibung zeigt (ebenso wie die spätere des sozialliberalen Vikars Fineisen 1910), daß der EAV in Mannheim im Gegensatz zu anderen Regionen in Deutschland⁴¹ nicht einmal die Unterstützung der kirchlichen Körperschaften auf unterer und mittlerer Ebene erlangte.

Nach Lehmanns Versetzung in eine Schwarzwaldgemeinde (Januar 1895) fiel der EAV

35 Ludwig Landes, Evangelische Kirchengemeinde Mannheim, Bd. III d, MS (o. J.), S. 984. Vgl. Klaus Wurth, in: Monatsblätter für die kirchlich-positiven Vereinigungen in Baden, 12/1909, S. 390.

36 Denkschrift über das Vorgehen des Stadtvikars Lehmann in Mannheim in der Frage der Sonntagsruhe der städtischen Arbeiter in Mannheim, Manuskript Lehmanns in: PA 1527/I vom 12. 10. 1894.

37 Die Eingaben des Kirchengemeinderats finden sich ebda.

38 Bericht des Mannheimer Pfarrministeriums an den EOK KA, 21. 10. 1894, ebda.

39 Adressbücher der Stadt Mannheim, 1894, S. 285; 1895, S. 363; 1896, S. 389.

40 Süddeutsche Arbeiterzeitung (SAZ), 2. 9. 1906, S. 2.

41 Vgl. Feyerabend, S. 199.

zunehmend in sozialpolitische Apathie. Neben der Unterstützungskasse (Sterbe- und Krankheitsfälle) des GEAVD bleibt die Solidaritätsspende für die vom Ruhrstreik 1905 betroffenen Verbandsmitglieder zu erwähnen⁴².

Ein Vergleich der EAV-Nachrichten aus Mannheim in der Zeitschrift »Die Kirche« von 1893 und in der Süddeutschen Arbeiterzeitung (seit Jahrhundertwende gemeinsames Organ des badischen und des württembergischen Verbands der EAVe) von 1903 und 1904 zeigt, daß gegenüber der Zeit von Lehmanns Wirksamkeit das Vortragsangebot um die Hälfte gesunken war, der Anteil sozialpolitischer Themen sogar von 90 % auf 25 %. Der Mannheimer EAV-Vorstand klagte über mangelnden Besuch der Vereinsveranstaltungen⁴³ und drohte sogar mit dem Rücktritt⁴⁴.

Ein neuer Aufschwung ergab sich als Folge des Engagements, das der national-soziale⁴⁵ Vikar August Fineisen seit 1906 den Zielsetzungen des EAV widmete⁴⁶.

2. Die Mannheimer Volkskirchliche Vereinigung (VV)

Fineisen sah die sozialdemokratischen Arbeiter »von ränkesüchtigen Männern verführt und ihrer Kirche entfremdet«. In Konkurrenz zur Sozialdemokratie wollte er vor allem die EAVe neu beleben, »die meist innerlich tot oder bloße Vergnügungsvereine sind«⁴⁷. Er entfaltete eine rastlose Vortragstätigkeit bei den EAVen des Unterbadischen Bezirksverbandes (Zentrum: Mannheim), der sich 1906 durch Herausgabe einer eigenen Zeitung (Unterbadisches Volksblatt) vom oberbadischen getrennt hatte⁴⁸. Fineisen bewunderte vor allem die Rolle christlicher Kreise bei der Integration der Arbeiter in die bestehende Sozialordnung, wie sie in England gelungen war⁴⁹. Als Alternative zum sozialdemokratischen Arbeitersekretariat richtete er ein evangelisches »Volksbüro« (»Volk« im Sinne von ständeübergreifender Allgemeinheit) ein. Fineisen hoffte, »es werde ein Segen sein für jährlich

42 SAZ, 12. 2. 1905, S. 4.

43 SAZ, 18. 12. 1904, S. 4.

44 SAZ, 20. 11. 1904, S. 4.

45 Mitglieder der evangelisch-sozialen Bewegung, der EAVe und anderer Reformgruppen (etwa Damaschkes Bewegung für Bodenbesitzreform) hatten sich im November 1896 zu Erfurt als National-Sozialer Verein konstituiert. Die Führung lag bei Friedrich Naumann. Gesellschaftspolitisch unterschied man sich kaum von den Evangelisch-sozialen, aber in der Außenpolitik wie in der Begründung der Konzeption überhaupt verdrängten nationale bzw. nationalistische Motive die evangelisch-christlichen. Vgl. dazu *Hermann Timm*, Friedrich Naumanns theologischer Widerruf, München 1967. In Südwestdeutschland beharrte man auf der christlichen Motivationsbasis sozialliberaler Politik. Vgl. etwa *Pollmann*, S. 279. Ein Beispiel dafür bietet auch der Mannheimer Pfarrer Ernst Lehmann. 1903 schloß sich der National-Soziale Verein der Freisinnigen Vereinigung an. Der badische Verband blieb bis zur Gründung der Fortschrittlichen Volkspartei 1910 selbständig. Vgl. auch *Martin Wenck*, Die Geschichte der National-sozialen von 1895 bis 1903, Berlin 1905, S. 53 ff. und 128 ff.

46 August Ignaz Fineisen, geb. 8. 4. 1881 als Sohn eines Gärtners. Studium der Theologie (u. a. bei Troeltsch), Promotion in Volkswirtschaft, theologisch liberal geprägt, Englandsaufenthalt, seit 15. 11. 1906 »Stadtvikar« (= Hilfsprediger) an der Trinitatiskirche Mannheim, an der später Erwin Eckert, Deutschlands erster KPD-Pfarrer, wirkte.

47 A. Fineisen, 2. Jahresbericht an den EOK KA, Dokumentation Fineisen beim Verf.

48 Dabei könnte die konservative Orientierung des südbadischen Verbandes unter dem Pforzheimer Fabrikanten Wilhelm Stöffler, der Naumanns Ausscheiden aus dem GEAVD mitgetragen hatte, eine Rolle gespielt haben. Der Vorsitzende des Unterbadischen Bezirksverbandes bis 1912, Adolf Raupp, dagegen war vorübergehend Vorstandsmitglied im Mannheimer National-sozialen Verein.

49 A. Fineisen, 1. Jahresbericht an den EOK KA, Dok. Fineisen beim Verf. Zur Sympathie deutscher Sozialliberaler für englische Lösungen vgl. *Reinhard Opitz*, Der deutsche Sozialliberalismus 1917 - 1933, Köln 1973, S. 59.

Tausende unserer evangelischen Glaubensbrüder in Mannheim und Umgebung, die bis dahin auf das sozialdemokratische [...] angewiesen waren [...] dort häufig wie Bettler behandelt oder abgewiesen wurden mit der Antwort: Wie gut wäre es jetzt, wenn Sie Sozialdemokrat [...] wären etc.«⁵⁰.

Fineisens Wirken fand zwar Anklang bei den Arbeitern⁵¹. Mit seiner sozialpolitischen Aktivität jedoch schuf er sich einflußreiche Gegner. Es kam zu einem innerkirchlichen Konflikt, der mit Fineisens Vertreibung aus Mannheim endete. Parallelen zum Fall Lehmann 15 Jahre zuvor legen es nahe, nach gemeinsamen Ursachen zu fragen.

Obwohl der EOK Fineisen auf die Bewerberliste zur Pfarrwahl der Trinitatiskirche 1909 gesetzt hatte und 1200 Stimmen in deren engerer Gemeinde, weitere 2000 in der übrigen Stadt für Fineisens Wahl aufgebracht worden waren⁵², entschied die Wahlkörperschaft (Kirchengemeindeversammlung, -rat und Geistliche) anders (30. Juni 1909). Der EAV erblickte darin einen Angriff des Bürgertums auf die erstarkte kirchliche Arbeiterorganisation und fürchtete, man wolle ihm wiederum die theologische und intellektuelle Stütze rauben.

Der Vorsitzende der Kirchlich-liberalen Vereinigung soll von Fineisens Wahl abgeraten haben; denn dieser »sei zu sozial und stehe zu weit links«⁵³; »sein bisheriges Auftreten habe oft mehr einen sozialistischen als sozialen Charakter« getragen⁵⁴, meinte ein anderer, ein dritter schließlich: »Wir wollen gar nicht so viele Arbeiter in der Kirche haben, sonst gehen uns am Ende die reichen Leute hinaus«⁵⁵. Fineisens Nichtwahl löste eine Bewegung aus, die »einer plötzlich entstandenen, großen und drohenden Lawine« glich⁵⁶.

Um künftig auf die Pfarrwahlen Einfluß nehmen zu können, gründete der Mannheimer EAV im September 1909 eine neue Kirchenpartei, die Volkskirchliche Vereinigung. Sie kandidierte für die Kirchengemeindeversammlung (25. November 1909) und den Kirchengemeinderat (10. Januar 1910). Ihr Programm beklagte die Rückständigkeit der Kirche in kulturellen, ökonomischen und sozialen Anschauungen als Ursache des nachlassenden kirchlichen Interesses in der Bevölkerung. Die VV sei »eine Verbindung der freiheitlich und sozial gesinnten Protestanten [...] politisch völlig neutral«, weder eng konfessionell, noch ein »dogmatisch gerichteter Verein«. Man unterstütze öffentliche Diskussionen und Vorträge, Mitarbeit bei »sozial-sittlichen Bestrebungen [...] Friedensbestrebungen, Volksbüros u. a. m.«⁵⁷. Gefordert wurde weiterhin die politische und klassenmäßige Neutralität der Kirche, die Urwahl der Pfarrer und die grundsätzliche Erlaubnis für Geistliche, auch Sozialdemokrat zu sein⁵⁸. Die volkskirchliche Kandidatenliste zur Kirchengemeindeversamm-

50 A. Fineisen, 2. Jahresbericht, a. a. O.

51 »Er hat nicht nur die Mitgliederziffer des evangelischen Arbeitervereins bedeutend in die Höhe gebracht, er hat ebenso einen blühenden Arbeiterfrauenverein mit jetzt 300 arbeitenden Frauen und Mädchen geschaffen, er hat religiöse und soziale Vortrags- und Diskussionsabende eingerichtet«. Dabei sei die Gemeinde »durch die unermüdliche, hingebende und erfolgreiche Tätigkeit Fineisens in Schichten der Arbeiterbevölkerung vorgedrungen, die wir vorher für die Kirche verloren glaubten«. E. Lehmann, Kirche und Arbeiterstand, in: Die Christliche Welt 1909, Sp. 736 ff.

52 *Ebda.*

53 Adolf Raupp, Erklärung, in: Unterbadisches Volksblatt, 2. 7. 1909.

54 *Ebda.*

55 *Ebda.*

56 *Landes*, S. 994.

57 Programm der VV, o. O., o. J., Flugblatt, Dok. Fineisen beim Verf.

58 A. Raupp, Die Wahlen zur evangelischen Kirchengemeinde-Versammlung, Generalanzeiger Mannheim, 30. 11. 1909.

lung war durch Abstimmung in öffentlichen Versammlungen zustande gekommen und enthielt 26 % Arbeiterkandidaten. Auch ein Sozialdemokrat war darunter⁵⁹. Am 25. November 1909 betrug die Wahlbeteiligung 25 % gegenüber 3 % beim vorigen Mal, die VV gewann mit 2166 Stimmen gegenüber 1970 für die vereinigten Liberalen und Positiven die 51 freigewordenen von 80 Sitzen der Kirchengemeindeversammlung⁶⁰. Entgegen der volkskirchlichen Bitte (21 Uhr) hatte der Kirchengemeinderat die Wahlzeit auf 20 Uhr begrenzt (ein Werktag), so daß viele Arbeiter von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch mehr machen konnten. Gegen ihr Drängen wurde sogar Polizei eingesetzt.

Die soziale Basis der verschiedenen Kirchenparteien, die, wenn auch verhaltene, Unterstützung der VV durch die sozialdemokratische »Volksstimme« sowie die Gegenstände des Konfliktes demonstrieren, daß es sich bei dem Kampf sozialliberaler Protestanten gegen ihre nationalliberalen bzw. konservativen⁶¹ Glaubensbrüder um die Austragung von Klassengegensätzen handelte:

Nur im Wahlbezirk der Konkordienkirche, damals Wohnviertel des gehobenen Bürger­tums, unterlag die VV. Den höchsten Stimmenanteil erzielte sie um die Trinitatiskirche, gefolgt von der Lutherkirche (Neckarstadt). Um die Trinitatiskirche wohnten Arbeiter und kleinere Bahnbeamte, in der Neckarstadt damals fast ausschließlich Arbeiter, wie die Visitationsberichte der dortigen Pfarrer bezeugen. Auf der Liste der VV kandidierten 10 % Eisenbahner. Zuzug erhielten die Volkskirchlichen aus den Reihen der Mannheimer Handwerker, die Opfer von Monopolisierungstendenzen bei der kirchlichen Auftragsvergabe geworden waren⁶². Für den Zuschlag eines kirchlichen Auftrages scheinen familiäre, vor allem aber auch parteipolitische Beziehungen (nationalliberale) von Bedeutung gewesen zu sein⁶³. Im Führungsteam der VV saßen Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Beamte und Freiberufliche⁶⁴.

Im überwiegend liberalen, z. T. positiven Kirchengemeinderat Mannheims entschieden das Geschick der Gemeinde 1908/09: 4 Kaufleute, 2 »Privatleute«, 1 Brauereidirektor, je 1 geheimer Hof- bzw. Regierungsrat, 1 Regierungsbaumeister (zugleich Großbauunternehmer), 1 Stadtrat, 1 Transportunternehmer, je 1 Bau-, Tüncher- und Glasermeister, 1 Gastwirt und

59 Wahlauf­ruf, o. J., Dok. Fineisen beim Verf. Erst als ein Wahlkampf unvermeidlich schien, plazierte auch die gegnerische Koalition Arbeiter auf ihre Liste: 9 %.

60 Die Folgen einer unsozialen Pfarrwahl, in: Die Hilfe 1909/32, zit. in: Unterbadisches Volksblatt 1909/50.

61 Die Verflechtung der Kirchlich-liberalen mit den Nationalliberalen belegen *Landes*, S. 984, *Lehmann*, Vierzig Jahre Kampf, S. 5 f. »Der kirchliche Liberalismus Badens hat sich seit 50 Jahren mit Haut und Haaren dem politischen Liberalismus verschrieben und umgekehrt, was immer politisch liberal war, hat sich auch als kirchlich liberal erwiesen«. *Klaus Wurth*, Rückschau, in: Monatsblätter für die kirchlich-positiven Vereinigungen 1909/12, S. 390. Klaus Wurth, Führer der Kirchlich-positiven in Baden, war während der Monarchie konservativer, während der Weimarer Republik deutschnationaler Politiker. Die politische Tätigkeit des deutschnationalen badischen Kirchenpräsidenten Wurth, in: Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes, Mannheim, 5. 4. 1931, S. 65. Zur Personalunion Kirchlich-positiver und konservativer Politiker vgl. *Theodor Steltz*, Evangelische Sozialisten und konservative Politiker, in: Christliches Volksblatt, Karlsruhe, 1. 7. 1923, S. 4.

62 Die protestantischen Kirchenwahlen, in: *Volksstimme*, 25. 11. 1909.

63 Dies ergaben Stichproben der Protokolle der Bau- und Rechnungs­kommission des evangelischen KGR MA, Bde. 1893 – 1907, 1907 – 1915, verglichen mit den kirchlichen Parlamentariern im Evangelischen Kirchenkalender Mannheims, den lokalen Parteipolitikern und Geschäftsleuten laut Mannheimer Adreßbüchern, der Pressedokumentation des Stadtarchivs MA über den nationalliberalen Verein, den Personendokumentationen und Meldebögen ebda.

64 Das Führungsteam der VV bei *Landes*, S. 1000.

1 Oberinspektor⁶⁵. Die personelle Überschneidung kirchlicher und kommunaler Parlamente nahm in Mannheim vor dem 1. Weltkrieg besonders auf der untersten Ebene (Kirchengemeindeversammlung, Stadtverordnetenversammlung) zu⁶⁶.

Der dem innerkirchlichen Konflikt von 1909/10 zugrundeliegende doppelte Klassegegensatz dürfte die lokale Sozialdemokratie zur Unterstützung der protestantischen Sozialliberalen bewogen haben: der Kampf der kirchlich gebundenen Arbeiterschaft gegen ihre Entmündigung und der evangelischen Handwerker gegen ihren Ausschluß vom kirchlichen Auftragsmarkt. Wären Fineisens Person und »sein starkes Geltungsbedürfnis« die »Ursache« jener protestantischen Polarisierung in Mannheim gewesen⁶⁷, die Sozialdemokraten hätten ihren sozialliberalen Konkurrenten nicht unterstützt. Wie wenig es bei dem Gegensatz um Fineisens Person ging, zeigt auch die Ablehnung eines Antrags des EAV auf Unterstützung des Volksbüros mit 500 Mark im Jahr durch den Kirchengemeinderat nach Fineisens Versetzung an eine Freiburger Gemeinde⁶⁸. Landes' Interpretation setzt die subjektivistische Deutung der vereinigten Liberalen und Positiven fort⁶⁹. Hingegen stimmen die beiden sozialliberalen mit dem konservativen Chronisten überein⁷⁰.

Der Wahlsieg der VV zur Kirchengemeindeversammlung konnte zunächst nicht in institutionelle Macht umgemünzt werden. Dank der eindeutigen Parteinahme der Geistlichen zugunsten der vereinigten Liberalen und Positiven gelangte kein Volkskirchler in den KGR. Der Präsident des EOK, Helbing, übte herbe Kritik an dem Verhalten der Pfarrer⁷¹, konnte jedoch Fineisen gegen die Übermacht der bürgerlichen Koalition in der Mannheimer Kirchengemeinde nicht halten.

Ein Vergleich der »Fälle« Lehmann (1895) und Fineisen (1910) offenbart am Mannheimer Beispiel gesellschaftliche Ursachen für das Scheitern des von Naumann zunächst angestrebten Bündnisses »von Bassermann bis Bebel«: Die beiden engagierten sozialliberalen Vikare wurden aus Mannheim vertrieben, weil ihre gesellschaftliche Integrationspolitik einen Verzicht des Bürgertums auf ökonomische und politische Privilegien implizierte. In der Kirche organisierte evangelische Arbeiter waren nur so lange als Konkurrenz zur Sozialdemokratie

65 *Kirchenkalender Mannheims auf das Jahr 1909*, S. 22.

66 Dies ergab ein Vergleich von ev. Kirchenkalender und Adreßbüchern der Stadt MA von 1900 bis 1914.

67 So *Landes*, S. 994.

68 Protokollbuch der Kirchengemeindeversammlung III/17. 5. 1910, S. 200. Die 500 Mark hätten aus einem jährlichen Kirchensteueraufkommen von 223 000 Mark von 1908 entnommen werden müssen. *Hans Seufert*, Soziales und Unsoziales aus badischen Kirchengemeinden, in: *Evangelisch-sozial* 1909, S. 382.

69 Für sie war Fineisen nicht nur Katalysator, sondern auch Ursache der Mannheimer Gemeindepaltung. Objektive Ursachen erwogen sie nicht. Vgl. ihre Eingabe an den EOK KA, 11. 12. 1909. Dok. Fineisen beim Verf.

70 *E. Lehmann*, Kirche und Arbeiterstand, in: *Christliche Welt* 1909, Sp. 736. *Seufert*, a. a. O., Mannheimer Wahlkämpfe, in: *Monatsblätter für die kirchlich-positiven Vereinigungen* 1909/12, S. 391 f.; darin heißt es treffend: »[...] man gab die Devise gegen eine nationalliberale Plutokratie aus und arbeitete (sogar halb mit Hilfe der sozialdemokratischen Volksstimme) mit einer rein politischen Aufhetzung des Proletariats auf die Ochlokratie los«. Die Mannheimer Kirchlich-liberalen seien letztlich daran schuld, ihre Partei »besaß bisher die Führung und litt [...] vor allem daran, daß sie [...] einseitige Klassenpolitik trieb, Leute in Kirchengemeindeversammlung und -rat brachte, die nicht sehr kirchlich dachten, aber finanzkräftig waren – erst in letzter Zeit und doch nicht ganz ohne Druck empfand man sozialer«. Dementsprechend machte die VV beim EOK ihre Massenwirksamkeit geltend, man habe schon 509 Mitglieder (A. Raupp an den EOK KA, 28. 1. 1910). Die gegnerische Koalition drohte mit dem Kirchenaustritt der »Höchstbesteuerten«. (An den EOK KA, 11. 12. 1909, S. 7.)

71 Präsident Helbing an das Stadtpfarramt Mannheim, 17. 5. 1910, S. 2 f.

gerne gesehen, als sie aus dem gemeinsamen Bekenntnis keine Forderungen nach sozialen Konzessionen ihrer bürgerlichen Konfessionsgenossen ableiten. Nachdem die plebiszi-täre Initiative (Unterschriftensammlung) ohne Erfolg geblieben war, organisierte sich die noch kirchlich gebundene Arbeiterschaft zum methodischen Gebrauch parlamentarischer Spielregeln. Dank gewisser Satzungssicherungen konnten die Volkskirchler ihren Wahlsieg nicht nutzen. Die repräsentative Demokratie der Mannheimer Kirchengemeinde wurde zur Legitimation ihres bürgerlichen Minderheitsregiments: »Wenn an sich schon die Herrschaft der Massen bedenklich ist, daß absolut Kautelen dagegen geschaffen werden müssen, so ist sie es in kirchlichen und religiösen Fragen in erhöhtem Maße und bedroht den Bestand der Kirche in ihren Grundfesten«⁷².

Die Evangelisch-sozialen, bestrebt, auf die Sozialdemokratie mäßigend einzuwirken, mußten erkennen, daß ihre Kirche ohne eine Reform (Demokratisierung und Klassenneutralität) die ihr gegebene gesellschaftliche Integrationschance nicht würde wahrnehmen können, setzten also, wenn auch ohne direkten Erfolg, den z. T. sozialdemokratischen Druck für eine Änderung der innerkirchlichen Machtverhältnisse ein. Daß sich über den von ihnen forcierten protestantisch-sozialistischen Dialog hinaus kein dauerhafteres Bündnis mit den Sozialdemokraten ergab, lag nicht an ihren innerkirchlichen Gegnern, die schließlich alles taten, um die Sozialliberalen zur Sozialdemokratie zu drängen. Diese Entwicklung wurzelte vielmehr wohl im Einfluß des marxistischen (Minderheits-)Flügels der Sozialdemokratie wie auch in dem gesellschaftlichen Graben, der im Wilhelminischen Deutschland Kirche und Sozialdemokratie voneinander schied. Die Ohnmacht des Kirchenpräsidenten gegenüber der bürgerlichen Koalition in der Kirchengemeinde Mannheim zeigt, daß hier weniger die damals viel beklagte Staatskirche als vielmehr die Bürgerkirche eine Änderung der gesellschaftlichen Situation blockierte. Wären der religionsfeindliche linke Flügel der Arbeiterbewegung vom reformistischen getrennt und der gesellschaftliche Graben zwischen Kirche und Sozialdemokratie stellenweise zugeschüttet worden, hätten sich protestantische Sozialliberale und evangelische Reformisten der Arbeiterbewegung im Bemühen finden können, ihre Kirche aus der bürgerlichen Herrschaft zu lösen.

Nachdem die volkskirchliche Protestbewegung abgeebbt und ihre Führungsgruppe in die kirchliche Selbstverwaltungsarbeit integriert war, gelang ihr im Zuge eines Kompromisses schließlich die Wahl Ernst Lehmanns an die Lutherkirche (2. November 1911). Dieser hatte nach seiner Versetzung von Hornberg aus die Nationalsoziale Partei Badens geleitet, ebenso die von ihm ins Leben gerufene Evangelisch-soziale Vereinigung. Diese bot als erste im Reich sozialwissenschaftliche Schulungskurse an, u. a. durch Troeltsch, Max Weber, v. Schulze-Gaevernitz⁷³. Bis zu Naumanns Verdrängung aus dem GEAVD war Lehmann Schriftleiter des badischen Landesverbands der EAVe und dessen 2. Vorsitzender gewesen. Im Redaktionskreis der Süddeutschen Arbeiterzeitung (SAZ) dürfte seine Freundschaft mit Theodor Heuss begonnen haben⁷⁴.

72 Eingabe der bürgerlichen Kirchenparteien MAs an den EOK KA, 11. 12. 1909, S. 6. Eine entsprechende Haltung vertrat Ernst Bassermann, Mannheimer Nationalliberaler und Führer der Reichstagsfraktion. Vgl. dazu *Friedrich Walter*, Schicksal einer deutschen Stadt, Bd. 1 (1907 bis 1924), Frankfurt 1949, S. 278.

73 Vgl. Mitteilungen des ESK, März 1895, 4. Folge, Nr. 3, S. 5 f. und Sept. 1897, 6. Folge, Nr. 7, S. 1.

74 Vgl. SAZ, 8. 7. 1906, S. 2.

3. Lehmanns Solidarität mit dem Streik in Mannheim-Friedrichsfeld 1912

Der Konflikt um Lehmanns Parteinahme für einige Forderungen der Arbeiterbewegung wirft anders als die bisher beschriebenen Fälle ein deutlicheres Licht auf den Handlungsspielraum der regionalen Kirchenleitung, wohingegen es auf der lokalen Ebene ruhig blieb, entweder wegen des angedeuteten Kompromisses oder aus Furcht vor einer erneuten und möglicherweise tiefer greifenden Zusammenarbeit sozialliberaler Protestanten mit der Sozialdemokratie.

Am 3. Juni 1912 begannen 420 Arbeiter der Deutschen Steinzeugwarenfabrik im Mannheimer Vorort Friedrichsfeld zu streiken. Es ging um höhere Löhne, vor allem aber um die praktische Anerkennung ihres Koalitionsrechts durch den Unternehmer (zugleich Vorsitzender des Verbands Südwestdeutscher Industrieller)⁷⁵. Im Organ der Fortschrittlichen Volkspartei, bei deren Gründung 1910 sich die badischen Nationalsozialen mit eingebracht hatten, forderte Lehmann vom Friedrichsfelder Unternehmen, mit den Gewerkschaften seiner Belegschaft (3 »freie«, 1 »christliche«) zu verhandeln⁷⁶. Der Industriellenverband reagierte mit einer fünfseitigen Beschwerde beim badischen EOK u. a. so: Man bitte »dringend, mit allem Nachdruck und aller Energie dahin wirken [...] zu wollen, daß es den Inhabern von Pfarrämtern, zu deren Erhaltung die Industrie nicht die niedrigsten, sondern sehr erhebliche Beiträge leistet, verboten wird, in Streikangelegenheiten, Lohn- und Klassenkämpfen einseitig Partei zu ergreifen«⁷⁷.

An Lehmann schrieb der EOK daraufhin, es liege ihm fern, »in die staatsbürgerlichen Rechte des Geistlichen eingreifen zu wollen«⁷⁸, an den Industriellenverband aber u. a.: »Zu einer allgemeinen Maßnahme liegt, da das Auftreten des Pfarrers Dr. Lehmann doch mehr vereinzelt ist, ein Anlaß für uns nicht vor«⁷⁹. Die Reaktion des EOK ist im nachhinein als geschickt zu werten, von einem Kirchenaustritt finanzkräftiger Unternehmer ist nichts bekannt, andererseits hatten die Linken in Mannheims Kirchengemeinde mit dem Bescheid an Lehmann keinen neuen Konfliktstoff.

Im Hinblick auf die Zukunft aber bleibt die Frage: Zu welcher »allgemeinen Maßnahme« würde sich der EOK gedrängt sehen, wenn Geistliche ihre »staatsbürgerlichen Rechte« in Richtung Sozialkritik nicht nur »mehr vereinzelt« in Anspruch nehmen würden? Die Antwort auf diese Frage erging in der Weimarer Republik mit der systematischen Unterdrückung religiös-sozialistischer Pfarrer, nun nicht mehr durch die lokalen, sondern durch die regionalen Kirchengewaltigen.

Wie Lehmanns Solidarisierung mit der Forderung Friedrichsfelder Arbeiter nach Anerkennung ihres Koalitionsrechts zu beurteilen ist, ergibt sich u. a. aus dem Stellenwert dieses Vorgangs innerhalb der politischen Konzeption der sozialliberalen Protestanten.

4. Sozialethik und politische Strategie bei den sozialliberalen Protestanten Südwestdeutschlands um die Jahrhundertwende

»[...] die sozialen Zustände unseres Volkes vorurteilslos zu untersuchen, sie an dem Maßstab der sittlichen und religiösen Forderungen des Evangeliums zu messen und diese selbst

75 Helmut Kiy, Aus der Geschichte der Mannheimer Gewerkschaften, in: Neues Gewerkschaftshaus Mannheim, Hrsg. DGB Mannheim 1964, S. 31.

76 E. Lehmann, Der Ausstand in der Deutschen Steinzeugwarenfabrik, in: Badischer Landesbote, 2. 7. 1912, S. 1.

77 Verband Südwestdeutscher Industrieller an den EOK KA, 30. 7. 1912, in: PA 1527/II.

78 EOK KA an Lehmann, 18. 9. 1912, ebda.

79 Aktennotiz des EOK, ebda.

für das heutige Wirtschaftsleben fruchtbarer zu machen als bisher [...]«⁸⁰, hatte sich der ESK zur Aufgabe gemacht⁸¹. In den zahlreichen Aufsätzen Ernst Lehmanns in den Zeitschriften »Evangelisch-sozial« und »Christliche Welt« vor 1914 zeigt sich, wie diese aus Heiliger Schrift, christlicher und theologischer Tradition entnommene Ethik kritisch und normierend gegenüber den gesellschaftlichen Übeln des kaiserlichen Deutschland ins Feld geführt werden konnte. Soziale Phänomene, etwa Mißstände oder Bewegungen, wurden weitgehend sozialwissenschaftlich untersucht, ihre Auswirkungen auf die jeweils Betroffenen (bei gesellschaftlichen Mißständen war dies zumeist die Arbeiterschaft) als unvereinbar mit evangelischer Ethik entlarvt.

Lehmann formulierte eine soziale Güterethik, indem er eine Theologie der (göttlichen) Ordnungen (etwa Ehe, Familie, Gemeinde, Nation, Arbeit, Ruhetag) mit einer Liebes- bzw. ihr entsprechenden Prinzipienethik verband, wobei sein Liebesbegriff weitgehend der von Albrecht Ritschl gewesen zu sein scheint⁸². Die Gesellschaft müsse diese gottgewollten Ordnungen jedem einzelnen ihrer Glieder gewährleisten, einem liebevollen Miteinander der Menschen dürfe die Wirtschaftsordnung nicht im Wege stehen. Wo dies doch der Fall sei, stünden Reformen an, daneben Sozialpädagogik und sittlich-religiöse Erziehung; denn – und das unterschied den evangelisch-sozialen vom später religiös-sozialistischen Lehmann – Ursachen sozialer Fehlentwicklung sah er zunächst in individueller Unmoral und unzutreffendem Denken. Als mittelfristiges Ziel politischen Handelns⁸³ galt ihm die Verwirklichung und Sicherung des »sozialen Friedens«, den er sich als einen bestimmten Spielregeln unterworfenen dynamischen Prozeß von gegenseitiger Interessenabklärung gleichberechtigter sozialer Kontrahenten vorstellte⁸⁴. Die Gleichberechtigung des Arbeiters gegenüber dem Unternehmer setzte für Lehmann ein gesetzlich gesichertes »Arbeiterrecht« (volles Tarif- und Koalitionsrecht u. a.) voraus.

Abgesehen von der kritischen und normativen Funktion dürfte seiner Ethik, im evangelischen Glauben verankert, auch eine motivationale Funktion eigen gewesen sein, wohl mit eine Ursache dafür, daß Lehmann und auch Fineisen persönliche Härten und berufliche Nachteile für ihr sozialpolitisches Engagement in Kauf nahmen. Aufbau und Sicherung des »sozialen Friedens« sollten auf der politischen Grundlage eines Klassenkompromisses geschehen. Zunächst hegten die Evangelisch-sozialen die Hoffnung, aus dem gemeinsamen protestantischen Bekenntnis heraus werde sich das evangelische Bürgertum zu sozialen Konzessionen, die evangelischen Arbeiter zur politischen Mäßigung bereit finden.

Sehr bald jedoch zeigte sich, auch etwa in den »Fällen« von Lehmann und Fineisen, die geringe Integrationskraft des Bekenntnisses angesichts ökonomischer und politischer Interessengegensätze. So trat zunehmend das politische Kalkül auch bei den sozialliberalen Protestanten in den Vordergrund. Der Klassenkompromiß sollte durch parlamentarische Koalitionen erreicht werden von zentristischen Positionen der Sozialdemokratie bis hinüber zum nationalliberalen Bürgertum. Gegner würden bleiben die radikalen Linken, zu Beginn

80 *Strohm*, S. 46, Anm. 58.

81 So schon im Ansatz *J. H. Wichern*, a. a. O., S. 6.

82 *Albrecht Ritschl*, Unterricht in der christlichen Religion, Hrsg. *Gerhard Rubach*, Gütersloh 1966, S. 20, § 12, Anm. c. Vgl. *E. Lehmann*, Über das Moment der »Versuchung« im wirtschaftlichen Leben, in: *Ev-soz* 1905, S. 74.

83 Zum Begriff vgl. *Hartmut Weber*, Mittelfristige Zielvorstellungen in der evangelischen Sozialethik, in: *Zeitschrift für ev. Ethik* 1970, Nr. 14, S. 135.

84 *E. Lehmann*, Ultramontanismus und soziale Frage, in: *Ev-soz* 1904, S. 255.

dieses Jahrhunderts um Luxemburg, Liebknecht, Zetkin, und auf der anderen Seite »Sozialautokraten« wie Stumm von Halberg (Saar) oder Emil Kirdorf (Rhein-Ruhr)⁸⁵.

Der Staat, organisierter Ausdruck des nationalen Gesamtinteresses, welches sehr viel mehr galt als die Schnittmenge einzelner Gruppeninteressen, sollte der Verabsolutierung einzelner Klasseninteressen wehren. Die Anpassungsstrategie der Sozialliberalen gegenüber der Sozialdemokratie umriß Lehmann in kurzen Zügen:

Er warnte vor Gewalt, Schikanen und Illegalisierungsversuchen gegenüber der SPD. Vielmehr sollte man »mildernd« auf sie einwirken, »indem wir in Reich, Staat und Gemeinde die von der Sozialdemokratie festgestellten sozialen Schäden gemeinsam mit ihr zu bessern suchen«⁸⁶. Im Sozialbereich, wie Krankenkassen, Gewerbeberichte, Arbeitskammern, und ebenso im politischen sollte man die SPD auf allen Ebenen mit Verantwortung betrauen. »Die Erfahrung hat es ja doch auch wohl in Deutschland schon genügend gezeigt, daß die Sozialdemokratie sich um so aufreizender und radikaler gebärdet, je mehr ihr derartige Verantwortungen erspart geblieben sind. Darum hat [...] die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die verantwortliche Parlamentsmehrheit in Baden eine nicht zu unterschätzende volkserzieherische Bedeutung gehabt«⁸⁷. Öffentliche Mitverantwortung werde auch das nationale Pflichtbewußtsein der SPD fördern, meinte Lehmann, zu Recht, wie sich spätestens 1914 zeigte. Darüber hinaus würde eine mitbestimmende Sozialdemokratie dem bürgerlichen Politiker eine größere Kontrolle dieser Partei ermöglichen, für nationales und politisches Versagen könne man sie besser zur Rechenschaft ziehen⁸⁸.

Auf den Zusammenhang von ohnmächtiger Opposition und radikaler Argumentation hat neuerdings Georg Fülberth hingewiesen⁸⁹. Vergleicht man die von Fülberth aufgeführten, den Revisionismus innerhalb der Sozialdemokratie fördernden Bedingungen mit den Grundlagen der Anpassungsstrategie der Evangelisch-sozialen am Beispiel der bis 1906 auch im Mannheimer EAV gelesenen Süddeutschen Arbeiterzeitung, so muß man schließen, daß deren Redaktionskreis über eine präzise Kenntnis der SPD und ihrer Entwicklungsbedingungen verfügte: So spielte etwa die SAZ als Replik auf die radikalen Töne des Jenaer Parteitags der SPD von 1905 mit deren »Furcht vor den militärischen Machtmitteln des imperialistischen Staates«⁹⁰. Anlässlich des Mannheimer Parteitags der SPD von 1906 machte sich die SAZ über die »theoretische und praktische Indolenz«⁹¹ des Parteivorstands als Ergebnis seiner Position zwischen den innerparteilichen Tendenzen lustig: Der Parteivorstand »versöhnt und verkleistert und begnügt sich damit, möglichst gewissenhaft dem allem nachzukommen, was ihm die Radikalen und die Revisionisten und die Gewerkschaften aufgetragen haben«; denn »zwar zahlen die Berliner Genossen mehr [...] aber die Stuttgarter oder Karlsruher erkämpfen Volksrechte«⁹². Innerparteiliche Macht konnte dank der »Parlamentarisierung« der SPD gewonnen werden »in der lokalen und regionalen Arbeit der Gewerkschafter, Arbeitersekretäre, sozialdemokratischen Gemeindevertreter

85 E. Lehmann, *Deutschland, wohin?*, Berlin 1933, S. 38, vgl. etwa Manfred Clemenz, *Gesellschaftliche Ursprünge des Faschismus*, Frankfurt 1972, S. 49.

86 E. Lehmann, *Soziale Volkserziehung*, in: *Ev-soz* 1911, S. 23 ff.

87 *Ebda.*, S. 23.

88 *Ebda.*, S. 23 f.

89 Georg Fülberth, *Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914*, in: *Das Argument* 63, März 1971, Heft 1/2, S. 12 f.

90 *Ebda.*, S. 10; vgl. SAZ, 22. 10. 1905, S. 2.

91 Fülberth, a. a. O., S. 14.

92 SAZ, 14. 10. 1906, S. 1.

und Landtagsabgeordneten«⁹³ für konkrete Reformen, einer Tätigkeit, die Wählerstimmen verhiß unter den Augen einer proletarischen und kleinbürgerlichen Öffentlichkeit, die vor allem auch aufgrund der Errungenschaften der Arbeiterbewegung überwiegend von reformfreundlichen Mentalitäten geprägt war⁹⁴. Dementsprechend appellierte die SAZ stets an das tradeunionistische Bewußtsein der Leser und ihrer Gesprächspartner. Die SAZ wußte beispielsweise, warum »nicht die Gewerkschaften sozialistischen, sondern die Parteigenossen gewerkschaftlichen Geist anzunehmen gezwungen sind«⁹⁵. – »Der übergroßen Zahl von Arbeitern ist das Ziel und das Bekenntnis nichts, die Tat ist ihnen alles, nämlich die Tat, das Mögliche zu nehmen«⁹⁶.

Das süddeutsche EAV-Blatt setzte alles daran, daß es so blieb, verspottete die greise These vom Zusammenbruch des Kapitalismus⁹⁷, den Internationalismus⁹⁸, die Maifeier und den Massenstreik⁹⁹, Rosa Luxemburg¹⁰⁰ und Mehrings Volkszeitung¹⁰¹, lobte hingegen Lujó Brentano und den Verein für Sozialpolitik¹⁰², die Sozialreform der Regierungen¹⁰³, Revisionisten wie Bernstein¹⁰⁴ und Reformisten wie Otto Hué¹⁰⁵. Gegenüber zentristischen Integrationsformeln¹⁰⁶ insistierte die SAZ auf der Alternative Sozialreform oder Revolution¹⁰⁷.

In diesem Sinne konnte der SPD maximalistische Politik vorgeworfen werden. Lehnte ihre Reichstagsfraktion einen Reformgesetzantrag aus dem bürgerlichen Lager ab, dann antwortete die SAZ, dies sei »die alte, schon oft getadelte Art dieser Herren, um der Taube auf dem Dach willen den Sperling in der Hand dranzugeben. Jedenfalls eine eigentümliche Art, für die Arbeiterinteressen zu sorgen«¹⁰⁸.

Aus der Erklärung des sozialdemokratischen Bergarbeiterführers Hué, man habe beim Streik an der Ruhr (1905) im Hinblick auf die Schwäche der Freien Gewerkschaften und mit Rücksicht auf »Stoecker und Konsorten« parteipolitische Agitation ausblenden müssen, folgerte die SAZ: »Demnach ist es [. . .] das nächste Ziel der Andersdenkenden, die freien Gewerkschaften ihre Wege gehen zu lassen und sich auf nationalem Boden zu einer solchen Macht zusammenzuschließen, daß jene mit ihnen zu paktieren gezwungen sind«¹⁰⁹.

Mit Kritik der langfristigen Zielen verpflichteten Politik der SPD, zugleich dem Nachweis scheinbar praktikabler Reformalternativen aus Regierungshand bzw. bürgerlicher Sozialpolitik, mit der positiven Beurteilung der Reformsozialisten und des Revisionismus, mit der Werbung für eine organisatorische Konkurrenz zu den Freien Gewerkschaften, mit

93 Fülberth, a. a. O., S. 12.

94 Ebd., S. 4, vgl. Helga Grebing, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966, S. 101.

95 SAZ, 21. 10. 1906, S. 1; vgl. Fülberth, a. a. O., S. 13.

96 SAZ, 2. 9. 1906, S. 2, vgl. 8. 2. 1903, S. 1.

97 SAZ, 8. 10. 1905, S. 3.

98 SAZ, 15. 7. 1905, S. 1.

99 SAZ, 23. 10. 1904, S. 2 f.

100 SAZ, 2. 9. 1906, S. 2.

101 SAZ, 1. 10. 1905, S. 2.

102 SAZ, 15. 10. 1905, S. 1 und SAZ, 22. 10. 1905, S. 1.

103 Ebd.

104 SAZ, 19. 4. 1903, S. 2 f.

105 SAZ, 2. 9. 1906, S. 2.

106 »Nicht das Streben nach sozialen Reformen, sondern die ausgesprochene Beschränkung auf sie, unterscheidet den Sozialreformer vom Sozialrevolutionär«. So Kautsky, zit. nach Grebing, S. 114. Dies als Beispiel für eine derartige Integrationsformel.

107 SAZ, 15. 10. 1905, S. 2 f.

108 SAZ, 4. 1. 1903, S. 1.

109 SAZ, 2. 9. 1906, S. 3.

dieser Anpassungsstrategie gegenüber der Sozialdemokratie, basierend auf einer treffenden Kenntnis der innerparteilichen Machtverschiebungen und ihrer Bedingungen, leisteten die sozialliberalen Protestanten Südwestdeutschlands einen Beitrag zur Verschärfung jener Arbeitsbedingungen für sozialdemokratische Basispolitiker, die laut Fülberth den Sieg des Reformismus innerhalb der SPD förderten: Diese »agitierten [. . .] oft in einer Umgebung, in der erste Erfolge nur durch verbale Zugeständnisse erreichbar schienen«¹¹⁰. Mit der trade-unionistischen Argumentation stabilisierte die SAZ das Legitimationsprinzip des Reform-erfolgs.

Seit 1910 koalierten die sozialliberalen Protestanten in Baden als Mitglieder der FVP mit der SPD auf Landesebene (Badischer Großblock), was Bebel gegen Ludwig Frank, den Mannheimer Rechtsanwalt und Führer des Reformsozialismus im Reichstag, aufbrachte und die innerparteiliche Polarisierung verstärkte¹¹¹. Die Konzessionen der SPD (Budgetbewilligung) zahlten sich jedoch nicht aus¹¹².

Schon zur Jahrhundertwende hatte Rosa Luxemburg im Sozialliberalismus (Vertreter des Vereins für Socialpolitik) eine Gefahr für die Zukunft der Sozialdemokratie gesehen¹¹³. Luxemburgs oder sekundär Fülberths Beurteilungen von Sozialreform und Reformsozialismus folgend, wäre die Unterdrückung der sozialliberalen Protestanten Mannheims durch die dortigen Kirchengewaltigen als ein Hindernis für den Anpassungsprozeß der Vorkriegssozialdemokratie einzuschätzen und damit vielleicht auch für ihre Bewilligung der Kriegskredite 1914.

Zu einem anderen Ergebnis gelangt man bei Zugrundelegung des Ansatzes von Dieter Groh, der die in den Weltkrieg mündende aggressive »Weltpolitik« des Wilhelminischen Reiches als Versuch versteht, die mißlungene Integration der Gesellschaft im kaiserlichen Deutschland zu kompensieren¹¹⁴. Die sozialliberalen Protestanten hatten nämlich schon in den neunziger Jahren der negativen Integration der Sozialdemokratie¹¹⁵ entgegenzuwirken versucht.

Wie das Gegen-, Neben- und Miteinander von kirchlichen Parteien, Geistlichkeit sowie lokaler und regionaler Kirchenleitung in Sachen Arbeiterbewegung auf die Entwicklung der Sozialdemokratie zurückwirkte, ist am Mannheimer Beispiel nicht eindeutig nachzuweisen. Fest steht, daß die sozialliberalen Protestanten, die sich seit 1890 nicht unabhängig vom Auslaufen des Sozialistengesetzes formiert hatten, erst kurz vor dem 1. Weltkrieg der nationalliberalen bzw. konservativen Übermacht in der Mannheimer Kirchenleitung in Gestalt der Rückkehr Lehmanns eine Konzession abzurufen vermochten. Sozialdemokratische Positionen jedoch galten weiterhin als tabu in der Bürgerkirche.

Dies änderte sich mit der Revolution 1918/19, zugleich jedoch entstand, was Friedrich Naumann schon ein Jahrzehnt zuvor befürchtet hatte: Auf die »Staatskirche« folgte die Parteikirche¹¹⁶. Die Bekämpfung des Linksprotestantismus wurde nun nicht mehr nur von der lokalen, sondern von der regionalen Kirchenleitung aus betrieben.

110 Fülberth, a. a. O., S. 20.

111 Siegfried Grünebaum, Ludwig Frank, Heidelberg 1924, S. 16.

112 Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus, Frankfurt/Berlin/Wien 1973, S. 474 f.

113 Peter Nettl, Rosa Luxemburg, 2. Aufl., Köln 1969, S. 170 f.

114 Groh, S. 32.

115 Zum Begriff vgl. *ebda.*, S. 36.

116 »Wenn sie von den Orthodoxen gemacht wird, so entsteht die Parteikirche, welche noch schlimmer ist, als die Staatskirche«. Friedrich Naumann, Wie stehen wir zur Religion und Kirche?, in: Volkskirchl. Blätter, Mannheim, 1. 4. 1910.

An der unterschiedlichen Beurteilung des Weltkrieges war seit 1916 zunehmend auch die äußere Einheit der Sozialdemokratie zerbrochen, die MSPD im Reichstag seit 1917 faktisch in Koalition mit FVP und Zentrum. Nach dem Umsturz im November 1918 übernahmen im Reich und in den Einzelstaaten Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängige provisorisch die Exekutive.

Die äußerlich klare Scheidung zwischen landesherrlicher Kirche und sozialistischer Bewegung ließ sich nicht länger aufrechterhalten. Gegenüber der damit eröffneten Möglichkeit eines partiellen Sich-Überschneidens von evangelischer Kirche und Sozialdemokratie gab es alternative Reaktionen. In dieser Hinsicht gewinnen zwei in den Jahren 1919/20 im Bereich der badischen Landeskirche entstandene evangelische Organisationen Bedeutung: der badische Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten und der Evangelische Volksverein (seit 1927 Evangelischer Volksbund).

III. RELIGIÖSE SOZIALISTEN IM MANNHEIMER RAUM 1919—1933

1. Entstehung und Entwicklung des badischen Volkskirchenbundes (evangelischer Sozialisten)

Evangelische Arbeiter, Mitglieder oder Wähler der Sozialdemokratie suchten 1919 den Kontakt zu ihrer Kirche, von der sie nach dem Fall des landesherrlichen Summepiskopats mehr Offenheit und Verständnis für die – u. a. ökonomisch und politisch artikulierten – Bedürfnisse der Arbeiterschaft erwarteten als vor der Revolution¹¹⁷. Die Evangelisch-sozialen der Vorkriegszeit hegten eine komplementäre Erwartung, vielleicht ließe sich im allgemeinen Umbruch für eine ernsthaftere Auseinandersetzung kirchlicher Kreise mit dem Problem sozialer Gerechtigkeit ein stärkeres Engagement von Laien, besonders aus den unteren Schichten, eintauschen¹¹⁸.

Diese Voraussetzungen kamen jenen sozialdemokratischen Führern entgegen, die unterhalb der parlamentarischen Koalitionen innerhalb der Gesellschaft die Isolation der Arbeiterbewegung gegenüber den Mittelschichten durch sachbezogene Zusammenarbeit überwinden wollten¹¹⁹. Zusammen mit dem Karlsruher Stadtrat und Mitverfasser der badischen Verfassung von 1919 Rechtsanwalt Dr. Eduard Dietz (MSPD) gründete Pfarrer Franz Rohde, ein Mitarbeiter Friedrich Naumanns, 1919 die Karlsruher Volkskirchliche Vereinigung, in Mannheim folgte Ernst Lehmann mit einem Teil der dortigen Volkskirchler von 1909/10¹²⁰. Der so entstandene badische Volkskirchenbund wollte Liberale wie Orthodoxe zur Neuordnung der Kirche vereinigen. Die Kirche solle sich von der einseitigen Bindung an das Bürgertum lösen und die Religion dadurch wieder »die innigste, tragende Lebensmacht« werden, »in der sich alle Volksgenossen finden«¹²¹. Von einer parlamentarisierten Missionsstatt Bekenntniskirche erhoffte man sich die ersehnte Integrationskraft. Die ablehnende Reaktion der bisherigen kirchlichen Entscheidungsträger auf das Bündnis sozialliberaler Protestanten mit evangelischen Mehrheitssozialisten – die wesentlichen Schachzüge werden

117 Zur sozialen Basis des Volkskirchenbundes vgl. *Balzer*, *Klassengegensätze*, S. 52.

118 *Heinrich Dietrich*, *Wie es zum Bund der religiösen Sozialisten kam*, Karlsruhe 1927, S. 7.

119 Vgl. *Balzer*, *Klassengegensätze*, S. 17.

120 Der andere Teil der VV in MA hatte sich entgegen dem überdogmatischen Beginnen von 1909 von der Kirchenreform zurückgezogen zugunsten eines beinahe freireligiösen liberalen Dogmatismus. Vgl. *Landes*, a. a. O., S. 999 f.

121 *Dietrich*, S. 8.

unten erwähnt – führte den Volkskirchenbund von der volksgemeinschaftlichen Programmatik rasch zur Rezeption des sozialdemokratischen Gesellschaftsbildes.

Am 21. Januar 1922 fusionierte der badische Volkskirchenbund mit dem »Bund evangelischer Sozialisten« des sozialdemokratischen Vikars Erwin Eckert, damals in Pforzheim, zum Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten¹²². Der badische Volkskirchenbund bildete die stärkste der an verschiedenen Stellen im Reich unabhängig voneinander entstandenen religiös-sozialistischen Gruppen. Sozialistische Arbeiter evangelischen Bekenntnisses bildeten zusammen mit wenigen Pfarrern und Akademikern der Mittelschicht – diese oft durch den Weltkrieg in Gegensatz zur bürgerlichen Gesellschaft geraten – eine »eigenständige sozialistische Bewegung«¹²³. Ihre Theoriebildung wurzelte im Erbe der Evangelisch- und Religiös-sozialen sowie im sozialdemokratischen Revisionismus und in nichtmarxistischen Sozialismustheorien (z. B. Gustav Landauer). Bis 1926 war die organisatorische Integration jener Gruppen in Gestalt des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands abgeschlossen. Dazu hatte vor allem Erwin Eckert einen wesentlichen Beitrag erbracht. Eine politische oder gar ideologisch-theoretische Integration hat dagegen nie stattgefunden. Hatte der badische Volkskirchenbund zunächst nur die nichtkatholischen Parteien der Friedensresolution von 1917, MSPD und DDP, repräsentiert, so vereinigte er später Positionen von der bürgerlichen Sozialreform bis hin zur Revolution, Menschen mit theologischen und solche mit politischen Präferenzen. Die Spannung zwischen evangelischer Ethik und Klassenkampf wurde deutlich gesehen, man betrachtete ihn als integrierten Bestandteil der bürgerlichen Klassengesellschaft, mit deren Überwindung auch die Klassenauseinandersetzungen beendet würden. Die Religiösen Sozialisten arbeiteten zunächst in den Organen und Parlamenten der kirchlichen Selbstverwaltung mit, beteiligten sich jedoch seit 1925 zunehmend an den Klassenauseinandersetzungen der Weimarer Republik, etwa an der Kampagne um die Reichspräsidentenwahl 1925, gegen die Fürstenabfindung aus Steuergeldern, z. T. gegen den Bau des Panzerkreuzers 1928/29¹²⁴. Waren sie in diesen Fragen nicht immer geschlossen, so vereinigte die Religiösen Sozialisten der Kampf gegen den aufkommenden Faschismus in den letzten drei Jahren der Republik. Der Austritt Eckerts (von 1926–1931 geschäftsführender Vorsitzender des Bundes) – im Zusammenhang mit dem Ausschluß linksoppositioneller Sozialdemokraten und der Gründung der SAPD zu sehen – kostete den Bund eine erhebliche Mitgliederzahl¹²⁵. Gleichwohl erwies er sich zumindest in parlamentarischer Hinsicht als äußerst stabile Position der Arbeiterbewegung während des Zerfalls der Republik: Die Linksparteien (KPD, SPD, DDP) verloren von der Reichstagswahl 1928 bis zu den Reichstagswahlen 1932 gegen 10 % in Baden¹²⁶, die Religiösen Sozialisten Badens bei den Kirchenwahlen von 1926 bis 1932 0,3 %¹²⁷. Anders als die SPD war die religiös-sozialistische eine junge Bewegung, nach dem Entstehungsdatum wie nach dem Alter ihrer Funktionäre¹²⁸.

122 Christliches Volksblatt (CVB), 5. 2. 1922, S. 4.

123 *Breipohl*, S. 18.

124 Vgl. hierzu *Balzer*, *Klassengegensätze*, S. 102 ff.

125 Mitte 1931 soll der Bund eine Mitgliederziffer von etwa 17 000 erreicht haben. *Friedrich-Martin Balzer*, *Zur Bedeutung des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands in der Weimarer Republik*, in: *Neue Stimme*, Dez. 1974, Nr. 8, S. 15.

126 Zu den Reichstagswahlen vgl. *Alfred Milatz*, *Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik*, Bonn 1965, S. 90 – 112.

127 Vgl. *Balzer*, *Klassengegensätze*, S. 282, zur Kirchenwahl.

128 Zum Alter der Hauptverantwortlichen des Volkskirchenbundes vgl. *Dietrich*, S. 29 und 40. H. Mommsen spricht von einer »tendenziellen Vergreisung« der SPD in der Weimarer Repu-

Während der Volkskirchenbund in Baden bereits 1920 bei den Wahlen zur Landessynode 8,2 % erzielte, erlangte er in Mannheim nur 2,5 %, 1926 dagegen im Landesdurchschnitt 14,5 %, in Mannheim aber 26 %¹²⁹. Eine Ursache dafür dürfte in der Zersplitterung der bisherigen evangelisch-sozialen Bewegung zu sehen sein. EAV und VV standen gegeneinander, die VV selbst war in sich gespalten¹³⁰. Lehmanns Versuch, neben seiner Fraktion der VV auch die unterbadischen EAVe dem Volkskirchenbund zuzuführen, fiel einem Schachzug der Kirchenleitung zum Opfer. Lehmann war Mitglied der DDP geworden, jedoch noch zu sehr Evangelisch-sozialer, als daß er Sozialdemokraten für eine Mitarbeit in der Kirche hätte begeistern können. Gleichwohl fanden bereits damals Diskussionen mit Sozialdemokraten statt¹³¹. Zu Beginn der zwanziger Jahre wirkte in der Mannheimer Ortsgruppe der Religiösen Sozialisten der Diasporageistliche Theodor Steltz, seit 1921 Gefängnispfarrer in Mannheim, in politicis ein Schüler von Eduard Dietz, von 1920–1922 auch Lehmanns Vikar Heinz Kappes. Erst Eckerts Öffentlichkeitsarbeit seit Beginn des Jahres 1926 brachte der Mannheimer Ortsgruppe der Religiösen Sozialisten den Fortschritt, der sich 1926 in 26 % der Wählerstimmen zur Landessynode niederschlug.

Als engagierter und anerkannter sozialistischer Politiker konnte Eckert für die Verbindung von Christentum und Sozialismus auch bei jenen Sozialdemokraten werben, die der Kirche schon fernstanden, bei der Friedensgesellschaft, die sich 1931/32 überwiegend der linkssozialistischen SAPD anschloß¹³², bei den gewerkschaftlich organisierten Rheinschiffnern¹³³, bei den Jungsozialisten¹³⁴, der marxistisch orientierten, z. T. den Mittelschichten entstammenden Jugendorganisation der SPD¹³⁵.

Auch die Organisation der Religiösen Sozialisten innerhalb der Kirchengemeinde wurde von Eckert ausgebaut, entsprechend den 7 Kirchen in »Bezirke« und den 16 Pfarrgemeinden in »Abteilungen«, denen jeweils »Obleute« und »Vertrauensmänner« vorstanden. Der Mannheimer Kreisverband erhielt einen Vorstand, dessen Vorsitzender ein Sozialarbeiter (Roesinger) wurde. Für die Gewinnung des Rhein-Neckar-Raumes führte Eckert eine ausgedehnte Rednerschulung durch, insbesondere zum Thema Religion/Sozialismus bzw. Kirche/Arbeiterbewegung¹³⁶. 1928 war die Mannheimer Ortsgruppe Gastgeber des Kongresses der Religiösen Sozialisten, bei dessen Liniendebatte sich Eckert weitgehend durchsetzen konnte. Die Ortsgruppe zählte ungefähr 500 Mitglieder, verlor jedoch bei Eckerts Austritt aus dem Bund etwa ein Drittel¹³⁷.

Seit 1930 war auch Ernst Lehmann Mitglied der SPD, nach seiner Zurruesetzung kam 1932 mit dem Vikar Helmut Boeckh erneut ein sozialdemokratischer Geistlicher nach Mann-

blik. *Hans Mommsen*, Sozialdemokratie in der Defensive, in: *Ders.* (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt 1974, S. 106 ff.

129 *Balzer*, Klassengegensätze, S. 282.

130 Am Beispiel des profanpolitischen Bereichs in der Weimarer Republik schildert *Opitz*, bes. S. 172 ff., die Instabilität und Dissoziation sozial-liberaler Gruppierungen in wirtschaftlich und politisch kritischen Phasen.

131 CVB, 17. 7. 1921, S. 4.

132 Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes (SAV), 25. 7. 1926, S. 164; die Mitgliedschaft der Friedensgesellschaft bei der SAPD berichtet u. a. Adolf Schröder, ehemals Vorsitzender ihrer Mannheimer Jugendorganisation, 1974 mündlich an den Verf.

133 SAV, 1. 5. 1927, S. 112.

134 Ebda., 2. 10. 1927, S. 232 und 23. 10. 1927, S. 252.

135 Diesen linkssozialistischen Charakter der Mannheimer Jungsozialisten in den zwanziger Jahren berichtet Gretel Roth, geb. Schneider, Frau des letzten Mannheimer SPD-MdR vor der Machtübernahme, Ernst Roth (seit 1932), an den Verf. mündlich 1975.

136 SAV, 2. 10. 1927, S. 232.

137 So Helmut Boeckh an den Verf. 1974 mündlich, vgl. *Balzer*, Klassengegensätze, S. 266.

heim. Seine Veranstaltungen griffen wieder die gesellschaftspolitische Thematik auf, die nach Eckerts Ausscheiden in der Mannheimer Ortsgruppe zu kurz gekommen war¹³⁸. Zum Jahreswechsel 1932/33 wurde noch die Ortsgruppe in Rheinau gegründet¹³⁹. Im Juni 1933 fielen die religiös-sozialistischen Gruppierungen dem Verbot durch die neuen Machthaber zum Opfer. Am Beispiel der drei Mannheimer sozialistischen Geistlichen während der Weimarer Republik soll die existenzielle und theoretische Problematik im Spannungsfeld evangelische Kirche/Arbeiterbewegung sichtbar werden, wobei für Erwin Eckert und Ernst Lehmann auf bereits Publiziertes verwiesen werden kann¹⁴⁰.

2. Sozialistische Geistliche in Mannheim

a) Theodor Steltz, der erste sozialistische Pfarrer in Mannheim

1887 als Sohn eines Einzelhändlers in Karlsruhe geboren, pietistisch geprägt, wirkte Theodor Steltz nach einem Vikariat im Raume Mannheim (1910–1913) seit 1913 als Diasporapfarrer in Neunstetten im badischen Bauland. Den 1. Weltkrieg hielt er für einen heiligen Krieg¹⁴¹. Bald darauf jedoch erkannte er die Kriegsursache in der »Weltsünde«¹⁴². Rückblickend schätzte er sich bis 1918 als »alldeutsch und imperialistisch gerichteten Deutschenationalen« ein¹⁴³. Zunehmend litt Steltz jedoch unter dem Widerspruch zwischen christlicher Ethik und Krieg. Als die kriegsmüden Männer seiner Bauerngemeinde unter dem Banner des »Sozialismus« von der Front heimkehrten¹⁴⁴, fühlte sich Steltz aufgefordert, die sozialistischen Klassiker (Marx, Engels, Kautsky, Luxemburg), aber auch Nichtmarxisten wie Gustav Landauer durchzuarbeiten¹⁴⁵. Unter dem Einfluß des Linkssozialisten Dr. Eduard Dietz (1920/21 aus der MSPD ausgetreten)¹⁴⁶ schloß sich Steltz 1919 der MSPD an. Nach kurzer, radikaler Agitation in Karlsruhe¹⁴⁷ begann er bei der Mannheimer Ortsgruppe des Volkskirchenbundes mitzuarbeiten. 1921 wurde er dort Gefängnisgeistlicher. Steltz' Beiträge im Christlichen Volk(sblatt), dem Organ des badischen Volkskirchenbundes, gewähren Einblick in die Entstehungsphase der Weltanschauung, die künftig unter dem Begriff »Religiöser Sozialismus« firmierte:

Steltz gewährte im Zusammenbruch der deutschen Monarchie eine Verurteilung der alten Ordnung durch Gott, d. h. der »politischen Bevormundung«, der Anbindung der Kirchen an die Fürsten sowie der seiner Meinung nach dadurch bedingten Trennung der Kirche von den »Massen der demokratischen und sozialdemokratischen Bewegung«¹⁴⁸.

138 Veranstaltungskalender der Ortsgruppe MA in SAV, Jg. 1931 – 1933.

139 SAV, 1. 1. 1933, S. 4.

140 Zu Eckert vgl. Balzer, Klassengegensätze, und Breipohl, S. 137 ff. Zu Lehmann vgl. Hans-Joachim Fließner, Jude – Christ. Aus dem Leben des Pfarrers Ernst Jos. Lehmann, in: Mannheimer Hefte 1967/1, S. 26 ff. und Eckehart Lorenz, Von den Evangelisch-sozialen zu den religiösen Sozialisten. Evangelische Ethik und politische Verantwortung des Mannheimer Pfarrers Ernst Lehmann, ebda. 1974/2, S. 103 ff.

141 Theodor Steltz, Gedanken des Friedens, Schwetzingen 1916, S. 6.

142 Ebda., S. 46.

143 Der Präsident des EOK, Uibel, an Steltz, 19. 9. 1919, in: PA Steltz.

144 T. Steltz, An das Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts, Heidelberg, 14. 9. 1933, S. 1, PA Steltz. Wie wenig diese Frontheimkehrer 1918 wirklich Sozialisten waren, warum sie sich aber dennoch so nannten, findet sich anschaulich erläutert bei Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, 16. Aufl., Frankfurt 1974, S. 9 f.

145 T. Steltz, An das Bad. Ministerium. . ., vgl. CVB, 17. 7. 1921 und 7. 8. 1921.

146 Vgl. Balzer, Klassengegensätze, S. 276.

147 Die Toten und die Lebenden, in: Badische Landeszeitung, Karlsruhe, 15. 9. 1919.

148 T. Steltz, Der innere Aufbau der evangelischen Volkskirche I, in: CV, 1. 9. 1919, S. 2 ff., und II, in: CV, 15. 10. 1919, S. 3 ff.

Die Novemberrevolution von 1918 sowie die sich zunächst ankündigende Tendenz zur Demokratisierung und zur Durchsetzung sozialistischer Ordnungsvorstellungen hielt Steltz nicht nur für eine »Zeitenwendung«, sondern sogar für eine »Weltwende« und damit für eine Chance der Kirche, ein neues Verhältnis zur Arbeiterschaft zu gewinnen. Durch in der neuen Verfassung zu verankernde Offenheit müsse die Kirche ihre bisherigen Stiefkinder Pietismus und Sozialismus, d. h. Glauben und Nächstenliebe, und damit den »ganzen Christus« zu sich laden¹⁴⁹.

Zu Recht warnte Steltz vor der Gefahr, die mit neuem Leben erst noch zu füllende Kirche könne allzu rasch zu einer »Domäne der deutschnationalen Partei« werden¹⁵⁰. – Die konservativen Kreise hatten ihrerseits durchaus die Möglichkeit gewittert, ihren bisher bestimmenden Einfluß auf die evangelische Kirche zu verlieren, zumal junge Theologen nach dem Umsturz zunächst nach links tendierten. In diesem Zusammenhang bezeichnete es Steltz als »schlecht verhüllte Heuchelei«, wenn jene, »die im Pfarrer den geborenen Bekämpfer der Sozialdemokratie sehen«, neuerdings forderten: »Der Pfarrer treibe keine Politik!« Dahinter würden sich in der Regel »parteilpolitische Opportunitätsgründe und kapitalistische Angstgefühle« verbergen¹⁵¹.

Steltz' Beiträge im CVB 1919–1923 offenbaren sein Bemühen, der sozialistischen Arbeiterschaft den Weg in die badische Landeskirche ideologisch und theologisch zu ebnet. Die Arbeiterschaft jedoch kam nur zögernd und niemals in dem von den Religiösen Sozialisten erhofften Maße¹⁵². Bauern, Kleinbürgertum, Akademiker und Mittelstand bildeten die soziale Basis der badischen Landeskirche, das konservative Bürgertum beherrschte die kirchlichen Entscheidungsgremien. So wurde der von Steltz formulierte »Religiöse Sozialismus« zum Angebot einer weltanschaulichen Identitätsfindung jenes relativ kleinen Sektors der Arbeiterschaft, der, kirchlich gebunden, zugleich politisch den Parteien der Arbeiterbewegung nahestand:

Steltz' Kapitalismuskritik legte den Finger auf den Widerspruch zwischen christlicher Tradition (besonders der evangelischen und biblischen Ethik) und dem, was er als Folgen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ausmachte. Darüber hinaus versuchte er, Christentum und Sozialismus miteinander zu verknüpfen. Da er hierbei additiv vorging, bedurfte er eines Sozialismus, der nicht auf philosophisch materialistischer Grundlage konstruiert war, eines »idealistischen« Sozialismus. Nach Steltz hatte der Kapitalismus »namenloses Elend für die Völker« gebracht, »im Inneren durch Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Prostitution, im Äußeren durch Kolonialpolitik und Weltkrieg«¹⁵³. Er habe »nach und nach [...] das alles abgetragen, was an christlicher Brüderlichkeit dem mittelalterlichen Feudalsystem anhaftete«. Nicht als Unmoral einzelner, »sondern als Organisation, als Wirtschaftsform zwingt« der Kapitalismus, »gottwidrige Wege zu gehen, vergleiche Krieg«. Er fördere den Geiz und lasse »jeden, der in seine Machtsphäre eingreift, Widerstand und Verfolgung fühlen«¹⁵⁴. So geißelte Steltz die »kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ihrem Elend und ihrem vielfachen Unrecht«¹⁵⁵. Es sei »die Zinswirtschaft, die unser ganzes Volksleben an

149 *Ebda.*

150 T. Steltz, Pfarrer und Sozialdemokratie, in: CV, 15. 9. 1919, S. 3 ff.

151 *Ebda.*

152 Vgl. Balzer, *Klassengegensätze*, S. 53 f.

153 T. Steltz, Brief an den Präsidenten des EOK, Uibel, Neunstetten, 24. 9. 1919.

154 *Ders.*, Mammonismus und Kapitalismus, in: CVB, 24. 4. 1921, S. 2.

155 *Ders.*, Pfarrer und Sozialdemokratie, in: CV, 15. 9. 1919, S. 3 f.

Leib und Seele vergiftet«¹⁵⁶. »Die kapitalistische Wirtschaftsordnung« sei »Diebstahl an der Arbeit durch Kapital- und Bodenrente«¹⁵⁷. »Gewaltige Wirtschaftskämpfe durchtoben unser Volk, ja die ganze Welt und spalten die Menschheit in zwei große Lager: hier Kapitalisten und dort Lohnarbeiter«¹⁵⁸, konstatierte Steltz offenbar in Anlehnung an das Erfurter Programm der SPD von 1891¹⁵⁹. Bis auf die Faschismuskritik enthielt Steltz' Kapitalismuskritik alle zentralen Elemente der späteren Predigt und Agitation Religiöser Sozialisten¹⁶⁰.

Meldet sich bei seiner Kritik an den Erscheinungsformen des Kapitalismus unübersehbar das sozialdemokratische Gesellschaftsbild, so die christlich-theologische Tradition bei Steltz' Erörterungen über die Genese der kapitalistischen Produktionsweise und bürgerlichen Eigentumsordnung. Neben einigen recht zufällig erscheinenden sozialgeschichtlichen Faktoren machte Steltz als Ursache des Kapitalismus vor allem die Erbsünde aus¹⁶¹. Seine theologische Kapitalismuskritik lehnt sich ganz offen an die Überlegungen des Schweizer religiös-sozialen Pfarrers Hermann Kutter an¹⁶². – Für Kutter war der Kampf der »Armen« gegen die Herrschaft des Reichtums auf der Erde die Abspiegelung eines transzendenten Kampfes zwischen Gott und dem widergöttlichen Prinzip Mammon. Gleichsam über den Transmissionsriemen Geld evoziert nach Kutter das transzendente Prinzip Mammon im Menschenherzen den Mammonismus, die Gier nach Macht und Reichtum, dem die kapitalistische Gesellschaft ihre Existenz verdanke. Der antikapitalistische Kampf der Sozialdemokratie sei daher ein unbewußter Dienst am herannahenden Reiche Gottes. Während Kutter jedoch gesellschaftliche Phänomene theologisch deutete oder aber auch in Analogie setzte zu ähnlichen Inhalten der christlichen Tradition, identifizierte Steltz Mammon, Mammonismus und Kapitalismus, theologische und politische Begriffe, da er sie auf einer Ebene miteinander zu verrechnen suchte. Kutter formulierte eine Theologie der Gesellschaft, Steltz einen christlich-sozialistischen Synkretismus. Gleichwohl zeigt Steltz' Übernahme Kutterschen Denkens, daß neben der Sozialethik der Evangelisch-sozialen auch die Vermittlungsversuche der Religiös-sozialen Geburtshilfe leisteten bei der Theoriebildung der Religiösen Sozialisten Deutschlands.

In Gustav Landauer, während der Münchner Räterepublik des Frühjahrs 1919 Volksbeauftragter für Volksaufklärung und Freund Eisners und wie dieser im Zuge der Gegenrevolution ermordet¹⁶³, fand Steltz einen Gewährsmann für den »idealistischen Sozialismus«¹⁶⁴. Wie verlockend diese Möglichkeit für sozialistische Theologen wirkte, bezeugt rückblickend Heinz Kappes, von 1920–1922 Vikar an der Mannheimer Lutherkirche¹⁶⁵. Daß Landauer jedoch, von seinem unter Verarbeitung anarchistischer Entwürfe (Proudhon, Bakunin u. a.) entwickelten idealistischen, voluntaristisch und individualistisch orientierten

156 *Ders.*, Offener Brief an die ev. Kirchenregierung Badens, in: CVB, 30. 1. 1921, S. 2.

157 *Ders.* in: Ein interessanter Briefwechsel, in: CVB, 7. 8. 1921, S. 2 f.

158 Offener Brief, a. a. O.

159 Vgl. *Abendroth*, S. 95 ff.

160 Vgl. *Wolfgang Deresch*, Predigt und Agitation der religiösen Sozialisten, Hamburg 1971, S. 41 bis 61.

161 *T. Steltz*, Mammonismus und Kapitalismus, a. a. O.

162 Vgl. *ebda.* mit *Hermann Kutter*, *Wir Pfarrer!*, 2. Aufl., Jena 1912, besonders S. 120 – 170.

163 *Heinz-Joachim Heydorn*, Vorwort zu *Ders.* (Hrsg.), *Gustav Landauer*, Aufruf zum Sozialismus, Frankfurt 1967.

164 Vgl. etwa Vereinsnachrichten MA in: CVB, 17. 7. 1921, S. 4.

165 *F. M. Balzer*, Das Problem der Assoziation nichtproletarischer, demokratischer Kräfte an die Arbeiterbewegung. Das Beispiel von Pfarrer Heinz Kappes, in: Internationale Dialogzeitschrift 1974/2, S. 174.

»Sozialismus« ausgehend, den Marxismus und historischen Materialismus ablehnte¹⁶⁶, hinderte Steltz nicht daran, sich selbst als »geschulten Marxisten« zu bezeichnen und die Sozialisierung »auf dem von Marx gewiesenen Wege« zu fordern¹⁶⁷.

Neben dem sehr spannungsvollen Regreß auf Marx wie auf Landauer benutzte Steltz noch ein weiteres Mittel, um das Problem der idealistischen bzw. materialistischen Grundlagen von christlicher Religion und marxistischem Sozialismus für die geplante Synthese zu lösen: Den philosophischen Materialismus wie den philosophischen Idealismus ersetzte Steltz jeweils durch den ethischen. Ethischer Idealismus aber war auch bei der Arbeiterbewegung zu finden, etwa in Gestalt von Opferbereitschaft und Solidarität, und ethischer, d. h. praktischer Materialismus beim Bürgertum, etwa in Form des Strebens nach Reichtum und Macht über das Lebensnotwendige hinaus. So propagierte Steltz die Begriffspaare Sozialismus/Idealismus und Kapitalismus/Materialismus. Den »Materialismus« des gewerkschaftlichen Lohnkampfes erkannte Steltz als notwendig an, wollte ihn jedoch durch »Gerechtigkeitssinn und Bruderliebe« zu einer »sittlichen Leistung« veredeln¹⁶⁸, in den späteren Jahren vornehmlich ein Anliegen des akademischen Flügels der Religiösen Sozialisten¹⁶⁹.

Steltz setzte sich in den Jahren nach 1921 zunehmend von den Religiösen Sozialisten ab. Als Gefängnispfarrer gewann er Einblick in den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Die SPD unternahm ihm zu wenig gegen jene Ordnung, welche die Arbeitslosigkeit zuließ. Seinem politischen Mentor Dietz folgend, verließ Steltz die SPD. Während jener jedoch in individueller Linksopposition verharrte, neigte Steltz, seit 1927 Religionsprofessor an Heidelberger und Mannheimer Gymnasien, beeindruckt von Gottfried Feders Agitation gegen das Finanzkapital, immer mehr zum Strasser-Flügel der NSDAP¹⁷⁰. Steltz' politischer Zickzack-Kurs verweist auf eine Schwäche seines Religiösen Sozialismus. Wird nach marxistischer Auffassung das dem Lohnkampf entsprechende ökonomistische durch den historischen Materialismus zum Klassenbewußtsein ergänzt¹⁷¹, so wollte Steltz das ökonomistische Bewußtsein durch Sittlichkeit veredeln. Seinem moralisierenden Antikapitalismus gebrach es gerade an dem, was etwa die von Steltz verehrte Rosa Luxemburg (»dieses herrliche Gotteskind«)¹⁷² qualifizierte: die politisch-ökonomische Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung und ihrer Überbauphänomene. Z. B. Parteien wie die MSPD oder die NSDAP nicht nur nach ihren Ideen und nach ihrer Programmatik zu befragen, sondern auch nach ihrer Mitgliederstruktur, ihrer Führungsschicht und deren primären Interessen etc., hätte für Steltz zum kritischen Prinzip werden können gegenüber dem psychischen Motor seiner politischen Entwicklung¹⁷³.

166 Vgl. *Gustav Landauer*, Aufruf zum Sozialismus, S. 90 ff.

167 *T. Steltz*, Mammonismus und Kapitalismus, a. a. O.

168 *T. Steltz*, Bekehrung zum Sozialismus, in: CVB, 15. 5. 1921, S. 3.

169 Vgl. *Kurt Kaiser*, Materialien über den religiösen Sozialismus in Deutschland aus der Zeit von 1918 – 1933, Köln 1962, S. 64 ff. Zur Unterscheidung von akademischen und praktisch-politischen Religiösen Sozialisten vgl. *Balzer*, Klassegegensätze, S. 16 f. Die Unterscheidung Balzers unterschlägt in ihrer abwertenden Form m. E. die politische Bedeutung der Werbung für den Sozialismus unter Intellektuellen, wie sie Tillich oder Heimann betrieben, besonders angesichts der Rückwärtsorientierung des deutschen Akademikers in der Weimarer Republik. Vgl. dazu *Rosenberg*, S. 171.

170 *T. Steltz*, Mein Weg durch eine charakterlose Zeit, 1945, Hektographie in PA Steltz. 1923 predigte er noch am 1. Mai zum Thema der Arbeitslosigkeit.

171 Vgl. u. a. Art.: Sozialismus, wissenschaftlicher, in: *Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie*, Berlin – DDR 1969, S. 409 ff.

172 *T. Steltz* über Rosa Luxemburg, in: Bekehrung zum Sozialismus, in: CVB, 15. 5. 1921, S. 3.

173 »Gegenbürgerliche Radikalität kann zum Sozialismus führen ebenso wie dieser die Konsequenz aus ernstgenommener liberaler Demokratie zu sein vermag. Freilich unterliegt der er-

Bei aller erforderlichen Kritik gilt für Steltz' Versuch, Christentum und Sozialismus zu verschränken, zu beachten, daß er mit wesentlich radikalerer Argumentation als seine volksskirchlichen Kollegen die Kirche dem reaktionären Bürgertum als Instrument der Herrschaftssicherung zu einer Zeit zu entreißen suchte, in der die deutsche Arbeiterbewegung ihre historische Chance einer sozialistischen Demokratie noch nicht verspielt hatte¹⁷⁴. Nach seiner »Bekehrung zum Sozialismus« 1918/19 hatte Steltz die historisch objektive Entscheidungssituation intuitiv erfaßt und wohl auch deshalb zu rasch sozialistische Ideen, nicht aber Denkmethode rezipiert.

Bei Eckert wie bei Lehmann hingegen läßt sich beobachten, wie der historische Materialismus als Methode in einem praktisch-politischen Lern- und Entwicklungsprozeß langsam übernommen wurde.

b) Von der SPD zur KPD: Erwin Eckert, 1926–1931 Pfarrer in Mannheim

Erwin Eckert, als Sohn eines sozialdemokratischen Lehrers in der Mannheimer Neckarstadt aufgewachsen, nach dem Abitur 1911 der SPD beigetreten, wurde 1926 mit Hilfe der Kirchlich-liberalen (entgegen ihrer sonstigen Koalitionspraxis) als Pfarrer an die Jungbuschpfarrei der Trinitatiskirche in Mannheim (Arbeiterviertel) gewählt¹⁷⁵. In kirchen- wie profanpolitisch praktischer Hinsicht wurde er zum profiliertesten Vertreter des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands, seit 1926 dessen Geschäftsführender Vorsitzender und Schriftleiter des Bundesorgans ›Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes‹ (SAV, seit 1931 ›Der religiöse Sozialist‹ mit ›SAV‹ als Untertitel). Eckerts politische Entwicklung passierte, grob gesehen, folgende Stationen: Nachdem er zunächst dem Idol der Mannheimer sozialistischen Jugend, Ludwig Frank, freiwillig ins Feld gefolgt war, kehrte Eckert, tief erschüttert von den Kriegserlebnissen, als Antimilitarist zurück¹⁷⁶. Zunächst betätigte er sich vor allem kirchenpolitisch. In die Zeit seines Pforzheimer Vikariats direkt nach dem Weltkrieg fiel die Gründung seines Bundes evangelischer Sozialisten. Vor allem die Eindrücke, die er durch die Arbeitslosigkeit am Ende und nach der Inflation gewann, brachten ihn in schärfere Opposition zur bürgerlichen Ordnung¹⁷⁷. Die Unterstützung von Hindenburgs, im zweiten Gang der Reichspräsidentenwahl 1925 Kandidat der antirepublikanischen Reaktion, durch offizielle Organe der evangelischen Kirche trieb Eckert zu gründlicherer Kritik an dieser, was ihm erste Maßregelungen der EOR in Karlsruhe einbrachte.

Die Einheitsfronttaktik der KPD gegen eine Abfindung der ehemaligen deutschen Fürsten aus den Steuermitteln der bitterarmen Republik verbesserte Eckerts Verhältnis zu dieser Partei¹⁷⁸. Die sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront als bedeutsamer Schritt

stere Typus leichter dem Schwanken zwischen links und rechts«. *Wilhelm Alff*, *Der Begriff Faschismus*, Frankfurt 1971, S. 41, Anm. 32. Entsprechend Lehmann dem letzteren, so Steltz dem ersteren Typus. Der Krieg hatte Steltz, den ehemaligen Imperialisten, gegen die bürgerliche, »liberale« Gesellschaft aufgebracht. Die SPD war nicht antibürgerlich genug aufgetreten, wo sie mitverantwortete. Die NSDAP trat in einer bestimmten Phase stark antibürgerlich auf. Gegenüber dem Bad. Ministerium des Kultus u. U. schätzte Steltz (Brief vom 14. 9. 1933, PA) die NSDAP als sozialistische Partei ein, was dem Ministerium »zu Bedenken Anlaß« gab (An die Direktion des Gymnasiums Heidelberg, betr. Steltz, 26. 2. 1934, S. 2/PA).

174 Nach *Arthur Rosenberg* waren es 1919 die MSPD (Noske), 1920 »die USPD, speziell ihr linker Flügel, und 1923 die KPD«, die jeweils die Gunst der Stunde verspielten. *Geschichte der Weimarer Republik*, S. 154.

175 Zu Eckerts Biographie vgl. *Balzer*, *Klassengegensätze*, S. 277 ff.

176 *Ebda.*, S. 59, Anm. 10.

177 *Ebda.*, S. 63.

178 *Ebda.*, S. 71.

zur Überwindung der bürgerlichen Eigentumsordnung spielte seit 1927 in Eckerts Denken eine wachsende Rolle. Regierungsbeteiligung und Wehrprogramm der SPD seit 1928 brachten Eckert immer mehr in Gegensatz zur offiziellen Linie seiner Partei. Zu jener Zeit vollzog sich eine »verstärkte Soziologisierung und Konkretisierung sozialer Prozesse im Bewußtsein Eckerts«¹⁷⁹.

Die Gefahr des Faschismus erkannte er sehr früh. Bereits vor dem überraschenden Wahlsieg der NSDAP von 1930 brachte Eckert die Stellung der Religiösen Sozialisten zu den Nationalsozialisten zur Diskussion¹⁸⁰. Auf über 100 Veranstaltungen warnte er von 1930 bis 1931 vor der NS-Bewegung, wies auf die Widersprüche zwischen Forderungen, Vorstellungswelt und Praxis der Nationalsozialisten zur im Neuen Testament enthaltenen Liebesethik hin und verurteilte die Bindung der für die evangelische Kirche Verantwortlichen an bürgerliche Interessen sowie ihre Parteinahme bzw. wohlwollende Toleranz gegenüber der NSDAP. Der deutschnationale badische Kirchenpräsident versuchte, Eckerts politisches Engagement einzuschränken bzw. zu verhindern. Dem kurz darauf unentwegt für die NSDAP agitierenden Teutsch, einem Kollegen des Sozialdemokraten Eckert, wurden hingegen keine wirksamen Schwierigkeiten bereitet. Als sich Eckert nicht von seiner politischen Praxis abbringen ließ, arbeitete der EOK auf seine Entlassung hin, die 1931 unter dem Druck von über 100 000 Unterschriften zu Eckerts Gunsten in Baden verhindert wurde. Durch die in der unentwegten konkreten politischen Auseinandersetzung gewonnenen Einsichten wie auch durch seine Praxis zum Sprecher der sozialdemokratischen Linksoption in Nordbaden geworden, hatte sich Eckert vom Vorstand des Bundes der religiösen Sozialisten entfernt und wurde im Herbst 1931 während der großen Sezession des linken SPD-Flügels mit dem Parteiausschuß belegt¹⁸¹. Überzeugt von der Aussichtslosigkeit des Unternehmens der SAPD, zwischen SPD und KPD Entscheidendes für die Einheitsfront zu erreichen, trat Eckert Ende 1931 der KPD bei. Die Entlassung aus dem Kirchendienst unter Verlust der Amtsbezeichnung und aller entsprechenden Rechte folgte alsbald.

Festgehalten zu werden verdient die Zuordnung von Christentum und Marxismus, die bei Eckert differenzierter erfolgte als bei Steltz. Von der Religion abgedeckt wurde für Eckert der Bereich der »subjektiven Erfahrung des einzelnen«, des »Zweifels und der Sinnfrage«, der persönlichen Motivation zum politischen Handeln¹⁸². Der Marxismus wurde geschätzt als Methode, die objektiven Entwicklungstendenzen der Gesellschaft zu erschließen: »Der historische Materialismus sagt über Gott, Welt, Seele, Ewigkeit, Sünde, Erlösung usw. überhaupt nichts. Der historische Materialismus ist keine Weltanschauung, sondern die beste Arbeitsmethode, um die Formen der menschlichen Gesellschaft und deren Entwicklung nachzuweisen, sie auf einen Generalnenner zu bringen«. – »Für Marx und Engels war die Theorie, die man heute gemeinhin mit ›Marxismus‹ bezeichnet, nicht weniger und nicht mehr als ein ›heuristisches Prinzip‹, das heißt eine Erklärungs- und Arbeitsmethode für die Erkenntnis der Gesellschaftsentwicklung und deren Ziel«¹⁸³.

Das Zueinander von christlicher Religion als Sinnggebung und ethischer Motivation einerseits sowie andererseits des historischen Materialismus als analytischer Methode für die

179 *Ebda.*, S. 76.

180 SAV, 10. 11. 1929, S. 336. Zum folgenden vgl. bes. *Balzer*, *Klassengegensätze*, S. 85 ff.

181 Anlaß für das Auseinanderbrechen der SPD war v. a. die Tolerierung der Brüning'schen Notverordnungspolitik. Vgl. *Hanno Drechsler*, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands*, Reprint Erlangen 1971, S. 56 ff.

182 *Breipohl*, S. 139 ff.

183 *Erwin Eckert*, *Was wollen die religiösen Sozialisten?* Karlsruhe 1927, S. 17 f.

Orientierung in der gesellschaftlich-politischen Empirie bei Eckert bedeutet keine Reproduktion der strukturkonservativen Trennung in einen Bereich frommer Innerlichkeit und profaner Sozialität, in der Religion nichts verloren habe. Vielmehr beanspruchte Eckert immer wieder die Gültigkeit christlicher Ethik für die Ordnung des öffentlichen Lebens¹⁸⁴. Um der Realisation ihrer Normen willen jedoch hielt er die Kenntnis der Gesetze des Gesellschaftsprozesses für unerlässlich. Die extreme politische Polarisierung Deutschlands und der evangelischen Kirche seit 1925 fiel zeitlich mit dem »besten Mannesalter« des Arbeiterpfarrers Eckert zusammen. Von dem Übergewicht des Politischen in Eckerts Aktivität sollte daher nicht auf eine in der Tendenz prinzipielle Bedeutungslosigkeit der religiösen Dimension für sein Handeln und Leben geschlossen werden.

Deutlicher noch als bei Eckert tritt in Lehmanns Schriften die Funktion des historisch-soziologischen Denkens als einer Art Hilfswissenschaft christlicher Ethik hervor.

c) *Von der bürgerlichen Sozialreform zum Reformsozialismus der Arbeiterbewegung:*

Lehmanns Entwicklung von 1919–1933

1919 propagierte Lehmann die Volkskirche als Alternative zu Staats- und Freikirche und gab der Verfassungssynode im gleichen Jahr einen über 200 Seiten starken Reformvorschlag auf den Weg¹⁸⁵. Die Publikationen von 1919 zeigen Lehmann noch ganz dem Denken der Evangelisch-sozialen verhaftet; der Krieg hatte ihn nicht gegen die Monarchie aufzubringen vermocht. Als Sozialliberaler schloß sich Lehmann mit einem Teil der Mannheimer Volkskirchlichen Vereinigung von 1909 und einigen Evangelisch-sozialen dem badischen Volkskirchenbund von 1919 um Rohde und Dietz an. Die hier mit evangelischen Sozialdemokraten geführten Gespräche wurden für Lehmann offenbar zum Ersatz für das Forum des ESK, der seit dem Kriege seine fruchtbare Position zwischen Kirche und Arbeiterschaft an die Religiösen Sozialisten verloren hatte und einem eher konservativen Liberalismus zuneigte. Politisch wandte sich Lehmann jedoch der DDP zu. Anlässlich der Ermordung des Außenministers Walter Rathenau, seines Vetters und Parteifreundes, im Jahre 1922 geißelte Lehmann die »deutschen Mörderzentralen [...] gebildet und gestützt im wesentlichen von Angehörigen der besseren Stände«¹⁸⁶. Die Phase seiner politischen Zurückhaltung unterbrach er 1925 mit einer Kritik an der einseitigen Parteinahme des offiziellen Protestantismus für Hindenburg und mit einer Kritik am Programm eines sozialen Kapitalismus, den er nun nicht mehr für dauerhaft organisierbar hielt¹⁸⁷. Erst 1930 wieder häuften sich Lehmanns Publikationen, beginnend mit einem Protest gegen die 1929 erfolgte Entlassung von 20 000 Beschäftigten der IG Farben, die zugleich 112 Millionen Mark Dividende an ihre Aktionäre ausgeschüttet hatte, im gleichen Jahr eine zeitgeschichtlich gefärbte politisch-ökonomische Kritik des privaten Kapitalismus, die in der Forderung nach gemeinnütziger Planwirtschaft gipfelte. 1930 trat er auch zur SPD über, nachdem die DDP ihren sozialliberalen Ansatz von 1919 offen aufgegeben hatte. Fast gleichzeitig wandte er sich mit Schärfe gegen die Nichtberufung des ehemaligen badischen Geistlichen und sozialdemokratischen Theologieprofessors Georg Wünsch auf eine Karlsruher Pfarrei –

184 Vgl. etwa Eckerts Auslegung des Gleichnisses vom barmherzigen Samariter bei *Balzer*, *Klassengegensätze*, S. 92.

185 *E. Lehmann*, *Die Volkskirche, unverbindliche Leitsätze zu den Beratungen der evangelisch-sozialen Vereinigung für Baden*. Kopie beim Verf.; *ders.*, *Der Aufbau der evangelischen Volkskirche in Baden*, Heidelberg 1919.

186 *E. Lehmann*, *Volk in Not*, Heidelberg 1922, S. 9.

187 Zum folgenden vgl. *Lorenz*, a. a. O., S. 105 ff.

offensichtlich aus politischen Gründen erfolgt. Im Februar 1931 klagte er den EOK an, sich mit den Disziplinarmaßnahmen gegen Eckert »offenkundig auf die Seite des Faschismus gestellt« zu haben, und am Ende dieses Jahres die bürgerlichen Kirchenparteien Mannheims, die bis dahin »sozialistischen« Pfarreien Jungbusch und Lutherkirche mit Nichtsozialisten besetzt zu haben. Dem ESK, 1932 in Karlsruhe, warf er vor, zur schlichten »Vertretung des Arbeitgeberstandpunktes« degeneriert zu sein. Zu den Synodalwahlen im gleichen Jahre warb er mit einer Broschüre über die neuere Sozialgeschichte der Mannheimer Kirchengemeinde, verbunden mit einer Warnung vor dem Faschismus. In die Jahreswende 1932/33 fällt Lehmanns Verfasserschaft des »vielleicht schonungslosesten Buches über Hitler, das bis 1933 geschrieben wurde und das unmittelbar nach der Machtübernahme erschien«¹⁸⁸. Darin entlarvte Lehmann den Faschismus als Bewegung zur Rettung einer »Zukunft, wie die vereinigten Interessenten vom Bodenkapital, Industriekapital und Bankkapital [. . .] sie gleichmäßig ersehnen«, durch Zerschlagung von Demokratie und Arbeiterbewegung¹⁸⁹.

Lehmanns Vorkriegsschriften waren erfüllt gewesen vom Optimismus, soziale Probleme durch fortschrittliche Reformen zu lösen, seine republikanischen dagegen von Protest gegen Verhältnisse, die fortschrittliche Lösungen verhinderten. Während der zwanziger Jahre hat Lehmann offenbar die Monarchie innerlich überwunden und die Republik akzeptieren gelernt, zumal die Konstruktion ihrer Sozialordnung in vielem seinen sozialliberalen Vorstellungen der Vorkriegszeit entsprach. Seine heftigen Proteste seit 1930 scheinen ihren wesentlichen Anstoß aus Lehmanns Erkenntnis bezogen zu haben, daß die für ihn sakrosankten Größen »sozialer Friede« (Symmetrie) und »Arbeiterrecht« in der auf dem Klassenkompromiß basierenden, privatwirtschaftlich organisierten Weimarer Gesellschaftsordnung nicht dauerhaft zu sichern waren, auch nicht durch begrenzte und nach Spielregeln ablaufende soziale Konflikte. Das unternehmerische Profitinteresse entspreche nicht prinzipiell den Existenzinteressen der abhängig Beschäftigten¹⁹⁰.

Beim religiös-sozialistischen Lehmann fällt auf, daß er den sozialetischen Ansatz seiner evangelisch-sozialen Phase beibehalten hat: »Es gibt im ganzen Bereich des Volkslebens überhaupt keine Frage, die nicht dem Willen Gottes unterworfen und vom Evangelium aus zu beantworten wäre«, schrieb er 1932¹⁹¹.

Seine Methode der Gesellschaftsanalyse jedoch hatte Lehmann modifiziert und differenziert. Der Einfluß sozialdemokratischer Diskussionspartner ist nicht zu übersehen. Er war zum Nationalismuskritiker¹⁹² und zum Antimilitaristen geworden¹⁹³, im Staat sah er nun pri-

188 *Matthias*, a. a. O., S. 5 f.

189 *E. Lehmann*, *Deutschland, wohin?*, S. 66.

190 *Ders.*, *Die Kulturauswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung*, in: *Neue Wege*, Zürich 1930, S. 401. »So wurde denn von oben her, etwa seit der Inflationszeit, der Klassenkampf zur Niederringung der organisierten Arbeiterschaft mit ihren Positionen in Gewerkschaft und Genossenschaft, sowie dem ihr zugute kommenden staatlichen Apparat der Sozialversicherungen wie des Schlichtungswesens mit dem geschützten Tarifvertrag, proklamiert und organisiert. Die Organisation dieses schwerindustriellen Klassenkampfes war eine vorzügliche. Sie war [. . .] zielbewußt [. . .] durchdacht wie beweglich [. . .] langfristig angelegt«. (*Deutschland, wohin?*, S. 35.) »Die Fabrikgesetzgebung wie das ganze System der sozialen Versicherungen« (*ebda.*, S. 48), die »Existenzsicherung des modernen Arbeiters« (*ebda.*, S. 47) wie den »Grundstock des Arbeiterrechts« (*ebda.*, S. 61 f.) sah *Lehmann* bedroht.

191 *E. Lehmann*, *Vierzig Jahre Kampf*, S. 18.

192 *Deutschland, wohin?*, S. 19 f., 66, 80, 92.

193 *Ebda.*, S. 88.

mär die Interessenvertretung der wirtschaftlich Mächtigen¹⁹⁴, Politik und Wirtschaft als funktionale Einheit¹⁹⁵, nachdem er noch 1925 politisch reaktionär (für Hindenburg)¹⁹⁶, ökonomisch aber für die Gemeinwirtschaft optiert hatte. Gesellschaftliche Mißstände und Ungerechtigkeit galten ihm nicht mehr als Folge individueller Unmoral und falscher Wirtschaftslehre wie um die Jahrhundertwende, sondern als Auswirkungen eines überpersönlichen Ordnungsprinzips und dieses wiederum als Zwischenstadium eines historischen Entwicklungsprozesses¹⁹⁷.

Die Faschismuskritik betrieb er weitgehend als Kapitalismuskritik, wenn auch bei den Passagen zur Genese der NS-Bewegung recht stark das Individuum Hitler und seine »Pathologie«¹⁹⁸ in den Vordergrund treten. Hitlers »fixe Idee« eines gleichermaßen »jüdischen« Marxismus wie Kapitalismus befragte Lehmann nicht auf ihre politische Funktion¹⁹⁹. In einzelnen Phasen zeichnete Lehmann nach, welche Funktionen die NSDAP im Lauf der Restaurationsbemühungen des deutschen Kapitals übernommen habe²⁰⁰. Endlich habe die Schwerindustrie, besonders der »greise Erzreaktionär Emil Kirdorf mit seinem Ruhrfonds«²⁰¹, die nationalsozialistische Bewegung »zu einer gegen die Arbeiterschaft gerichteten Schutztruppe des kapitalistischen Unternehmertums« hochgezüchtet²⁰². Man plane den »nationalkapitalistischen Zukunftsstaat«²⁰³ und mit Hilfe der »romantischen Wahnideen eines Hitler« den »national angestrichenen Kapitalismus« durch »kasernenmäßige Gewaltmethoden«²⁰⁴ und »Bürgermord«²⁰⁵. Die Kirche, »welcher die Anwendung des Evangeliums auf das Volksleben übertragen ist«, habe »geschwiegen, beschönigt, geschmeichelt [...] wo sie hätte reden, warnen und verurteilen müssen!«²⁰⁶

Karl-Wilhelm Dahm bezeichnet Lehmann als »Linkssozialisten«. Diese Einschätzung hält einer Überprüfung nicht stand. Ist der klassische theoretische Revisionismus definiert »durch die Ablehnung der Marxschen Basis-Überbau-Lehre, der von Hegel übernommenen Dialektik, der marxistischen Arbeitswertlehre und Revolutionstheorie«²⁰⁷, dann ist Lehmann dem Revisionismus zuzuordnen. Zwar lassen die Äußerungen des alten Pfarrers erkennen, daß er die geschichtliche Entwicklung in Epochen dachte, die durch qualitativ andere, entgegengesetzte abgelöst werden, zudem, daß er Auswirkungen der Wirtschaftsordnung auf öffentliches Leben und Kultur anerkannte, aber die Mehrwerttheorie²⁰⁸ sowie eine revolutionäre Strategie lehnte er (sogar angesichts des Faschismus) ab. Die Entwicklung zum Sozialismus dachte er sich in Haupt- und Nebenetappen²⁰⁹. Gegen den Faschismus forderte er – so richtig wie abstrakt – die weithin inflationsgeschädigten deutschen Mittelschichten

194 Die Kulturauswirkungen, a. a. O., S. 409 f.

195 Besonders: Deutschland, wohin?, S. 42 ff. und Vierzig Jahre, S. 18.

196 Ders., Um des Evangeliums willen, Mannheim 1925, S. 7.

197 Die Kulturauswirkungen, a. a. O., S. 410.

198 Deutschland, wohin?, S. 23.

199 Ebd., S. 21.

200 Ebd., S. 35 ff.

201 Ebd., S. 38.

202 Ebd., S. 84.

203 Ebd., S. 89.

204 Ebd., S. 92.

205 Ebd., S. 84.

206 Ders., Vierzig Jahre Kampf, S. 20.

207 Georg Fülberth / Jürgen Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890 – 1933, Darmstadt 1974, S. 8.

208 E. Lehmann, Karl Marx und sein materialistischer Sozialismus, Masch. Man. (1929/30), Kopie beim Verf.

209 Vgl. ders., Die Kulturauswirkungen, a. a. O., S. 399.

zum Bündnis mit der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft auf²¹⁰. Die linkssozialistische SAPD, keine zwei Jahre nach Lehmanns Eintritt in die SPD entstanden, erwähnte er nirgends, Eckerts »Parforceritt in den Kommunismus«²¹¹ mißbilligte er.

Lehmanns Wechsel von der DDP zur SPD (»seit dem Oktober 1918 eine konservative Regierungspartei«)²¹² könnte als der formale Akt eines heimatlosen Sozialliberalen interpretiert werden. Ein Vergleich des von Lehmann vor und nach 1930 Geschriebenen offenbart jedoch die Tiefe seines Lernprozesses. Motiviert durch einen theologisch-ethisch artikulierten Protest gegen die Lebensbedingungen der deutschen Arbeiterschaft und über eine Methodisierung der Gesellschaftsanalyse hat der Industriellensohn den Schritt von der Sozialreform zum Reformsozialismus vollzogen²¹³.

3. Maßnahmen kirchlicher Kreise gegen die Religiösen Sozialisten

In Baden hatte die religiös-sozialistische Bewegung damit angefangen, daß Teile der ehemaligen protestantischen Linken (Evangelisch-soziale) auf das durch die Spaltung der Arbeiterbewegung ermöglichte Angebot evangelischer Mehrheitssozialisten im Jahre 1919 entgegenkommend reagierten.

Nun soll eine Übersicht erfolgen über die ablehnenden Reaktionen der bürgerlichen Kirchenparteien auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung seit dem Novemberumsturz, vor allem soweit sie den kirchlichen Bereich betraf. Die Bürgerlichen besaßen die absolute Mehrheit der Vertreter im Mannheimer Kirchengemeinderat, in Bezirks- wie Landessynode, in EOK und Kirchenregierung.

Anders als vor dem 1. Weltkrieg sind die in der Kirche aufgetretenen gesellschaftspolitischen Spannungen während der Weimarer Republik auf lokaler Ebene nicht mehr adäquat darstellbar. Auch gegen die Mannheimer kirchliche Linke erfolgten die entscheidenden Weichenstellungen im Rahmen der ganzen Landeskirche.

Am Ende des Jahres 1918 übertrug der badische Großherzog als Landesbischof auf (auch formal-)juristisch nicht unproblematische Weise²¹⁴ seine Kirchengewalt auf die ihm bislang nachgeordnete Instanz dergestalt, daß der bisherige Präsident des EOK, ein im Dienste der Monarchie ergrauter Jurist, von Herbst 1918 bis Herbst 1919 im Benehmen mit den jeweiligen Vorsitzenden der positiven und der liberalen Kirchenparteien faktisch die Geschäfte in der Hand hatte. Die überwiegend sozialistische provisorische Volksregierung Badens griff, anders als in gewissen Regionen des Reiches, in kirchliche Belange nicht ein.

Der badische Volkskirchenbund stand im politischen Spektrum der DDP und MSPD nahe (1919/20), einer Richtung, die ursprünglich um der nationalen Integration willen sogar die Beibehaltung der Monarchie (wenn auch parlamentarisch entmachteter) akzeptiert hätte. Vertreter dieser bürgerlich-reformistischen Koalition ließen überall im Reich Räterevolten z. T.

210 Deutschland, wohin?, S. 90.

211 *Ders.*, Vierzig Jahre Kampf, S. 14.

212 *Ossip K. Flechtheim*, Die KPD in der Weimarer Republik, 3. Aufl., Frankfurt 1973, S. 114.

213 Trotz aktueller Gemeinsamkeiten in vielen Phasen des politischen Geschehens einer Gesellschaft unterscheiden sich Sozialreform und Reformsozialismus prinzipiell voneinander. Dem Sozialliberalen dient die Reform zur Erhaltung grundlegender (etwa der Eigentumsverteilungs-) Strukturen, dem sozialistischen Reformismus zur grundsätzlichen Neugestaltung der Gesellschaftsordnung. Als Beispiele etwa seien genannt Friedrich Naumann und Ludwig Frank.

214 Diesem Vorgang wurde der 1. Teil einer rechtswissenschaftlichen Untersuchung gewidmet. *Hans Liermann*, Staat und evangelisch-protestantische Landeskirche in Baden während und nach der Staatsumwälzung von 1918, Lahr 1929, S. 7 ff.

durch Freikorps niederschlagen. Gleichwohl schätzte der deutsch-national empfindende²¹⁵ Präsident des EOK die neue Kirchenpartei als »sozzische« bzw. »revolutionäre« Flut ein²¹⁶. Ähnlich fürchtete der Mannheimer Dekan v. Schoepffer den angekündigten Zusammenschluß der unterbadischen EAVe mit dem badischen Volkskirchenbund²¹⁷ als »dieses aufgezoogene Gewölk am Himmel unserer Kirche«²¹⁸. Der Präsident arbeitete auf die Isolation des Volkskirchenbundes hin. Die unterbadischen EAVe brachte er vom Bündnis mit den Volkskirchlichen ab zugunsten einer organisatorischen Alternative (Evangelischer Volksbund), die wegen ihrer Beziehungen zum Nationalsozialismus noch eingehender betrachtet werden soll. In einem Schreiben an den Führer der Kirchlich-positiven meinte der Präsident, den »maßvollen Liberalismus« der Kirchlich-liberalen »als Schutzwehr gegen den Radikalismus erhalten zu müssen«²¹⁹. Inwieweit dem Präsidenten bei seiner Strategie, die Volkskirchlichen zu isolieren und die bürgerlichen Konkurrenten miteinander zur Koalition zu bewegen, die Situation der Vorkriegssozialdemokratie als Vorbild gedient haben mag, ist schwer festzustellen, aber Ähnlichkeiten stechen ins Auge, auch noch in den folgenden zwanziger Jahren. Des Präsidenten Rechnung ging auf. Zur Verfassungssynode von 1919 hatten die Liberalen den Volkskirchlichen die Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten vorgeschlagen, sechs Tage vor dem Abgabetermin dieser Listen jedoch das Bündnis aufgekündigt, zu spät, als daß die junge Volkskirchenbewegung noch eine selbständige Kandidatur hätte organisieren können²²⁰. Eine ähnlich ambivalente Politik hatten die National-liberalen gegenüber dem gemeinsamen Ausschuß des Reichstags in den letzten Kriegsjahren verfolgt.

Auch die Verfassungssynode mit einer absoluten Mehrheit der Positiven behandelte die Volkskirchlichen als nicht satisfaktionsfähige Parvenus. Eine Eingabe der neuen Kirchenpartei wider den Antisemitismus (ein Oberkirchenrat war DNVP-Abgeordneter im badischen Landtag und als Antisemit bekannt) wurde unverlesen (!) von der Synode abgewiesen, zu »Vergnügungssucht« und »Wuchergeist« jedoch wurden Resolutionen abgegeben²²¹. Zur ordentlichen Landessynode von 1920 hatte der badische Volkskirchenbund mehr Stimmen erhalten als die Landeskirchliche Vereinigung (eine konservative Mittelpartei), dennoch erhielt nur diese einen der zu kooptierenden Synodalen, der Volkskirchenbund mußte sich mit seinen drei gewählten Abgeordneten bescheiden²²².

Als Eckert 1925 öffentlich auf die Parteinahme des EOK für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten einging, wurde er mit 50 Reichsmark Geldstrafe belegt²²³. Im Zusammenhang mit dem von den Arbeiterparteien angestrebten Volksbegehren gegen die Fürstenabfindung aus Steuermitteln der Republik wurde auch Heinz Kappes mit Disziplinarmaßnahmen bedroht²²⁴.

215 Der Präsident des EOK an Theodor Steltz, 19. 9. 1919, PA Steltz.

216 Der Präsident des EOK an Klaus Wurth, 10. 4. 1919, Generalia 4656, Archiv des EOK KA.

217 *K[arl] Sch[opf]*, Unsere Vereine und die evang. Volkskirche, in: Unterbadische Volkszeitung, 25. 5. 1919.

218 Von Schoepffer an Uibel, 1. 5. 1919, Akte EOK KA, Generalia 5117.

219 Uibel an Wurth, a. a. O.

220 Vgl. Offener Briefwechsel Ehrenberg-Nuzinger in: CV, 1. 10. 1919, S. 6. Vgl. *F. Rohde*, Der Sieg der Reaktion und die neue Kirchenverfassung in Baden, in: CV, 1. 11. 1919, S. 2 ff.

221 *Verhandlungen der außerordentlichen Generalsynode der vereinigten evangelisch-protestantischen Kirche Badens vom Oktober/Dezember 1919*, Karlsruhe 1920.

222 Die Ernennung zur Landessynode, in: CVB, 19. 6. 1921, S. 3.

223 *Balzer*, Klassengegensätze, S. 107.

224 Haben wir in Baden eine Volkskirche oder eine Fürstenkirche?, in: *Volksstimme Mannheim*, 17. 6. 1926.

Nach der Landessynodalwahl 1926, aus welcher der Volkskirchenbund als alleiniger Gewinner²²⁵ hervorging, versuchte der EOK die Kooptation eines religiös-sozialistischen Abgeordneten zu verhindern. Seit 1929 führte besonders Eckerts rastloser Kampf gegen den drohenden Faschismus zu immer schärferen Repressionsmaßnahmen durch den Kirchenpräsidenten. Zum Protest dagegen hatten sich am 19. Februar 1931 über 8000 Sympathisanten Eckerts im Mannheimer Nibelungensaal versammelt, wo u. a. Lehmann zu dem Thema sprach: »Sind sozialistische Geistliche Staatsbürger zweiter Ordnung?«, während sein ehemaliger Vikar Heinz Kappes der (überwiegend positiven) Kirchenleitung vorwarf, Eckert zum Schweigen bringen zu wollen als »Morgengabe« für ein positiv-nationalsozialistisches Bündnis²²⁶.

Das Organ der Religiösen Sozialisten publizierte die parteipolitische Biographie des zunächst konservativen, später deutschnationalen badischen Kirchenpräsidenten²²⁷ und geißelte die Parteilichkeit des EOK gegenüber Eckert: »als neueste Attraktionsnummer der Nazis« dürfe »Herr Pfarrer Teutsch [...] ungestraft die badische Staatsregierung verhöhn«²²⁸. Nachdem die Religiösen Sozialisten mit Eckert 1931/32 ihre politische Speerspitze verloren hatten, zielte die Strategie der Kirchlich-positiven auf die Ausschaltung des Volkskirchenbundes ab²²⁹. Eckerts und Lehmanns Pfarreien (Trinitatis- und Lutherkirche) wurden nicht mehr mit volksskirchlichen Pfarrern besetzt, ein Verfahren, das der (liberale) Vorsitzende des Verfassungsausschusses der Landessynode für »nicht erträglich« hielt²³⁰. Mit ihren 26 % Wählerstimmen von 1926 hätten die Mannheimer Volkskirchlichen einen Anspruch auf einen Pfarrer ihres Vertrauens laut § 62,2 der Verfassung von 1919 gehabt. 1932 hatten die Religiösen Sozialisten einen weiteren Abgeordneten in der Synode hinzugewonnen, jedoch unter den 6 zu kooptierenden fand sich wie 1920 wiederum kein Synodaler ihrer Richtung. Positive und evangelische Nationalsozialisten, zusammen eine 2/3-Mehrheit in der Synode von 1932, bildeten eine Koalition, die Kappes ein Jahr zuvor als das »badi-sche Harzburg« vorausgesagt hatte²³¹. Die 2/3-Mehrheit betrieb die »Entparlamentarisierung« der Kirche, die, wie man einräumte, durchaus »einen Eingriff in die Systematik der jetzigen Kirchenverfassung« bedeute²³². Die Religiösen Sozialisten und Kirchlich-liberalen wurden per Verfassungsänderung aus der Kirchenregierung, die Liberalen darüber hinaus aus dem Kollegium des EOK entfernt. Bereits vor dem Verbot religiös-sozialistischer Organisationen durch den NS-Staat versuchte der EOK, die sozialistischen Gemeindevertreter aus den Basisgremien der Gemeinden zu verdrängen²³³. Für Baden erfolgte das Verbot

225 *Herrmann Rückleben*, Kirchliche Zentralbehörden in Baden 1771 – 1958, in: *150 Jahre Vereinigte Evangelische Landeskirche in Baden 1821 – 1971*, S. 655.

226 *Heinz Kappes*, Wir sind der Sturm, wir sind der Sieg, in: SAV, 8. 3. 1931, S. 42, zu Lehmann *ebda.*, S. 43.

227 Die politische Tätigkeit des deutschnationalen badischen Kirchenpräsidenten Wurth, in: SAV, 5. 4. 1931, S. 65.

228 Der »Feldprediger des Dritten Reiches«, in: SAV, 13. 9. 1931.

229 Vgl. die Debattenreden des Vorsitzenden der kirchlich-positiven Vereinigung Badens, Landeskirchenrat Karl Bender, vor der Landessynode im April 1931; *Verhandlungen der Landessynode der Vereinigten evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens. Ordentliche Tagung vom 19. – 23. April 1932* (Fortsetzung der Tagung vom Mai/Juni 1930), Karlsruhe 1932, S. 18 f.

230 *Ebda.*, S. 26.

231 *Kappes*, Wir sind der Sturm, a. a. O., S. 42; vgl. Ein schwarzer Tag der badischen Landeskirche, in: SAV, 16. 10. 1932, S. 166.

232 *Verhandlungen der bad. Landessynode 3./4. 10. und 22./23. 11. 1932*, S. 23.

233 »Wenn Mitglieder des Sprengelausschusses und des Sprengelrates ihre Ämter niedergelegt haben, so ist in Anwendung der §§ 18 und 31 in Verbindung mit § 42 KV [Kirchenverfassung

des Bundes der religiösen Sozialisten durch das Ministerium des Innern am 18. Juli 1933 »unter Bezugnahme« auf das Gutachten des EOK vom 12. Juni 1933, in dem dessen Rechtsreferent mit Akribie den Nachweis »für die enge Verbundenheit des Bundes der religiösen Sozialisten [...] mit den wirtschaftlich sozialen und politischen Zielen des marxistischen Sozialismus« erbracht hatte²³⁴. Die Ausschaltung der Religiösen Sozialisten unter aktiver Mitwirkung der in der badischen Landeskirche damals Verantwortlichen kann nicht als deren Versuch verstanden werden, auf den fahrenden Zug der innenpolitischen Entwicklung am Ende der Weimarer Republik zu springen, vielmehr vermittelt das Verhalten vor allem der kirchlich-positiven Führer gegenüber den Religiösen Sozialisten von Anfang an den Eindruck, daß ein Teil der badischen »Kirchenreaktion« diesen Zug mit ins Rollen gebracht hat. Die evangelischen Nationalsozialisten, in Baden erst seit 1932 in der Landessynode vertreten, erscheinen eher als die Erfüllungsgehilfen der Kirchlich-positiven gegenüber den Religiösen Sozialisten. Die Koalitionspolitik der Orthodoxen rief 1933 ähnliche Wirkungen hervor wie die Vertreibung Lehmanns aus Mannheim 1895. Arbeiter wandten sich von ihrer Kirche ab, darunter Leute, »die bisher treu und gewissenhaft an den kirchlichen Aufgaben mitgewirkt« hatten²³⁵. In einer bewußt verantworteten Politik, die wiederholt zur Abstoßung von Arbeitern durch »die« Kirche führte, wird ein subjektives Moment des Säkularisierungsprozesses sichtbar.

Die Auseinandersetzungen im Mannheimer Raum zwischen der dort relativ starken religiös-sozialistischen Minderheit und ihren innerkirchlichen wie gesellschaftspolitischen Gegnern weisen keine Besonderheiten auf zur regionalen Situation, zumal die führenden Kräfte der Kirchenparteien beruflich in Mannheim wirkten, so Eckert und Lehmann, seit 1932 Realschuldirektor Dietrich (bis 1932 Landeskirchenrat), die Landeskirchenräte Bender und (seit 1932) Rost, beide positiv, sowie Landeskirchenrat Klein, der politisch erkonservative, theologisch liberale Vorsitzende der Landeskirchlichen Mittelpartei.

Die Sitzungsprotokolle der Bezirkssynoden von 1928 und 1930 offenbaren eine erhebliche Verschärfung der Spannungen zwischen den Gruppen innerhalb dieser beiden Jahre²³⁶, analog zu den gesellschaftspolitischen Tendenzen. Wie wenig jedoch die Schärfe der Auseinandersetzungen etwa auf das Konto des Eckertschen Stils zurückzuführen ist, zeigt die Äußerung seines späteren Kollegen Rost von der Trinitatiskirche, bevor Eckert nach Mannheim gewählt wurde: Rost hatte die Religiösen Sozialisten öffentlich als »seellenloses Proletariat« bezeichnet²³⁷. Die Protokolle der Bezirkssynodalsitzungen vom 22. und 29. Oktober 1930 lassen neben emotionalen und inhaltlichen Gegensätzen das Aneinander-Vorbei-

von 1919] eine Erneuerungswahl vorzunehmen. Werden dabei erneut Mitglieder der evang. Sozialisten vorgeschlagen, so wird bei ihnen in verschärftem Maße zu prüfen sein, ob sie den Anforderungen des § 16 bzw. des § 28 der KV gerecht werden. Dabei wird nicht außer Acht gelassen werden dürfen, daß die jetzt Zurückgetretenen sich für das Amt nicht mehr geeignet hielten, weil sie bisher auf dem Boden des marxistischen Sozialismus gestanden sind. Vertreten die Vorgeschlagenen ähnliche Ansichten, so dürfte es zum mindesten zweifelhaft sein, ob sie geeignet sind, dem Aufbau des religiös-sittlichen Lebens der Gemeinde dienen zu wollen [...] Es wird daher, wenn Mitglieder des Bundes religiöser Sozialisten vorgeschlagen werden, auch unter diesen Gesichtspunkten ihre Geeignetheit zu prüfen und gegebenenfalls zu verneinen sein«. – Schreiben des EOK KA an das Pfarramt KA-Rintheim, 12. 5. 1933, *Generalia* 4656.

234 EOK KA an das Bad. Ministerium des Kultus und Unterrichts, 12. 6. 1933, ebda.; vgl. Ministerium des Innern, KA, an EOK, 18. 7. 1933.

235 Pfarrer Ph. Treiber, Bahlingen, an den EOK KA, 22. 3. 1933, ebda.

236 Dekanat Mannheim an den EOK KA, 5. 11. 1930, in: *Generalia* 5289.

237 *Rudolf Eicher*, Offener Brief an Herrn Stadtpfarrer Rost, in: *Volksstimme* MA, 27. 6. 1926.

reden sowie den grundsätzlich verschiedenen Problemhorizont bürgerlicher und sozialistischer Protestanten hervortreten, vor allem im Hinblick auf die Relevanz gesellschaftlicher Strukturen für die Arbeit der Kirche. Lehmanns Parteiwechsel hatte trotz ausführlicher Begründung in der Lokalpresse kein Verständnis gefunden. Darauf scheint der Dekan bei Lehmanns Verabschiedung öffentlich abgehoben zu haben: Dieser sei »manchmal Wege gegangen, die andere nicht verstehen konnten«²³⁸.

Zwischen Kirche und »Demokratischem Sozialismus« beobachtet Theodor Strohm in der Epoche nach 1918 »erste Ansätze einer sachlichen Kooperation« in Gestalt der Religiösen Sozialisten²³⁹. Dies bestätigt sich auch für den Mannheimer Bereich im fraglichen Zeitraum mit der Einschränkung, daß der Graben reduzierter Kommunikation, wie er vor 1914 zwischen Kirche und Arbeiterbewegung bestanden hatte, nicht aufgehoben war, sondern sich in die Kirche hinein verlagert hat. Beim Überschreiten dieses Grabens in Richtung der protestantischen Linken hatte für die Bürgerlichen unter den Religiösen Sozialisten die evangelische Ethik als Motor eine bedeutsame Rolle gespielt. Sollte das ethisch fundierte Wollen jedoch dauerhafte Solidarität bewirken, mußte eine Präzisierung und Methodisierung der Gesellschaftsanalyse hinzutreten²⁴⁰. Bereits 1906 hat Karl Kautsky einen Zusammenhang von Moral und Parteinahme Bürgerlicher für die Arbeiterbewegung festgestellt und zu systematisieren versucht²⁴¹. Sein Schema von alter Moral der absterbenden Unterdrückterklasse und neuer Moral der aufsteigenden sowie den »sozialen Trieben« reicht nicht als kategorialer Rahmen aus für die Einordnung jenes Phänomens, daß die »neue« sozialistische Bewegung Zuzug von Kräften erhielt, die motiviert waren durch eine sehr »alte«, nämlich die christliche Ethik.

Die Frage nach dem Scheitern der Religiösen Sozialisten kann nicht absehen vom Scheitern der Arbeiterbewegung als ganzer. Gleichwohl sind Unterschiede festzuhalten. Anders als die politischen hatten die kirchlichen Wahlen 1919 einen scharfen Rechtsruck gebracht. In der bislang als liberal geltenden Landeskirche Badens hatten die den Deutschnationalen eng verbundenen²⁴² Orthodoxen 50 von 85 Synodalsitzen erhalten²⁴³. Die für kirchliche Belange Mobilisierbaren stellten offensichtlich eine konservative Auslese dar. Ihre wahrscheinliche Charakteristik ist mit Hilfe von Alfred Milatz' Wahlsoziologie der Weimarer Republik erschließbar²⁴⁴. Ein Vergleich der dortigen Karten 2 (Konfessionsgliederung), 3 (in Industrie, Handwerk, Handel, Verkehr Beschäftigte) und 4 (land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung in Gemeinden bis 10 000 Einwohner) mit den Reichstagswahlergebnissen je nach Region (Karten 5, 6, 8, 10) ergibt, daß die DNVP in überwiegend protestantischen ländlichen bis kleinstädtischen Gebieten ihre Hochburgen besaß. Nicht nur die Eliten der »Christlichen Volkspartei« (Beiname der badischen DNVP) und der Kirchlich-positiven Vereinigung Badens überschritten sich, darüber hinaus war die deutschnationale Tendenz

238 Abschiedsfeier für Pfarrer Dr. Lehmann, in: Neue Mannheimer Zeitung, 6. 7. 1931.

239 Strohm, S. 27.

240 Zu evangelischer Ethik und sozialistischer Entscheidung vgl. das oben bei Lehmann und Eckert Gesagte, aber auch etwa Georg Wünsch, *Evangelische Wirtschaftsethik*, Tübingen 1927, S. 661 f.

241 Karl Kautsky, *Ethik und materialistische Geschichtsauffassung*, in: H. J. Sandkühler / R. de la Vega (Hrsg.), *Marxismus und Ethik*, Frankfurt 1974, bes. S. 255.

242 Vgl. dazu etwa T. Steltz, *Evangelische Sozialisten und konservative Politiker*, in: CVB, 1. 7. 1923, S. 4.

243 *Verhandlungen der a. o. Generalsynode*, Karlsruhe 1919, S. V – VII.

244 A. Milatz, *Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik*, Bonn 1965.

des positiven Sonntagsblatts nicht zu übersehen²⁴⁵. Offenbar haben die bäuerlichen und kleinstädtischen Protestanten in Baden die Kirchenpolitik weitgehend beeinflußt. Aber auch die soziale Schichtung der kirchlichen Funktions- und Mandatsträger läßt Rückschlüsse auf die gesellschaftliche Verankerung der badischen Landeskirche zu (Stand 1926): Mit den 6 kooptierten Abgeordneten saßen in der badischen Landessynode 32 Pfarrer, 17 sonstige Akademiker, 5 nichtakademische Beamte, 3 Arbeiter (davon 2 Religiöse Sozialisten), 2 Handwerker, 2 Bürgermeister, 1 Fabrikant, 1 Angestellter, 1 Landwirt²⁴⁶. Es dominierten die akademischen Berufe. »Die deutschen Akademiker waren in ihrer großen Mehrheit nicht einmal zu dem Scheinfrieden mit der Republik geneigt, den zwischen 1924 und 1928 die Kapitalisten, Agrarier und Mittelständler geschlossen hatten. Der typische Akademiker blieb völkisch und antisemitisch, ein Feind der Republik, der Beteiligung an einer demokratischen Regierung und jeder Erfüllungs- und Kompromißpolitik nach außen«²⁴⁷. Der Zusammensetzung der Landessynode entsprachen auch die Wahlvorschläge der bürgerlichen Kirchenparteien (Religiöse Sozialisten in Klammern daneben) im IV. Wahlkreis Mannheim-Stadt und -Land (1926): Pfarrer 25–33 % (8 %), Akademiker 11–33 % (0 %), Mittlere Beamte 12–22 % (0 %), Angestellte 11 % (12 %), Arbeiter 3,3–4,5 % (35 %), Hausfrauen 8 % (16 %) ²⁴⁸. Unter den Vätern der 50 Pfarrer in Mannheim zwischen 1900 und 1933 waren: 9 Pfarrer, 2 Prediger, 6 Lehrer, 5 Handwerksmeister, 6 Selbständige (Kaufleute, Ärzte, Apotheker), 4 Fabrikanten bzw. »Privatleute«, 3 höhere Beamte, 10 kleinere Beamte und Angestellte, 2 Landwirte und 3 ohne Angaben ²⁴⁹.

IV. DER »EVANGELISCHE VOLKSBUND FÜR BADEN« — EIN BEITRAG ZUM SIEG DES NATIONALSOZIALISMUS?

Die Unterstützung der NSDAP durch einflußreiche Vertreter des deutschen Bürgertums seit 1930/31 kann als Reaktion darauf verstanden werden, daß es in der Weltwirtschaftskrise von 1929 und der ihr folgenden verheerenden Arbeitslosigkeit nur noch die Arbeiterbewegung war, die – unter den Bedingungen einer liberalen Demokratie – eine Alternative zur bestehenden Wirtschaftsordnung anzubieten hatte. In ökonomischer, z. T. auch politischer Hinsicht bedeutete Hitlers Machtergreifung die Vollendung der behutsamen Reaktion des Bürgertums auf den halben Sieg der deutschen Arbeiterbewegung von 1918/19. Ein Vergleich der Konfessionsgliederung der Weimarer Republik mit den Ergebnissen der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 ²⁵⁰ ergibt beinahe die Deckungsgleichheit protestantischer Gebiete mit denen von NSDAP-Mehrheiten und die katholischer mit solchen von Zentrumsmehrheiten. So gehört die Frage nach einem möglichen protestantischen Beitrag zum Sieg des Faschismus durchaus zur vorliegenden nach den Reaktionen der evangelischen Kirche auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Daß die führenden Persönlichkeiten der badischen Landeskirche in den entscheidenden Jahren vor 1933, politisch zumeist deutschnational, das Bündnis mit den evangelischen

245 Vgl. etwa die DNVP-Erklärung in: *Evang. Kirchen- und Volksblatt*, 5. 1. 1919, S. 6 f.

246 *Verhandlungen der Landessynode der vereinigten evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens. Ordentliche Tagung vom Februar/März 1927*, Karlsruhe 1928, S. V f.

247 *Rosenberg*, S. 171.

248 Nach *Kirchl. Gesetzes- und Verordnungsblatt* 1926, Nr. 9, S. 77 ff.

249 Nach *Heinrich Neu*, *Badisches Pfarrerbuch*, Bd. 1, S. 183 ff., Bd. 2 die einschlägigen Namen.

250 *Milatz*, Karten 2 und 13.

Nationalsozialisten gesucht haben, wurde schon berichtet. Aufschlußreichen Einblick in auffallende Zusammenhänge gewinnt man am Beispiel des evangelischen Volksvereins (ab 1927 Volksbund), wenn man fragt, aufgrund welcher Voraussetzungen die NS-Bewegung auch bei den unteren Bevölkerungsschichten Anhänger gewinnen konnte²⁵¹. Verbindungslinien zum Faschismus weist die Geschichte des Volksbundes auf unter verschiedenen Gesichtspunkten, nämlich Genese, Funktion, Ideologie wie auch rein äußerlich in der politischen Entwicklung.

1. Die Entstehung der evangelischen Volksvereine in Baden

Den reformistisch-sozialliberal orientierten Volkskirchenbund schätzte der Präsident des EOK als »revolutionäre Flut« ein²⁵². Von seiten des provisorisch von Sozialisten verwalteten Staates würde gegen die Forderungen einer starken Basisbewegung innerhalb der Kirche kein Schutz zu erwarten sein. 1919 war der badische Staat »schwach«, wenn es um den Schutz kirchlicher Interessen ging, die in einem konservativ-bürgerlichen Horizont definiert wurden. Ihres monarchischen Daches beraubt, mußte sich die Kirche in dieser Lage ihres sozialen Fundaments in jeder Richtung vergewissern, auch in der der Arbeiterschaft. So bot sich ein Anknüpfen an die Überbleibsel der EAVe an. Über den Mannheimer Dekan v. Schoepffer (des weiteren die Pfarrer Renz und Maler) gelang es, den unterbadischen Bezirksverband der EAVe im letzten Augenblick vom Weg Rohdes und Lehmanns zurückzuhalten²⁵³. Den Freiburger Pfarrer Lang, vor 1914 mit Einfluß bei den südbadischen EAVen, munterte der Präsident des EOK unter Hinweis auf Rohdes und Dietz' Volkskirchenbund zur Reaktivierung seiner EAVe auf²⁵⁴; er betrieb die Vereinigung der beiden badischen Bezirksverbände der EAVe²⁵⁵, erwirkte die Bewilligung eines Arbeiterpfarramts (künftig zugleich Generalsekretariat der EAVe) mit Sitz in Mannheim durch die Landessynode²⁵⁶, entsandte erstmalig ein Mitglied des EOK-Kollegiums zum EAV-Landesverbandstag²⁵⁷ und forderte – knapp 30 Jahre nach Gründung des EAV-Reichsverbands – die badischen Pfarrer zur Unterstützung der EAV-Arbeit auf²⁵⁸.

Vor dem Weltkrieg hatte keiner der Oberkirchenräte je Zeit zum Besuch dieser Verbandstage gefunden²⁵⁹, die Kirchenleitung sich nicht gesorgt um die Spaltung des badischen EAV-Verbands 1906, die Bitte um Finanzierung eines Verbandssekretärs war abgewiesen worden²⁶⁰. In der Revolutionsphase von 1919 besaß der EOK genug Geld dafür. Besetzt wurde das Mannheimer Arbeiterpfarramt 1921 mit dem aus Erfurt stammenden Ruben Fink²⁶¹, der zuvor bei dem wegen Homiletik und Rhetorik berühmten monarchistischen und natio-

251 Gemessen am Bevölkerungsanteil (46 %) waren die Arbeiter in der NSDAP mit 31 % unterrepräsentiert, ähnlich die Bauern. Aber Beamte und Angestellte waren überrepräsentiert. Nach *Clemenz*, S. 31.

252 Uibel an Wurth, 10. 4. 1919, *Generalia* 4656, EOK KA.

253 V. Schoepffer an Uibel, MA, 1. 5. 1919, *Generalia* 5117, EOK KA, vgl. *Karl Schopf*, *Unsere Vereine und die evang. Volkskirche*, in: *Unterbadiische Volkszeitung*, 25. 5. 1919.

254 Uibel an Lang, 16. 4. 1919, *Generalia* 5117, EOK KA.

255 V. Schoepffer an Uibel, MA, 1. 5. 1919; vgl. Uibel an Lang, 3. 5. 1919, ebda.

256 Uibel an Lang, 8. 8. 1919, ebda. Das Arbeiter- bzw. Sozialpfarramt wurde am 18. 5. 1920 genehmigt.

257 Protokoll des Oberkirchenrats Sprenger vom 21. 9. 1919, ebda.

258 EOK KA, 30. 11. 1919, Exped.-Nr. 11629, ebda.

259 Vgl. etwa die Entschuldigungsschreiben zu den Verbandstagen am 4. 4. 1911 oder 2. 4. 1912, ebda.

260 Vgl. Aktennotiz des damaligen Präsidenten des EOK, Helbing, 27. 4. 1914, ebda.

261 Vgl. *Neu*, Bd. 2, S. 162.

nalistischen Pfarrer Klein an der Mannheimer Christuskirche Vikar gewesen war²⁶². Durchaus richtig hatte Fink die antisozialistische Stoßrichtung der EAVe seit der Propagierung ihres reichsweiten Verbandes 1890 erkannt²⁶³. Durch Mitgliederwerbung auch außerhalb der Arbeiterschaft, vor allem in den Mittelschichten, wollte er die EAVe zu einer mächtigen kirchlichen Schutzorganisation gegen den »großen Ansturm« ausformen²⁶⁴. Nirgends erlebe »man die bittere Notwendigkeit evangelischer Einheit so sehr wie diesem Koloß der Arbeiterfrage gegenüber«, sagte er auf einer Massenversammlung 1921 in Mannheim²⁶⁵. Sehr wahrscheinlich orientierte sich Finks Volksvereinsgedanke am Prototyp des Volksvereins für das katholische Deutschland²⁶⁶ bzw. an protestantischen Imitationsversuchen im monarchischen Preußen²⁶⁷. Durch Vorträge und die Redaktion des Evangelischen Volksblattes²⁶⁸ (EVB) verbreitete der junge Geistliche (DNVP-Mitglied) den Gedanken einer evangelischen Volksgemeinschaft, zunächst im kleinen in Gestalt der Vereine. Die Arbeitervereine ließen sich in Evangelische Volksvereine (EVVe) umbenennen. Wiederholt protestierte der Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten gegen ihren Generalsekretär: Die Kirchenregierung »hat einen Pfarrer hauptamtlich angestellt, dessen Tätigkeit auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie hinausläuft. Etwas anderes ist doch das soziale Pfarramt in Mannheim nicht! Vielleicht erklärt nächstens auch die Kirchenregierung, sie verzichtet auf die Kirchensteuer von Sozialdemokraten«²⁶⁹.

Wie der Präsident des EOK 1919, so differenzierte auch Fink an keiner Stelle seiner Dissertation oder des EVB zwischen dem politischen Charakter der Sozialdemokratie von 1890 und der von 1922–1931. Wie leicht eine solche Unterscheidung möglich war, belegt eine Schrift von Finks württembergischem Kollegen²⁷⁰.

Als eine wesentliche Entstehungsbedingung faschistischer Stoßtrupps (Urform faschistischer Organisation) nennt Wilhelm Alff die Angst der Produktionsmittelbesitzer vor einer der Stärke nach schwer einschätzbaren linken Bewegung bei gleichzeitig (von ihrem Interesse her gesehen) »schwachem« Staat, etwa einem politisch konsequent liberalen²⁷¹. Nun bedeutete der badische Volkskirchenbund keine Bedrohung von privatem Produktionsmittelbesitz, aber immerhin wurde er qua »revolutionäre Flut« als Bedrohung des bisherigen bürgerlichen Einflusses auf die Kirche angesehen. Die Möglichkeit, die EAVe im Mannheimer Raum könnten den sozialliberalen Geistlichen ihres Vertrauens ins Bündnis mit Mehrheitssozialisten folgen, fürchtete man als »dieses aufgezogene Gewölk am Himmel unserer Kirche«²⁷². Eine weitere Entsprechung zwischen EVVen und dem Faschismus lag in deren Funktion: »[...] die unter den Bedingungen des parlamentarischen Verfassungsstaates nach links abwandernden Massen oder wenigstens einen nennenswerten Teil von

262 Vgl. Paul Klein, Du bist mein Hammer und meine Kriegswaffe, Mannheim 1914, besonders S. 39 ff. und ders., Das ewige Evangelium und das Dritte Reich, Mannheim 1934, S. 8 f.

263 Ruben Fink, Entwicklung und Aussichten der Evangelischen Volksvereine, Phil. Diss. (MS) Heidelberg 1922, S. 15. Vgl. Broszies, S. 32.

264 R. Fink, Helfet mit, in: EVB, 3. 7. 1921, S. 3.

265 Lutherfeier des Evangel. Volksvereins Mannheim, in: Generalanzeiger, 11. 4. 1921.

266 Ludwig Heyde, Art.: Hitze, Franz, in: Evangelisches Soziallexikon, Stuttgart 1954, Sp. 488.

267 Vgl. Pollmann, S. 97.

268 Wie seine Vorgänger »Badische Arbeiterzeitung«, SAZ, seit 1918 wieder BAZ, erschien das EVB im Verlag Bauer, Zell i. Wiesental.

269 Protest!, in: CVB, 30. 10. 1921, S. 3.

270 Vgl. August Springer, Die Zukunft der Evangelischen Arbeitervereine, Stuttgart 1919, S. 8 und S. 11.

271 Alff, S. 33 f.

272 V. Schoepffer an Uibel, 1. 5. 1919/5117.

ihnen nach rechts zurückzuholen. Folglich mußte er [der Faschismus], je ferner noch die reaktionäre Scheinrevolution war, auf die er zusteuerte, desto stärker über das Bewußtsein wirken«²⁷³. Erstaunlich früh erstellte der Volkskirchenbund eine treffende Prognose am Beispiel der EVVe: »Bekanntlich reist gegenwärtig ein von der Kirchenregierung bezahlter Sekretär durch das Land, um ›neutrale‹ Volksvereine zu gründen. Zuerst enthüllte sich das ›neutral‹ so, daß natürlich die Sozialisten davon ausgeschlossen sind. In der letzten Nummer des evangelischen Volksblattes wird das neutral noch enger umgrenzt. Von den bestehenden kirchlichen [Parteien] werden die Positiven und Liberalen noch geduldet. ›Was an Partei darüber ist, das ist von Übel‹. Das sind natürlich wir! Es wird nicht mehr lange gehen und auch liberal ist von Übel«²⁷⁴.

Fink funktionierte zusammen mit den südbadischen auch die ehemals sozialliberalen EAVE im Mannheimer Raum zu einer antiliberalen und antidemokratischen sozialistenfeindlichen Organisation um. Zwar wurde er 1925 in einen Ort bei Wertheim/Main als Gemeindepfarrer versetzt, die Schriftleitung und das »Generalsekretariat« der EVVe durfte er jedoch behalten. Was im folgenden zur Sprache kommt, ist daher als sein Werk zu betrachten.

2. Die ideologische Kultur des Evangelischen Volksblattes

Ein Vergleich des politischen Profils des EVB mit den von Reinhard Kühnl aufgereihten Grundmotiven faschistischer Ideologie kann die Stellung und Funktion der EVVe in der Auseinandersetzung der Arbeiterbewegung und der bürgerlichen Reaktion bis hin zu Hitlers Machtergreifung klären helfen. Kühnl unterscheidet sechs »Grundmotive [...]«, von denen jedes eine klar umschriebene Funktion hat, die aber erst in ihrem Zusammenspiel die Eigentümlichkeit und die Wirksamkeit der faschistischen Ideologie ausmachen. Die Gemeinschaftsideologie, zu der auch der Nationalismus zählt; die Ideologie von der Autorität, die im Führerprinzip mündet; die Eigentumsideologie, die in einem militanten Antikommunismus gipfelt; gewisse antikapitalistische Akzente, die sich gegen das große Kapital richten [...] die Sündenbockphilosophie [...] und schließlich der Militarismus, der die Massen ideologisch auf den Krieg vorbereitet«²⁷⁵.

Gegen das »Zersetzungsprogramm«²⁷⁶, den »unchristlichen Klassenkampfgedanken«²⁷⁷ setzte das EVB den Appell zur Gemeinschaft, selten mit christlicher Argumentation, und wenn, dann sehr formalistisch²⁷⁸. Hinzu trat die Bezugnahme auf das gemeinsame Fronterlebnis; man ersehnte eine »Schicksalsgemeinschaft des ganzen Volkes« – die Aufwertung des nationalen Burgfriedens im Weltkrieg zum Strukturprinzip der Republik²⁷⁹. Auch die Parteiendemokratie wurde als Hindernis der Einheit gewertet²⁸⁰. Vom Arbeiter erwartete man folgendes: »Der deutsche Arbeiter steht heute an einem weltgeschichtlichen Wendepunkt. Heute gilt für das ganze Volk als höchste Pflicht treue Arbeit und opfervolle Hingabe an das Ganze«²⁸¹.

Im Hitlerreich wirkte sich die Erziehung zur besinnungslosen Gemeinschaft gegen die posi-

273 Alff, S. 22.

274 Volksvereine in Baden, in: CVB, 2. 7. 1922, S. 4.

275 Reinhard Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft, Hamburg 1971, S. 84.

276 Die Werbekraft der Volksvereine, in: EVB, 23. 12. 1923, S. 2.

277 R. Fink, Erste Denkschrift des Sozialpfarramts Mannheim an den EOK, o. Datum, Generalia, EOK KA 4517.

278 Vgl. etwa Die Einheit in der Praxis, in: EVB, 13. 5. 1928, S. 2.

279 Die Frist ist um, in: EVB, 13. 5. 1928, S. 2.

280 Ebda. und Losung, ebda.

281 Düsseldorf, EVB, 6. 11. 1927, S. 1 f.

tiven Ziehväter der Volksvereine aus. Als jene sich gegen die Gleichschaltung der Kirche zur Wehr setzten, meinte der Vorstand der Volksvereine: »Die ehemals evangelischen Arbeitervereine [. . .] sehen im Dritten Reich, in der Anbahnung der Volksgemeinschaft einen hohen Gedanken ihrer Gründungsjahre erfüllt und ertragen es daher mit den anderen Vereinen sehr schwer, daß von der Kirche her ein Aufwühlen von Gegensätzen erfolgt [. . .] Sie verstehen nicht, daß in der Zeit der werdenden Volksgemeinschaft und der Lösung der Schicksalsfrage Deutschlands die evangelische Kirche im Kirchenstreit steht«²⁸².

In heute nicht leicht vorstellbarem Maße wurde die Leserschaft des EVB auf das Führerprinzip und hierarchische Maßstäbe eingeschworen. Das zunächst deutschnationale²⁸³ Mitglied des Reichstags, der Berliner Domprediger Dr. Bruno Doehring, 1931 bereits in der NSDAP²⁸⁴, wurde als »hinreißende Führerpersönlichkeit« bezeichnet²⁸⁵. Schon im Herbst 1923 – »ein kritischer Beobachter hätte für den Bestand der Weimarer Republik keine fünf Rentenmark gegeben«²⁸⁶ – hatte es im EVB geheißen, »daß [. . .] alle froh und dankbar wären, wenn ein geistbegnadeter und gottgesandter, ein wirklich starker Mann käme, der aus diesen Wirrnissen unserem Volk als Retter erstünde«²⁸⁷. Derlei Rufe nach dem Führer ertönten auch in der Weltwirtschaftskrise²⁸⁸. Der Präsident der badischen Volksvereine (seit 1927 Volksbund) wurde stets als Führer bezeichnet²⁸⁹. Zunächst meldete sich noch Opposition. 1926 forderten die EVVe des Bodenseegebiets das Recht, ihre Delegierten selbst wählen zu dürfen anstelle der bisherigen Kooptation durch den Landesvorstand selbst²⁹⁰. Im Unterbadischen hatte »Herr Dr. Fink, der Führer«²⁹¹ die EVVe fest im Griff. Bereits 1922 wurde bei einem »Familienabend« des Mannheimer EVV als »Hauptakt« Finks Büste enthüllt, er selbst war anwesend. Dabei wurde ein Festprolog, voll der Würdigung seiner Person, vorgetragen²⁹².

Zwar druckte Fink Sätze wie: »Der Menschheit ist nicht damit gedient, daß sich die Besitzverhältnisse irgendwie verschieben«²⁹³. Aber eine umfassende »Eigentumsideologie, die in einem militanten Antikommunismus gipfelt«, findet sich nicht im EVB²⁹⁴. Etwa 2/3 der Bundesmitglieder waren Arbeiter²⁹⁵, Privateigentum an Produktionsmitteln bei der Mitgliedschaft war so gut wie nicht vorhanden. Stellvertretend für den Antikommunismus findet sich im EVB ein scharfer Antisozialismus: Zersetzende Politik²⁹⁶, ein schlimmeres Verhalten als auf seiten der »Ausbeuter«²⁹⁷, beim »Marxismus« – »seelische und kulturelle Schwäche der Lehre und Bewegung« stellte das EVB fest²⁹⁸. »Politische Selbstlinge und

282 Resolution des Landesvorstands des Ev. Volksbundes an den EOK, Pforzheim, 12. 11. 1934, in: Dekanatsakte MA, »Die Volksbewegung Deutsche Christen« 1932 – 1938.

283 *Dahm*, Pfarrer und Politik, S. 150.

284 Pfarrer als nationalsozialistische Agitatoren, in: SAV, 27. 9. 1931, S. 165.

285 Eine evangelische Partei, 5. 2. 1928, S. 1.

286 *Rosenberg*, S. 154.

287 Die soziale Not unserer Zeit, in: EVB, 9. 9. 1932, S. 1; vgl. Zur Lage, in: EVB, 5. 8. 1923, S. 1 f.

288 Neujahr, in: EVB, 12. 1. 1930, S. 1. Vgl. Zur Landtagswahl, in: EVB, 13. 10. 1929, S. 2.

289 Rückblick auf Weinheim, in: EVB, 13. 7. 1930, S. 1; vgl. Zur Bannerweihe am Luthertag, in: EVB, 8. 1. 1928, S. 2.

290 Antrag des Seegaus, in: EVB, 11. 4. 1926, S. 3 f.

291 Festprolog, in: EVB, 20. 8. 1922, S. 3.

292 Vereinsnachrichten Mannheim, ebda.

293 Der arme Lazarus, in: EVB, 13. 6. 1926, S. 1.

294 *Kühnl*, S. 84.

295 Hermann Oskar Pertsch, Interview (Verf.), Januar 1975.

296 Ein furchtbares Unglück, in: EVB, 9. 10. 1921, S. 1 f.

297 Der arme Lazarus, in: EVB, 13. 6. 1926, S. 1.

298 Die Zukunft des Proletariats, in: EVB, 4. 10. 1925, S. 4.

Volks- und Seelenverderber«²⁹⁹, »Parteibetrug«³⁰⁰, »fremdartige geistige Elemente« gewährte die Schriftleitung auf seiten der Sozialdemokratie³⁰¹. Das Volk solle den Reichstag von 1928 – ganz offensichtlich wegen seiner starken sozialistischen Fraktionen – desavouieren³⁰², hieß es zur Reichstagswahl von 1930. Zum Antisozialismus fügte sich organisch der Antirationalismus und politische Antiliberalismus des EVB³⁰³.

Die für faschistische Ideologie ausgesprochen charakteristische Kombination von Antikapitalismus und Antisozialismus durchzieht die Jahrgänge des EVB: »Wo Jesus ist«, da sei »es unmöglich, mit verschränkten Armen dabei zu stehen, wenn seine Menschen zu Zahlen und Maschinen herabgewürdigt werden und der Kapitalismus über dem Lebensglück ungezählter Menschen seine babylonischen Türme errichtet«³⁰⁴. »Wir brauchen das produktive, schaffende Kapital, aber wir wollen den fluchbeladenen, würdelosen und geistlosen Kapitalismus bekämpfen«³⁰⁵. »Es ist ein vom christlichen Standort aus unerträglicher Zustand, wenn ein Teil von gesunden Menschen im Volk nichts tut und aus der Arbeitskraft der Mitmenschen ein faules Dasein fristet [. . .] hier liegt sicher eine der verschiedenen Wurzeln der großen Gegensätze«³⁰⁶. Entsprechend angeprangert wurden »die Paläste der Banken an jeder Straßenecke«³⁰⁷. Hinter allem sah man »Methode« und »System«³⁰⁸, konnte aber nicht erklären, wie es funktionierte und gegebenenfalls zu ändern sei. Die »Wahrheit über unser Geschäftsleben läßt sich in die Worte fassen: Die Ehrlichkeit ist zu den Räubern entflohen! Denn sie sind die einzigen, die beim Ausrauben ohne Heuchelei zu Werke gehen. Nur eine furchtbare Metanoese, die einer gewaltigen Naturkatastrophe gleichen würde, könnte die Menschheit wieder aufwärts führen«³⁰⁹. Trotz Methode und System lag die tiefste Ursache des »Kapitalismus« bei jedem einzelnen: »Denn in uns allen nagt der Wurm, in uns allen hat sich das Gift des Materialismus festgesetzt [. . .] In blindem Taumel jagten die weitesten Kreise unseres Volkes nach dem Mammon, jeder wollte gewinnen, jeder spekulierte«³¹⁰. Als Lösung dagegen empfahl das EVB, »innerlich ganz frei [zu] werden von den materiellen Bindungen«³¹¹. Nach Karl-Wilhelm Dahm läßt sich »die Ideologiekraft des konservativ-nationalen Denkens [. . .] verdeutlichen [. . .] an der Mammonismus-Ideologie, die eine sachgerechte Beurteilung der ›sozialen Frage‹ und auch des Wollens der sozialistischen Bewegung immer verhindert hat«³¹².

Volksgemeinschaftsideologie, Führerprinzip, deftiger Antisozialismus (anstelle einer Heiligsprechung des Privateigentums) gepaart mit wortradikalem Antikapitalismus, all dies läßt sich dem EVB bequem nachweisen, nicht jedoch eine spezifische Sündenbockphilosophie. »Die Wurzel alles Krieges in der Welt ist die Sünde der Menschen«³¹³. Die Sünde aber gehört

299 Des Christen Stellung zum Streik, in: EVB, 14. 5. 1922, S. 2 f.

300 R. Fink an den EOK KA, MA, 27. 9. 1924, S. 4, Generalia EOK KA 4517.

301 Weg und Ziel, in: EVB, 7. 6. 1925, S. 1 f.

302 Die Reichstagswahl, in: 14. 9. 1930, S. 2 f.

303 Evangelische Einheit, in: EVB, 12. 7. 1931, S. 1; Zur Lage, in: EVB, 5. 8. 1923, S. 1 f.; Weg und Ziel, in: EVB, 7. 6. 1925, S. 1 f.

304 Christentum und Politik, in: EVB, 8. 9. 1929, S. 1.

305 Die Frist ist um, in: EVB, 13. 5. 1928, S. 1.

306 Das hohe Lied der Arbeit, in: EVB, 7. 7. 1929, S. 1.

307 Die soziale Not unserer Zeit, in: EVB, 9. 9. 1923, S. 2.

308 Die Frist ist um, in: EVB, 13. 5. 1928, S. 1 f.

309 In schwerer Zeit, in: EVB, 10. 10. 1926, S. 2.

310 Zwei Welten, in: EVB, 9. 9. 1923, S. 1.

311 Der reiche Jüngling, in: EVB, 12. 8. 1928, S. 1 f.

312 Dahm, S. 26.

313 Die Ächtung des Krieges, EVB, 9. 9. 1928, S. 2.

nach christlicher Anthropologie zum Menschen schlechthin, nicht zu einer bestimmten Gruppe von Menschen. Zwar waren Ausland und Volksfremdes verpönt im EVB, ihre Verurteilung bewegt sich jedoch in den üblichen Grenzen des deutschen Nationalismus nach Versailles³¹⁴. Am Fehlen einer Sündenbockphilosophie im EVB wird eine mögliche kritische Potenz christlicher Traditionen gegenüber ideologischen Tendenzen deutlich.

Ebenso findet sich im EVB keine Verherrlichung der Gewalt und des Terrors. Der Militarismus beschränkt sich auf eine Neigung zur kraftmeierischen und militanten Formulierung³¹⁵. Im Unterschied zu faschistischen Organisationen vertrat der Evangelische Volksbund einen radikalen Antisozialismus mit propagandistischen und organisatorischen Mitteln, nicht aber mit Terror und physischer Gewaltanwendung.

Vergleicht man nur einige beispielhafte Aspekte der politischen Theorie sozialliberaler Protestanten der Jahrhundertwende mit den entsprechenden der EVB-Ideologie, dann wird deutlich, daß Fink über ein Jahrzehnt hinweg eine anachronistische Interpretation des Begriffes »christlich-sozial« im Bewußtsein der Mitglieder ehemaliger Arbeitervereine verankert hat. Finks Dissertation verrät sein Programm, die Mitgliederbasis der EAVE nach oben hin zu erweitern. Das protestantische Bekenntnis sollte als klassenübergreifender Integrationsfaktor wirken. Daß dieses Anliegen bereits in Gestalt der evangelisch-sozialen Vereinigungen weitgehend gescheitert war, scheint Fink nicht bekannt gewesen zu sein. Angesichts dieses negativen Ergebnisses hatten die Evangelisch-sozialen eine durchdachte Bündnispolitik entwickelt, in welcher der Revisionismus und die Reformisten der SPD sich durchaus einer gewissen Wertschätzung erfreuten. Seit 1919 begaben sich die politischen Freunde Friedrich Naumanns sogar in dauerhafte parlamentarische Koalitionen mit der MSPD. Finks Antisozialismus hingegen entspricht dem der älteren Christlich-sozialen, etwa dem von Adolf Stöcker³¹⁶. Bereits 1912 hatte Ernst Lehmann patriarchalische Lösungsansätze der »sozialen Frage« als überholt bezeichnet³¹⁷, Fink jedoch plädierte noch 1922 für derlei Ansätze am Beispiel des »Kruppianismus«³¹⁸. Hatten Leute wie Lehmann oder Emil Fuchs zunächst Sozialpädagogik, zunehmend Sozialpolitik, schließlich aber grundlegende Strukturänderungen als aussichtsreiche Lösungsmöglichkeiten angesichts krasser sozialer Gegensätze in Angriff genommen, so insistierte Fink auf der Haltung des einzelnen, auf seiner Gesinnung und Opferbereitschaft als Lösungsansatz. Der Volksverein war Übungsplatz für Opferbereitschaft, freiwilligen Ausgleich sozialer Unterschiede. Mit dem Wachstum der Organisation sollte die ganze Gesellschaft der Republik von dieser Haltung durchdrungen werden. Daß diesem Prinzip freiwilligen sozialen Ausgleichs von einem bestimmten Ausdehnungsgrad des Volksvereins an die gleichen Strukturen im Weg stehen würden, deren Überwindung die Religiösen Sozialisten um der Erreichung einer Volksgemeinschaft willen anstrebten und deren Modifikation die sozialliberalen Protestanten bereits für erforderlich gehalten hatten, kam der Schriftleitung des EVB nicht in den Sinn. »Der Menschheit ist nicht damit gedient, daß sich die Besitzverhältnisse irgendwie verschieben«³¹⁹. Die SAZ hatte von jeder sozialen Klasse gefordert, auf eine uneingeschränkte

314 Zum Volkstrauertag, in: EVB, 4. 3. 1928, S. 1.

315 Vgl. ebda., Die Frist ist um, a. a. O.; Nachklänge, in: EVB, 12. 8. 1928, S. 2; Losung, EVB, 13. 5. 1928, S. 1; Vereinsnachrichten Lörrach, ebda., 9. 6. 1929, S. 3; Deutsche Schande, in: EVB, 14. 8. 1921, S. 2.

316 Vgl. dazu etwa *Soecknick*, S. 62.

317 *E. Lehmann*, Soziale Volkserziehung, in: *Evang.-sozial 1911*, S. 20 f.

318 *R. Fink*, Entwicklung und Aussichten der EVB, S. 2 f.

319 Der arme Lazarus, in: EVB, 13. 6. 1926, S. 1.

Durchsetzung ihrer spezifischen Interessen zugunsten des »Gesamtinteresses«, des »Ganzen«, der Nation zu verzichten. Aus dieser Zugehörigkeit zum Ganzen sowie aus dem Opfer resultierte aber laut SAZ ein Rechtsanspruch der Arbeiterschaft gegenüber diesem Ganzen auf Garantie von Bedingungen, die der Arbeiterschaft das Existieren ermöglichen, wie Organisations- und Streikrecht. Das EVB hingegen kannte nur noch die Gemeinschaft und das Ganze³²⁰. Fink hat die badischen EAVe geradezu ideologisch entwaffnet. Von Rechtsansprüchen der Arbeiterschaft war nirgendwo mehr im EVB die Rede. Geschickterweise wurde jedoch von Beginn an das Etikett »evangelisch-sozial« vom EVB mitverwendet. Mit ihrem Führer Fink wanderten die badischen Arbeitervereine rückwärts in die Zukunft. Er scheint dabei nicht ohne Erfolg geblieben zu sein. 1913 habe der oberbadische Verband der EAVe 29 Vereine mit 2493 Mitgliedern verzeichnet³²¹. 1915 zählte der gleiche Verband 30 EAVe mit 2854 Mitgliedern³²². 1921 bezifferte sich der gesamtbadische Verband auf 29 Vereine mit 2883 Lesern des EVB, von denen 1437 in den 8 unterbadischen Vereinen organisiert waren³²³. 1929 waren es 6168 Mitglieder in 30 Vereinen³²⁴. Mit 700 Mitgliedern besaß Mannheim den stärksten EVV im Land.

Obwohl jedoch die soziale Zusammensetzung der Vereine gleich geblieben war³²⁵, wandelte sich der Charakter der unteren Führung. 1915 fanden sich 11 Arbeiter unter 30 Vereinsvorsitzenden, 1929 nur noch 5 von 30 Vorsitzenden³²⁶.

Fink hat ausgeführt und konkretisiert, was als Gegenbewegung zum Volkskirchenbund 1919 vom Präsidenten des EOK geplant worden war. Innerhalb von weniger als zehn Jahren ist es ihm gelungen, die vorwiegend der Arbeiterschaft entstammenden Mitglieder einer – zumindest im nordbadischen Raum – teils liberalen, teils sogar demokratischen, sozialen und antikapitalistischen Organisation unter eine mittelschichtlerische Führung mit historisch rückwärts orientierten politischen Vorstellungen zu bringen. Die Evangelischen Arbeitervereine im Reich, zumeist unter Führung deutschnationaler christlicher Gewerkschafter, wurden Mitte 1933 verboten³²⁷. Nicht so der Evangelische Volksbund in Baden. Gustav Herrmann Teutschs Weg vom konservativen Christlich-sozialen über DNVP und Präsidentschaft im Volksbund seit 1926 zum MdR zunächst des Christlich-Sozialen Volksdiensts, dann aber der NSDAP erscheint aus mehreren Gründen als personhaftes Beispiel von Entwicklung und Aussichten der Evangelischen Volksvereine.

3. Pfarrer Teutschs Weg vom christlichen Sozialismus zur NSDAP

1925 war Fink vom Arbeiterpfarramt in Mannheim in eine Odenwaldgemeinde versetzt worden, die Schriftleitung und Führung der Evangelischen Volksvereine in Baden aber behielt er. Bis 1926 war er es vor allem, der den EVVen das Gepräge verlieh. In diesem Jahre jedoch trat mit der Wahl des Leutershausener Pfarrers Hermann Teutsch zum Präsidenten des Landesverbandes eine weitere Persönlichkeit ins Licht zunächst nur der Volks-

320 Vgl. etwa Düsseldorf, in: EVB, 6. 11. 1927, S. 1 f.

321 R. Fink, Entwicklung und Aussichten, S. 61.

322 Nach Francke, S. 243.

323 EVB, 23. 10. 1923, S. 3.

324 EVB, 8. 12. 1929, S. 2.

325 R. Fink, Entwicklung und Aussichten, S. 58 nennt für die Jahre vor dem ersten Weltkrieg $\frac{2}{3}$ Arbeiter unter den Mitgliedern der badischen EAVe, Pertsch für 1932/33 den gleichen Arbeiteranteil im Volksbund, Interview (Verf.), Januar 1975.

326 Vgl. Francke, S. 243 und EVB, 8. 12. 1929, S. 2.

327 Vgl. Ernst Rudolph, Die evangelische Arbeitervereinsbewegung und ihr Ende, in: IWK, Dez. 1971, Nr. 14, S. 106 f.

vereinsöffentlichkeit³²⁸. Mit Hilfe des EVB verlieh Fink dem Freunde Teutsch bei der Mitgliedschaft ein positives Führerimage.

Nachdem sich bereits seit 1926 evangelische Vereinigungen (besonders der Inneren Mission) aus der badischen DNVP gelöst³²⁹ und mittlerweile den Aufbau einer evangelischen Partei betrieben hatten, verließ das EVB seine bis dahin vorgegebene politische Neutralität. 1929 kandidierte Teutsch für den Evangelischen Volksdienst (EVD) in Baden zum Landtag. Den Mitgliedern der EVVe (seit 1927 Evangelischer Volksbund) nannte er sein Ziel, »eine geschlossene evangelische Front, breit und tief, daß unser evangelischer Volksteil sich den Einfluß auf die Gesetzgebung und Regierung sichert, der ihm gebührt«. Teutsch beklagte »die Krankheit unseres Volkes« und rief die Christen zu schwersten Opfern auf³³⁰. Das deutsche Volk teilte er ein in »Unkraut und Weizen«, die Gegensätze spitzten sich zu. »Wir vom Evangelischen Volksbund sind der Überzeugung, daß die »Pforten der Hölle« im Anmarsch sind. Der Antichrist tritt auf den Plan. Antichristlich ist das Gesicht, das Gepräge, der ganze Geist unserer Zeit. Wo ist Christus? [...] Er kommt mit aller Macht in der breitesten Öffentlichkeit. Er will und wird [...] mit uns kommen«³³¹.

Teutschs politische Aufrufe bedienten sich der religiösen Bildwelt der EVB-Leser und konnten jedem einzelnen die Konkretion überlassen, wer mit dem Antichrist und den heranmarschierenden Pforten der Hölle gemeint sei. Ein Jahr zuvor hatten die Arbeiterparteien bei der Reichstagswahl (1928) Stimmengewinne zu verzeichnen gehabt. Teutschs Agitation zielte auf zelotische Ablehnung alles Bestehenden, ohne daß dem Leser und potentiellen Wähler zugleich ein sachliches Programm oder alternative Ordnungsprinzipien angeboten wurden. Die Volksvereinsfreunde wurden vielmehr auf ihren »Führer« Teutsch eingeschworen. 1929 erhielt der EVD 3,8 % der Stimmen bei den Wahlen zum badischen Landtag, Teutsch einen Abgeordnetenplatz. Kurz darauf begann er, mit der NSDAP zusammenzuarbeiten³³². Mit 4,9 % Stimmenanteil gewann er 1930 in Baden ein Reichstagsmandat des Christlich-sozialen Volksdienstes (CSVD), das er bei seinem Parteiwechsel zur NSDAP (Juni 1931) nicht an diesen zurückgab. Vom Vorsitz des Volksbundes jedoch mußte er am 1. Juli 1931 zurücktreten.

Als trennend gegenüber dem CSVD empfand Teutsch vor allem »das Werturteil über Revolution, das ganze Novembersystem, das Zentrum und Brüning, die Sozialdemokratie, den Nationalsozialismus [...] Für mich ist die Revolution von 1918 nicht eine gegebene Tatsache, mit der ich mich stillschweigend abfinde, sondern schurkischer Verrat. (Erzberger und Scheidemann sind die beiden sprechenden Namen) [...] Die ganze Luderei und Lumperei der Novemberlinge bis auf den heutigen Tag will ich nie und nimmer als ungeschehen betrachten. Die wird und muß, wenn des heiligen Gottes Stunde schlägt, ihren furchtbaren

328 Teutsch selbst entstammte einem konservativen badischen Pfarrhause (sein Großvater hatte noch 1848 in der linksrheinischen Pfalz an der Revolution teilgenommen). Über den Vater wie später über die Ehefrau besaß Teutsch verwandtschaftliche Beziehungen zu Fabrikantenkreisen. Seit 1902 las er das »Volk«, die Zeitung von Stoeckers Christlich-sozialer Partei. Vor dem 1. Weltkrieg trat er der Konservativen, nach dem Krieg der Deutschnationalen Partei bei. Angaben zu Person und politischer Entwicklung bis 1924 verdanke ich Friedrich Teutsch, dem Enkel des Genannten.

329 Vgl. dazu *Günter Opitz*, *Der Christlich-soziale Volksdienst*, Düsseldorf 1969, S. 69 ff.

330 Offener Brief des Pfarrers *Hermann Teutsch* an alle Mitglieder und Freunde des evangelischen Volksbundes in Baden, EVB, 13. 10. 1929, S. 1.

331 *Ders.*, *Zur Lage*, ebda. Zum Bild des »Antichrist« vgl. *Offenbarung des Johannes*, Kapitel 13 ff. (Bibel).

332 *Der »Feldprediger des Dritten Reiches«*, in: SAV, 13. 9. 1931, S. 157; vgl. *G. Opitz*, S. 192.

aber gerechten Lohn finden [...] Stoecker [...] mein Vorbild [...] Ein Zentrum, das mit der materialistischen, atheistischen Sozialdemokratie Geschäfte macht, darf nie und nimmer unsere Unterstützung finden«³³³.

In drei Predigten am 14., 21. und 28. Juni 1931 begründete Teutsch vor seiner Gemeinde den Wechsel zur NSDAP³³⁴. Gegen den »brudermörderischen Klassenkampf« rufe die Bibel »zur gottgewollten Volksgemeinschaft. Wogegen wir uns aber mit aller leidenschaftlichen Schärfe wenden, das ist der Kapitalismus, d. h. der schamlose Mißbrauch mit dem Kapital [...] Ja sagst du, das ist ja alles recht schön und gut. Aber diese Nat. Soz. sind ja Sozialisten, sie wollen doch das Privateigentum abschaffen! Nein, ihr Lieben, das wollen sie nicht. Das ehrlich und redlich, im Schweiß des Angesichts erworbene Privateigentum tasten sie nicht an, aber das zusammengestohlene, zusammengewucherte, das werden sie beseitigen und dem ganzen Volke nutzbar machen«³³⁵ – »International sein, heißt: Sein Volkstum verleugnen, untertauchen in einen allgemeinen Völkerbrei [...] Völkische Eigenart [...] ist von Gott anvertrautes Pfund«³³⁶. »Ich bin, seitdem ich mich mit Politik befasse, ein überzeugter Anhänger Adolf Stöckers. Lebte dieser leidenschaftliche, heiße Patriot heute, er stünde wahrlich nicht bei diesem Christlich-sozialen Volksdienst [...] er wäre glühender Nationalsozialist«³³⁷.

Offenbar konnte auch ein guter Kenner Adolf Stoeckers und der von ihm initiierten politischen Tradition, wenn er kein besonderer Analytiker war, die Unterschiede zwischen der

333 G. H. Teutsch an den Landesvorstand und die Ortsgruppen des EVD, Juni 1931, Kopie beim Verf. durch F. Teutsch.

334 Die Kopien der Predigten verdanke ich F. Teutsch.

335 2. Predigt.

336 1. Predigt.

337 2. Predigt.

338 »An den deutschen Reichstagswählern liegt es, mit dem Stimmzettel in der Faust eine Änderung der trostlosen und unhaltbaren Zustände in Deutschland anzubahnen und den energischen Willen kundzugeben, daß unser Volk aus den Klauen des Kapitalismus, des internationalen Ausbeutertums gerettet und die Ketten gesprengt werden, mit welchen das Judentum und dessen Dienstmann, »der Judenliberalismus« [...] mit allen Mitteln der Hinterlist und feigen Grausamkeit unser Volk fesselt. Wer noch ein Freund des vaterländischen Bodens, deutscher, christlicher Kultur ist, und wer nicht zugeben will, daß Deutschland zum Versuchskarnickel freihändlerischer, sozialdemokratischer und internationaler Phantasten und Theoretiker herhalten soll, wem es darum zu tun ist, die schaffenden Stände vor dem nahestehenden, vollkommenen Ruin zu retten, wer der realen, nationalen und produktiven Arbeit den gebührenden Lohn sichern will [...] Vereinigt euch in brüderlicher Liebe gegen die Todfeinde des Deutschtums, den Judenkapitalismus und die asiatische Geldmoral! Zeigt den Mut des stolzen Germanen [...] Christlich-sozial muß jeder Arbeiter, Bürger und Bauer [...] sein, der arischen Blutes ist und der seine Muttersprache und seine Heimat liebt! Nieder mit allen Schwächlingen und Humanitätsduslern [...] Nieder mit denjenigen Parteien, welche zur Schutztruppe des Judentums herabgesunken, mit derselben in volksverräterischen Beziehungen stehen oder liebäugeln!! [...] Zu den Waffen! [...] Die christlich-soziale Partei steht auf dem Boden des positiven Christentums [...] Unsere Hauptaufgabe ist [...] der rücksichtslose Kampf gegen den Kapitalismus und Mammonismus, der Kampf gegen das Ausbeutertum in jeder Form, das beschnittene und unbeschnittene Judentum [...] Wir fordern eine [...] ergiebige Heranziehung, namentlich des spekulativen Kapitals, zur [...] Deckung der öffentlichen Aufgaben [...]«, *Zu den Waffen! Wahlauf Ruf der Christlich-sozialen Partei*, München 1903, in: *Anschläge. Deutsche Politik an der Litfaßsäule 1900 – 1971*, Ebenhausen 1972, S. 3. Teutsch warb nach dem Parteiwechsel u. a. für die Aufrüstung. (Der »Feldprediger [...]«, a. a. O., vgl. *Heinz Kappes*, *Der theologische Kampf der religiösen Sozialisten gegen das nationalsozialistische Christentum*, in: *Georg Wünsch* (Hrsg.), *Reich Gottes, Marxismus, Nationalsozialismus*, Tübingen 1931, S. 103). »Das marxistische Unkraut muß ausgerottet werden« (Der »Feldprediger [...]«,) hetzte Teutsch gegen die »roten Verbrecher« (Pfarrer Teutsch sagt: »Der Nationalsozialismus setzt das Christentum in die Tat um«. – *Der Führer*, 5. 11. 1931).

christlich-sozialen Ideologie und der vieles von ihr rezipierenden Propaganda der NSDAP übersehen³³⁸. Dies aber wirft ein Licht auf mögliche politische Wirkungen der vom Präsidenten des EOK 1919 angeregten und von Fink konkretisierten Umwandlung der ehemaligen EAVE in Volksvereine mit der Vorstellungswelt der älteren Christlich-sozialen. Theologisch ist das EVB besonders deutlich nach Finks Ausscheiden (aus privaten Gründen) unter seinem Nachfolger Friedrich Wilhelm Clormann, Pfarrer in Mannheim-Waldhof seit 1930, den »*Modern-Positiven*« zuzurechnen. Manfred Jacobs würdigt die Unterschiede ihres Denkens zur NS-Ideologie, »aber in dieser modern-positiven Theologie war das Klima geschaffen, aus dem die Entscheidungen für den Nationalsozialismus erwuchsen«³³⁹. Wie viele aus dem Volksbund ihrem bisherigen Führer Teutsch zur NSDAP folgten, wird wohl nie ganz genau festzustellen sein. Bei der Wahl nach Teutschs Parteiwechsel fiel der Stimmenanteil des EVD von 4,9 % auf 1,6 %, jedoch galt dieser Trend auch außerhalb Badens³⁴⁰. »Eine Reihe seiner Freunde und seine Gefolgschaft schlossen sich ihm an«, vermerkt Opitz zu Teutschs Übertritt in die NSDAP³⁴¹. Zwar mußte Teutsch das Präsidium des Volksbundes abgeben, andererseits nahm er aber sein CSVD-Mandat mit in die neue Partei, weil »man vor Gründung des E.V.D. mit mir als dem Vorsitzenden des Evang. Volksbundes Fühlung nahm [. . .] Ich verdanke das Mandat doch auch den Mitgliedern der Evang. Volksvereine, nicht nur dem E.V.D.«³⁴².

Im Zuge der Gleichschaltung wurden Mitte 1933 auch alle evangelischen Arbeitnehmerorganisationen (besonders die EAVE) verboten bzw. in die Deutsche Arbeitsfront eingegliedert³⁴³. Nicht so der Evangelische Volksbund für Baden, obgleich noch 1932/33 $\frac{2}{3}$ seiner Mitglieder Arbeiter waren³⁴⁴. In Städten wie Mannheim existierten die Volksvereine neben den Gemeindevereinen, hatten nicht deren Funktion übernommen³⁴⁵. Der Schriftführer des EVB, Pfarrer Clormann, war 1932/33 den Deutschen Christen beigetreten³⁴⁶. Als ein Teil jener kirchlich-positiven Vereinigung, die noch 1932 mit den evangelischen Nationalsozialisten zusammen als Zwei-Drittel-Mehrheit die Verfassung der badischen Landeskirche »entparlamentarisiert« hatte, um liberale und sozialistische Protestanten aus zentralen kirchlichen Funktionen zu drängen, sich 1934 gegen die Gleichschaltung durch den NS-Staat wehrend, den Kirchenkampf gegen das III. Reich aufnahm, fiel der Evangelische Volksbund seinen einstigen positiven Ziehv Vätern in den Rücken: »Die

339 Nach Manfred Jacobs unterschieden sich die Modern-Positiven (etwa Reinhold Seeberg, 1859 – 1935, Lehrer für systematische Theologie in Dorpat, Erlangen und Berlin) von älteren Formen dieser kirchlichen Richtung durch »die Bindung an den deutschen Idealismus und die deutsche Klassik, vor allem Goethe«. Diese Neigungen entsprangen dem Interesse, die positive Theologie so umzuarbeiten, »daß sie auch dem modernen Menschen, auch dem außerhalb der Kirche, zugänglich sein könne«. Die Modern-Positiven »stellten eine Synthese von national-neukonservativem Kirchenpathos und neuidealistischer Innerlichkeit dar«. Sie »waren geradezu die typischen Vertreter einer idealistischen Geistigkeit und Innerlichkeit, die alle kirchlichen, sozialen und politischen Fragen aus den seelischen Ursprungstiefen und irrationalen Emotionen heraus lösen wollten«. Die Positiven des vorigen Jahrhunderts hingegen hatten die historisch gegebene staatliche Ordnung, überindividuelle und institutionelle Faktoren zum Ausgangspunkt ihres Denkens gemacht. *Manfred Jacobs*, Vom Liberalismus zur dialektischen Theologie, Hamburg, o. J. (1971?), S. 187.

340 Vgl. *G. Opitz*, S. 345 ff. und *Tormin*, S. 195.

341 *G. Opitz*, S. 193.

342 *G. H. Teutsch*, An den Landesvorstand und die Ortsgruppen des EVD, Juni 1931.

343 *Rudolph*, Die evangelische Arbeitervereinsbewegung, a. a. O., S. 106 f.

344 H. O. Pertsch, Interview (mit Verf.), Jan. 1975.

345 *E. Lehmann*, Kirchengemeinde und kirchliche Vereine, in: Gemeindeblatt für den Sprengel der Lutherkirche, Jg. 3, 5, Advent 1924, S. 4.

346 F. W. Clormann, Interview (mit Verf.), Dez. 1975.

ehemals evangelischen Arbeitervereine [...] sehen im Dritten Reich, in der Anbahnung der Volksgemeinschaft einen hohen Gedanken ihrer Gründungsjahre erfüllt und ertragen es daher mit den anderen Vereinen sehr schwer, daß von der Kirche her ein Aufwühlen von Gegensätzen erfolgt [...]. Sie verstehen nicht, daß in der Zeit der werdenden Volksgemeinschaft und der Lösung der Schicksalsfrage Deutschlands die evangelische Kirche im Kirchenstreit steht«³⁴⁷.

Die EVVe bzw. der Evangelische Volksbund für Baden stellten keinen faschistischen Verband dar. Aber bereits mit seiner Präsenz ist es gelungen, dem badischen Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten einen erheblichen Teil seines primären sozialen Potentials zu entziehen. Finks politische Publizistik zwischen 1921 und 1931 hatte es offenbar vermocht, die ehemals sozialliberalen EAVe in und um Mannheim ideologisch zu entwaffnen. Durch einseitiges Anknüpfen an die politische Erziehungsarbeit der SAZ zur Opferbereitschaft und Unterordnung unter das Interesse des »Ganzen« wurde im EVB systematisch der laut SAZ mit dem Opfer totaler Durchsetzung von Klasseninteressen verbundene Rechtsanspruch der Arbeiterschaft an die Gesellschaft auf ausreichende Chancen zur Existenzsicherung unterschlagen. Finks Werbung für eine auf Ideen und individueller Haltung gegründete Volksgemeinschaft bereitete innerhalb eines Teils der evangelischen Arbeiterschaft jenen den Weg, die eine wie auch immer begründete Volksgemeinschaft propagierten als Ersatz für gemeinschaftliche Verteilung von Gütern und Privilegien.

347 Resolution des Landesvorstands des Ev. Volksbundes an den EOK KA, Pforzheim, 12. 11. 1934, Dekanatsakte Mannheim: Die Volksbewegung Deutsche Christen 1932 – 1938.